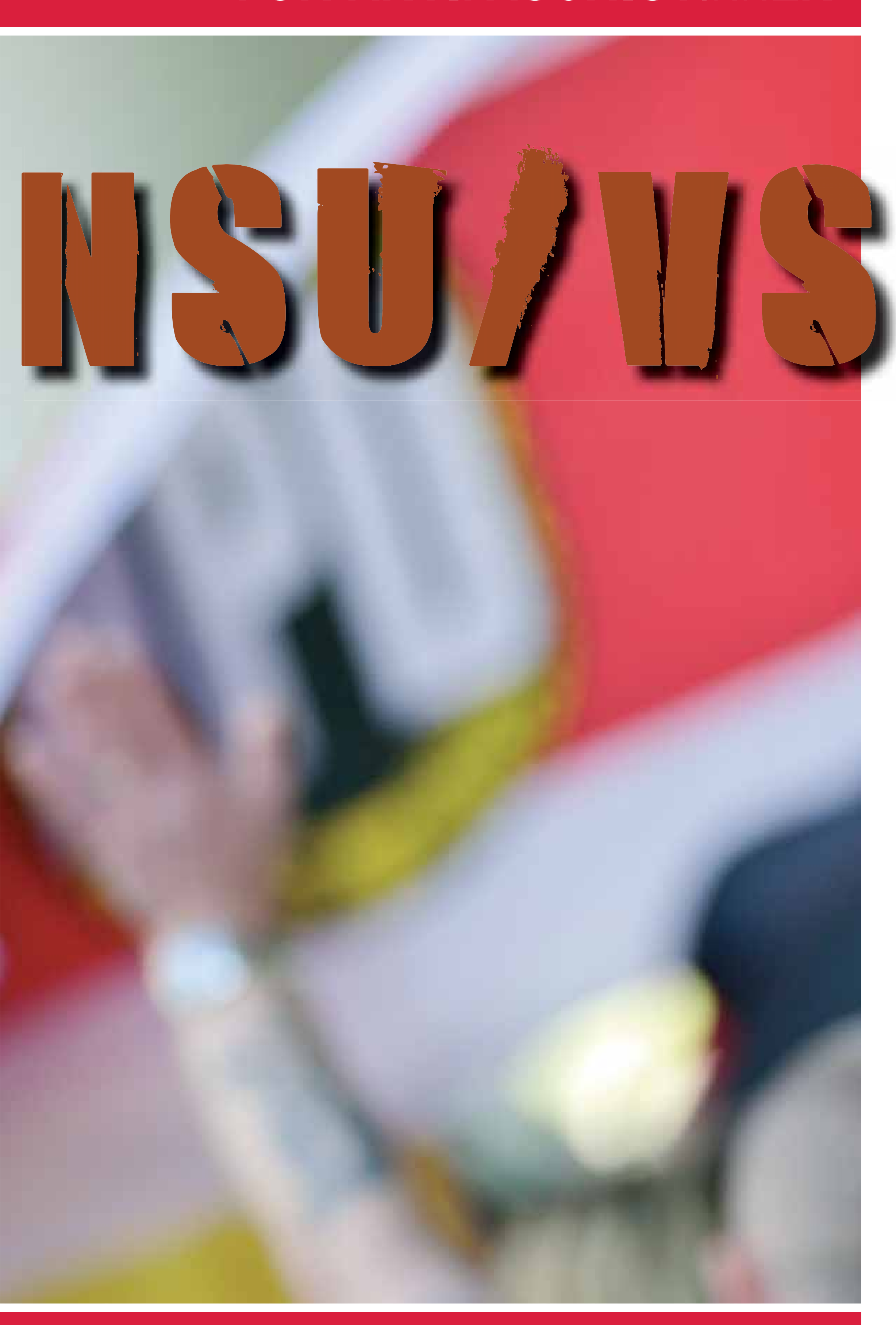
H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 134
Januar | Februar 2012
2,50 Euro

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

DER RECHTE RAND



SCHWERPUNKT Terror (k)einer neuen Nazistruktur

INHALT

FOTOS

vs-aufloesen.de (Seite 8)
Antifa Thüringen (Seite 9)
APABIZ (Seite 18)
DRR Archiv (Seite 21 (1))
wikipedia.org (Seite 24)
EXPO Archiv (Seite 27)

TERMINE

Nächste DERRECHTERAND-Ausgabe:
Anfang März 2012,
Redaktionsschluss: 10. Februar 2012

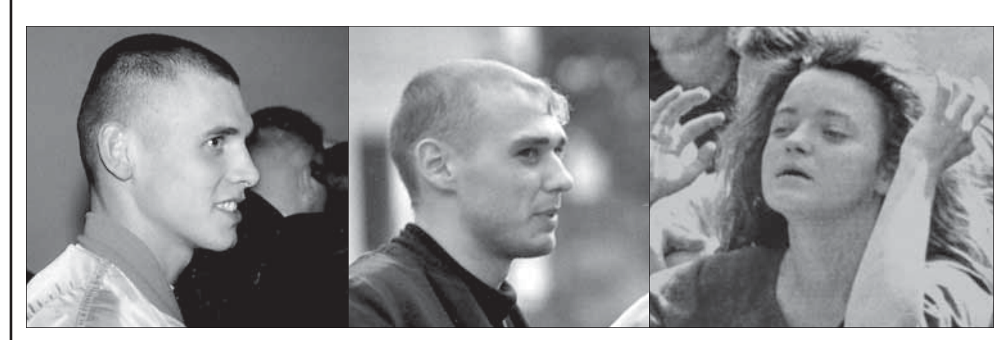
EDITORIAL

Rechte Terrorstrukturen gibt es nicht, so lautete die Standardantwort von Verfassungsschützern, Innenministern und »Extremismus-Experten«. Hier und da seien »Einzeltäter« am Werk oder alkoholisierte »Skinheads«. Selbst Sprengstoff- und Waffenfunde führten nicht zum Umdenken. Und das Bundeskriminalamt war nach dem Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) nicht in der Lage, die Zahl untergetauchter Neonazis zu nennen. Das Versagen der Sicherheitsbehörden ist vollständig.

Aber mal ehrlich: Wer hätte sich vorstellen können, dass in Deutschland eine Gruppe namentlich bekannter neonazistischer BombenbastlerInnen mit Hilfe eines V-Mannes für dreizehn Jahre dem Zugriff der Polizei entziehen und zehn Morde, 14 Banküberfälle und zwei Sprengstoffanschläge begehen kann? Geschichtlich Bewanderte hätten auf »Gladio« verwiesen – aber schnell hinterhergeschoben, dass nach dem Ende der Blockkonfrontation die Geheimdienste an solch mörderischen Spielchen mit Neonazis kein Interesse mehr hätten. Honorare für rechte V-Leute, Warnungen vor Hausdurchsuchungen und ein paar gute Worte vor Gericht für die Nazis – das alles war, ist leider vorstellbar. Aber Morde unter den Augen des Geheimdienstes?

Das Geschehene zeigt, worauf DERRECHTERAND immer hinzuweisen versucht: Die extreme Rechte ist eine alltägliche Bedrohung für das Leben und die Unversehrtheit von Menschen. Mord und politische Gewalt sind keine Abweichung, sie sind fester Bestandteil ihrer Ideologie und Praxis. Immer schon wurden Waffen gehortet und Pläne und Konzepte diskutiert, die zum nationalsozialistischen Umsturz führen sollen.

Die Forderung nach gesetzlichen Sonderregelungen für die NPD (»Lex NPD«), der Reformierung des Verfassungsschutzes oder gar einem »gemeinsamen Abwehrzentrum« gehen an dem Problem vorbei. Die Forderungen müssen lauten: Klare Grenzziehung zwischen Sicherheitsbehörden und Neonazis. Keine indirekte oder direkte finanzielle Förderung von Neonazis. Abzug aller V-Leute. Keine Vertuschung der Vorgänge um den NSU. Keine Sophisterei um die Opferzahlen rechter Gewalt. Aber am Anfang einer Aufarbeitung muss der politische Wille für die Entschädigung und Unterstützung aller Opfer stehen. Das demütigende und traumatisierende Verhalten der Behörden gmuss ein Ende haben. Die Opferperspektive muss ernst genommen, die rassistische Motivation der TäterInnen darf nicht bagatellisiert werden.



In dieser Ausgabe werfen wir einen ausführlichen Blick auf die Entstehung des NSU und seines Umfelds. Wir fragen nach dem Begriff des »rechten Terrors« und den juristischen Grundlagen für die Ermittlungen nach §129a. Wir zeichnen den rechten Terror in Deutschland, Italien, Großbritannien, den USA, Schweden und Österreich der letzten Jahrzehnte ebenso nach, wie die von rassistischen Tönen geprägte Berichterstattung nach den Morden des NSU.

Das offenbar gewordene Nicht-Wissen vieler JournalistInnen und »ExpertInnen«, von großen Teilen der Politik und den Sicherheitsbehörden zeigt, wie wichtig fundierte, kontinuierliche und von staatlichen Geldern unabhängige Recherche ist. Es reicht nicht, das Thema tagesaktuell zu bearbeiten und Recherche durch Google zu ersetzen – daher gibt es Projekte wie das »Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum« in Berlin und unsere Zeitschrift. Durch Spenden, Abos und Fördermitgliedschaften kann diese Arbeit unterstützt werden!

DERRECHTERAND	APABIZ e.V.
Postgirokonto Hannover	Bank für Sozialwirtschaft
Konto 44 55 86 301	Konto 332 0800
Bankleitzahl 250 100 30	Bankleitzahl 100 205 00

Verantwortung ohne Verantwortung

Der Nazi-Terror und die Geheimdienste

Die staatlichen Repräsentanten zeigten sich nach dem zufälligen Auffliegen des Neonazitrios tief betroffen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erklärte, »der Rechtsterrorismus ist eine Schande für Deutschland« und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) entschuldigte sich bei den Angehörigen für die falschen Ermittlungen gegen die Opfer. Und sie dürften weiter fassungslos sein – über ihre Beobachtungs- und Verfolgungsorgane.

Von Andreas Speit

Kurz vor Jahresende wurde ein geheim gehaltener Untersuchungsbericht des »Bundesamts für Verfassungsschutz« (VS) bekannt. Was schon Kritiker dieser Behörden befürchteten, scheint sich zu bewahrheiten: Der VS und die V-Männer wussten vieles und handelten nicht. Seit dem ersten Novemberwochenende 2011, als Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Eisenach in ihrem Wohnmobil starben und Beate Zschäpe in Zwickau ihre Wohnung sprengte, wurden immer wieder Verflechtungen und Verfehlungen des VS bekannt – vor allem des Thüringer Amtes. Über dreizehn Jahre scheint das Trio ungestört mindestens zehn Morde, vierzehn Banküberfälle und mehrere Sprengstoffanschläge verübt zu haben – geplanter Terror von einer neonazistischen Gruppe, mitgetragen durch ein Netzwerk von NPD- und Kameradschafts-Anhängern, in der Anfangsphase wohl auch unter Beobachtung des VS. Dem Bericht nach hatte das Amt schon 1999 verlässliche Hinweise, dass das Trio sich im Raum Chemnitz versteckt hielt und bewaffnete Überfälle plante. Bis 2001 soll der VS genau über die Aktivitäten informiert gewesen sein. Ein Jahr zuvor hatte das Trio mit den geplanten Morden begonnen. Die Frage, wer für die Morde mit verantwortlich ist, dürfte neu gestellt werden. Fragen scheinen sich die Sicherheitsbehörden in der Öffentlichkeit aber nicht so gern stellen zu wollen. Der Bericht, bewusst geheim gehalten, legt dies nahe, die Maßnahmen, die schon ergriffen wurden, auch.





Lange sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nichts, während in Medien und Politik schon die Diskussion über mögliche Verfehlungen und Verstrickungen von VS-Ämtern lief. Selbst die Union wurde nervös. Knapp räumte später ihr Minister ein, dass »einige Behörden kläglich versagt« haben. Der Chef des »Bundesamtes für Verfassungsschutz«, Heinz Fromm, bekannte denn auch, die Mordserie sei »eine Niederlage für die Sicherheitsbehörden«. Wussten diese schon damals im November, was im Dezember bekannt wurde? Dem langen Schweigen folgte vom Bundesinnenminister ein weitreichender Maßnahmenkatalog. Eine Fehleranalyse der Ämter und Behörden durch die zuständigen Stellen wurde in der Öffentlichkeit jedoch unterlassen. Für die Zuständigen schien eine Analyse, um nötige Konsequenzen zu ziehen, irrelevant. Vielmehr nutzte Friedrich die öffentliche Betroffenheit, um die angestrebten Sicherheitsverschärfungen zügig durchzusetzen – die weitere Aufhebung der Trennung von Verfassungsschutz- und Polizeiarbeit. Das Trio wird zum Alibi, um die Konsequenzen aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus auszuhebeln. Die staatlichen Daten über die rechte Szene werden in dem neugegründeten »Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus« verbunden. Eine Ausdehnung der Vorratsdatenspeicherung wird weiter verfolgt. Einem Abzug der V-Leute ist der Minister aber nicht zugeneigt.

Nach dem Untersuchungsbericht, der bis zum Redaktionsschluss von DRR nur fragmentarisch öffentlich war, wären andere Maßnahmen dringend geboten: die vollständige Überprüfung der Rolle der Ämter und Behörden und ihrer V-Leute. Umso nötiger, da die Informationen nahe legen, dass auch nach dem Ausscheiden des früheren Thüringer VS-Chefs Helmut Roewer im Jahr 2000 das Amt verstrickt zu sein scheint. Bisher schoben die Zuständigen gerne alle Verantwortung dem als exzentrisch geltenden Roewer zu, der wegen Skandalen suspendiert wurde.

Der Bericht bestätigt aber auch, was KritikerInnen schon lange befürchten: Eine demokratische Kontrolle der staatlichen Geheimdienste, etwa durch die Parlamente, scheint nicht möglich. In Deutschland nichts Neues. Die Ämter bleiben sich treu. Bei der Aufarbeitung von Verbindungen zwischen VS und Rechtsextremismus wird selten selbst das, was bekannt ist, bestätigt. Lieber Spekulationen aufkommen lassen, als Fakten zu schaffen, die Konsequenzen bedingen.

Ab dem neuen Jahr bemüht sich Barbara John als Ombudsfrau um die Opfer und Opferangehörigen der »Zwickauer Zelle«. Friedrich unterstützt die Hilfe. Vor Neujahr sprach er aber auch schon wieder mehr vom Kampf gegen den Extremismus als vom Kampf gegen den Rechtsextremismus. Nur kurz war auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) etwas leiser. Längst tönt sie wieder, Kritik an der »Extremismusklausel« sei als Bedingung für eine Projektförderung »unverständlich«. »Man kann Extremismus nicht mit Extremisten bekämpfen«, betonte sie im November bei der Bundestagsdebatte zum Thema »Kampf gegen den Rechtsextremismus«.

Die ideologische Sicht des Extremismuskonzeptes verzehrt weiterhin die politische Wahrnehmung. Eine Wahrnehmung des Rechtsextremismus, die den Handlungswillen der militanten Szene nicht wahrhaben will, den Vernetzungen des illegalen Spektrums kaum entgegenwirkt und Waffen- und Sprengstofffunde als Narretei und Spleen einordnet. Neonazis hätten eben eine Affinität zu Waffen, hieß es von manch staatlicher Stelle –. Affinitäten, die zu Aktionen führten. In den Jahren von 1989 bis 2011 starben, nach einer Studie der »Amadeu Antonio Stiftung« mindestens 182 Menschen durch rechte Gewalt. ■

< v. l. n. r.: Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe

^ Oben: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich in Erklärungsnot

Unter staatlicher Aufsicht?

Der »Nationalsozialistische Untergrund«

Dreizehn Jahre mordete und bombte aus dem Untergrund eine mit Haftbefehl gesuchte Neonazi-Gruppe quer durch Deutschland. Zehn Tote, zwei Bombenanschläge und vierzehn Banküberfälle sollen auf das Konto des »Nationalsozialistischen Untergrunds« gehen. Bekannte Neonazi-Aktivisten unterstützen offenbar das Trio. Von den Sicherheitsbehörden wurden die Mörder nicht gestoppt.

Von Andreas Speit und Paul Wellsow



^ Garagenanlage in Jena – hier fing das Trio an Bomben zu bauen

»Ich bin die, die Sie suchen.« Am 8. November 2011 stellte sich Beate Zschäpe in Jena der Polizei. Nach über 13 Jahren beendete die mutmaßliche Mitbegründerin der Neonazi-Gruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) ihr Leben in der Illegalität. Vier Tage zuvor waren ihre »Kameraden« Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, mit denen sie 1998 abgetaucht war, nach einem Banküberfall in Eisenach erschossen aufgefunden worden. Seit jenem Tag verdichten sich die Fakten: Das Trio verantwortet zehn Morde, 14 Banküberfälle und zwei Sprengstoffanschläge. Außerdem kursieren zahlreiche Spekulationen über das mögliche TäterInnenumfeld, weitere UnterstützerInnen sowie mögliche Verstrickungen staatlicher Stellen.

Doch einen wirklichen Überblick über das Geschehen hat bis heute kaum jemand – nicht einmal die ermittelnden Behörden. Sie scheinen mittlerweile »in eine Art Winterschlaf gefallen« zu sein, kritisierte der Vorsitzende des »Zentralrats der Juden in Deutschland«, Dieter Graumann, die Ermittlungen.

Das Trio

Am 1. Dezember bitten in Karlsruhe der Generalbundesanwalt Harald Range und der Präsident des »Bundeskriminalamts« Jörg Ziercke die Öffentlichkeit um Hilfe bei der Aufklärung der Mordserie. »Es ist durchaus denkbar, dass der Gruppe noch weitere Straftaten zuzurechnen sind«, räumt Range ein. Und Ziercke sagt: »Wir werden noch weitere Beziehungen zur NPD entdecken.« Der Bundesanwalt hatte da bereits Haftbefehl gegen den langjährigen NPD-Funktionär Ralf Wohlleben aus Jena erwirkt, da dieser 2001 oder 2002 über einen Kurier den Untergetauchten eine Schusswaffe und Munition zukommen lassen haben soll. Ein unangenehmer Vorgang für die NPD.

Denn der Bundesanwalt wirft Wohlleben – von 2002 bis 2008 immerhin NPD-Landesvize in Thüringen – Beihilfe zu sechs Morden und einem versuchten Mord vor. Die NPD ist seit dem Auffliegen des NSU krampfhaft um Distanz bemüht.

Das mutmaßliche NSU-Mitglied Zschäpe sitzt nun in Köln in Einzelhaft und schweigt offenbar. Dennoch machte die Presse sie als »gefährliche Mitläuferin« und »heißen Feger« aus. Schnell werden gängige Klischees von der vermeintlich friedliebenden Weiblichkeit und der unpolitischen Frau vermischt. Dass eine junge Frau politisch motivierte Verbrechen begeht, läuft Klischeevorstellungen zuwider. So wird auch nicht wahrgenommen, dass sie offenbar wusste, wie mit Brandsätzen umzugehen ist. Denn am 4. November handelt sie. Am Morgen des Tages hatten Mundlos und Böhnhardt eine Bank in Eisenach überfallen und waren zu ihrem Wohnmobil geflohen. Anwohner informierten die Polizei. Als Beamte anrückten, fielen Schüsse in dem Wohnmobil, das darauf in Flammen aufging. Der Generalbundesanwalt erklärt später, Mundlos habe zunächst Böhnhardt erschossen, dann das Feuer gelegt und sich selbst gerichtet. Ein letzter Anruf soll an Zschäpe gegangen sein. Nur wenige Stunden später legt die Neonazistin in der gemeinsamen Wohnung in Zwickau Feuer und verschwindet.

Bis zu diesem Tag galten die 36-jährige Zschäpe, der 38-jährige Mundlos und der 34-jährige Böhnhardt als nette NachbarInnen. Ihre radikale Gesinnung ließ das Trio nicht durchscheinen, heißt es. Die Tarnung war offensichtlich perfekt. Während dessen waren bereits acht türkische mittelständische Unternehmer sowie der griechische Mitinhaber eines Schlüsseldienstes zwischen 2001 und 2007 in verschiedenen Städten hingerichtet worden. Keine Spur führte nach Zwickau. Später würde sich in den Trümmern des Hauses auch die Waffe zum Mord an einer Polizistin 2007 in Heilbronn finden. Das Trio hortete ein Waffenarsenal. Insgesamt findet die Polizei 19 Waffen. Pumpguns, Pistolen, eine Maschinenpistole und eine Handgranate sowie die beiden Pistolen und Handschellen, die 2007 bei dem Mord an der Polizistin entwendet wurden. Auch eine Liste mit angeblich 10.000 Namen und Adressen wurde gefunden, darunter die von PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien.

Bevor sich Zschäpe der Polizei stellt, soll sie eine bereits 2007 selbst hergestellte Bekenner-DVD an verschiedene Adressen geschickt haben. In dem Film führt die Comic-Figur »Paul Panther« zu den Schauplätzen der Morde, die Täter verhöhnen mit der Stimme von »Paulchen Panther« und dessen »Witz« ihre Opfer. »Der Nationalsozialistische Untergrund ist ein Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz Taten statt Worte«, ist zu dort lesen. Und: »Solange sich keine grundlegenden Änderungen in der Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen, werden die Aktivitäten weitergeführt.« Die DVD zeigt auch: Ohne Hilfe aus der Szene hätte das Trio diese Inszenierung der Morde und Anschläge nicht herstellen können. Die Ermittler stießen mittlerweile auf André Eminger, er hat eine Medienfirma, die solche DVDs herstellen kann. Die Ermittler nahmen ihn und Holger Gerlach fest. Dem in die niedersächsische Neonazi-Szene involvierten Gerlach werfen die Ermittler vor, dem Trio einen Führerschein und einen Reisepass überlassen zu haben.

Erst die Funde in Eisenach und Zwickau lassen die Ermittler erkennen, wer

hinter den zehn unaufgeklärten Morden steckt. Über elf Jahre hatte die Polizei vor allem in den Familien der Opfer ermittelt – ein neonazistischer Tathintergrund wurde nicht angenommen. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) musste daher erklären, dass »einige Behörden kläglich versagt« hätten.

Ein Versagen mit tödlichen Folgen, das bereits vor 13 Jahren begann. Denn am 26. Januar 1998 durchsuchte die Polizei in Jena die Wohnung von Böhnhardt und das Zimmer Zschäpes. Der Verdacht: Die Herstellung von Rohrbomben. Zwei Jahre zuvor, im April 1996, fand die Polizei an einer Autobahnbrücke bei Jena einen aufgehängten Puppentorso, auf dessen Vorder- und Rückseite ein gelber Davidstern mit der Aufschrift »Jude« zu sehen war. Die Puppe war mit zwei Kabeln mit einer Bombenattrappe auf der Brücke verbunden. Und auf dem Jenaer Theaterplatz wurde am 2. September 1997 ein rot bemalter Koffer mit einem schwarzen Hakenkreuz aufgefunden. Im Koffer ein Metallrohr mit etwa zehn Gramm TNT. Am 26. Dezember desselben Jahres entdeckten dann Spaziergänger auf dem Nordfriedhof der Stadt erneut einen Koffer mit Hakenkreuz. Zu der Zeit observierten die Behörden bereits Böhnhardt, auch seine enge Verbindung zu Mundlos und Zschäpe stellten sie fest. Bekannt ist auch, dass die jungen Neonazis, die zur »Kameradschaft Jena« und dem »Thüringer Heimatschutz« (THS) zählten, eine Garage gemietet hatten. Bei deren Durchsuchung wurden die Beamten fündig: Vier Rohrbomben mit 1,4 Kilogramm TNT und Propagandamaterial wurde sichergestellt. Trotzdem werden die Verdächtigen nicht festgenommen. Ungehindert setzte Böhnhardt sich bei der Durchsuchung ab. Erst zwei Tage nach der Razzia am 26. Januar 1998 erließ die Staatsanwaltschaft Gera Haftbefehle. Doch da waren Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe schon abgetaucht. Gemeinsam mit dem Trio und weiteren Personen baut der Neonazi-Anführer und Spitzel des Verfassungsschutzes Tino Brandt aus Rudolstadt den THS zu einem der größten überregionalen Netzwerke von militanten Kameradschaften auf. Böhnhardt und Mundlos wurden stellvertretende Leiter der Jenaer Sektion. Einer der Kameraden war auch André Kapke. Von 1993 bis zu seinem Untertauchen gehörte das Trio zu seinem »Freundeskreis«, sagte er der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« in einem Interview (Nr. 49/2011). Das Mitglied des militanten Netzwerks »Freies Netz« erinnert sich: »Es gab die Vereinbarung, wenn jemand etwas machen will, das strafrechtliche Konsequenzen haben könnte, dann sollte er sich gut überlegen, wen er einweiht«, und meint: »Sicher haben wir uns damals immer mehr radikalisiert.« Immer wieder wurden in Thüringen Waffen- und Sprengstoff bei Neonazis gefunden, konkrete Hinweise auf Terror von rechts erreichten die Behörden. Im Umfeld des THS und des NSU soll es mindestens sieben Spitzel des Verfassungsschutzes gegeben haben. So wurde beispielsweise der führende THS-Aktivist und frühere stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Tino Brandt zwischen 1994 und 2001 vom Thüringer Amt geführt und hatte offenbar bis 1999 Kontakt zu Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe. 2001 stand er nachweislich mit Wohlleben in Verbindung, der ihm sagte, das untergetauchte Trio brauche keine Spenden mehr.



∧ Hinterhof des »Braunen Hauses« – Treffpunkt der Neonazis in Jena

Erfolglose Fahndung

Trotz anfänglicher Dementis wird immer klarer, dass die Sicherheitsbehörden das Trio nach dessen Abtauchen immer wieder im Blick hatten und ihre Aufenthaltsorte zeitweise kannten. Dennoch kam es zu keiner Festnahme. Irritiert schrieb die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: »Man kannte ihre Wohnungen, ihre Freunde, hatte Fotos, Handschriftenproben, DNA-Spuren, kurzum alles, was das Kriminalistenherz begehrt. Dass die drei dennoch von der Bildfläche verschwinden konnten, verdanken sie, so der Verdacht, Helfern oder Tippgebern, eventuell sogar aus dem Umfeld der Sicherheitsbehörden« (21. November 2011). Die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung war 1998 vom Bund abgelehnt worden. Immer häufiger tauchen nun Hinweise auf, die Fahnder seien behindert worden.

Internationale Kontakte

In den 13 Jahren seines Untertauchens war das Trio offenbar mehrfach im Ausland. Belgien, Bulgarien, Schweiz, Südafrika und Ungarn werden genannt. Über gute Kontakte in andere Länder verfügte die militante Neonazi-Szene schon immer, unter anderem über das internationale Neonazi-Netzwerk »Blood & Honour«, das auch in Thüringen aktiv war. Zwar wurde die deutsche Sektion verboten, doch die Kontakte bestehen fort, was für deutsche Neonazis besonders wichtig ist, da in diesen Ländern oftmals mit einem geringeren Verfolgungsdruck Rechtsrock produziert, Konzerte veranstaltet oder auch Waffen besorgt werden können. Pässe hatte das Trio, das ist mittlerweile klar.

Fazit

13 Jahre lang war der Staat nicht in der Lage oder willens, drei bekannte Neonazis und Hinweise auf die TäterInnen der rassistischen Morde, der Bombenanschläge und der Serien-Bankraube zu finden. Und das, obwohl Sicherheitsbehörden dem Trio auf den Fersen waren. Oder wurden die Terroristen aus den Behörden gedeckt? Dafür gibt es bisher zwar keine handfesten Beweise, aber die hohe Dichte an Spitzeln in den Neonazi-Strukturen, das offenbar problemlose Leben des NSU im Untergrund sowie das konsequente Nicht-Handeln der Zuständigen legt den Verdacht nahe, dass der Staat stärker involviert sein könnte als bisher bekannt ist. Auch der rassistische Hintergrund der Taten wurde ignoriert. 2006 verstieg sich »Der Spiegel« (Nr. 16/2006) zu der Aussage, die »schwer durchdringbare Parallelwelt der Türken schützt die Killer«. Opfer und Angehörige wurden zu Mittätern oder Mitwissern. Damit setzt sich fort, was in der Debatte um rassistische und rechte Gewalt in Deutschland üblich ist: Leugnen, abwiegeln und verdrängen. 182 Tote rechter und rassistischer Gewalt zählen antirassistische Initiativen, die Bundesregierung beharrt auf 47 Opfern. Als »neues Phänomen« werden die Taten des NSU von vielen gewertet. Bundesinnenminister Friedrich sagte noch im Sommer, es gebe keinen Nazi-Terror. Doch Terror von rechts ist in Deutschland nicht neu. 1980 kam es von rechts »nahezu im Monatsrhythmus zu Sprengstoff- und Brandanschlägen quer durch Deutschland«, schreibt der Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf, Fabian Virchow, in der Wochenzeitung »Die Zeit« (Nr. 48/2011). Anschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden, auf antifaschistische Ausstellungen und Denkmäler, Banküberfälle, das »Oktoberfest-Attentat« von 1980 mit 13 Toten oder die Morde an dem Verleger Schlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke im selben Jahr – all das ist nie tief ins Bewusstsein der deutschen Gesellschaft gedrungen. ■

Eine Chronik des NSU

Von Annelies Senf und Ernst Kovahl

1992
Nach dem Verbot des »Hess-Aufmarsches« in Wunsiedel marschieren 2.000 Neonazis in Rudolstadt auf. Einer der Organisatoren ist Tino Brandt.

1994
Erstmalige Erwähnung der »Anti-Antifa Ostthüringen« im Bericht des Thüringer »Landesamtes für Verfassungsschutz« (LfV).

Anwerbung des Führungsmitgliedes der »Anti-Antifa Ostthüringen« des »Thüringer Heimatschutzes« (THS) Tino Brandt durch das Thüringer LfV als V-Mann, das ihn bis 2001 führt.

1995
Die »Anti-Antifa Ostthüringen« agiert seit 1995 auch unter dem Namen »THS«.

Das LfV Thüringen berichtet von Diskussionen in der Neonazi-Szene über die Bildung terroristischer Gruppen. Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe werden als »Rechtsextremisten« im nachrichtendienstlichen Informationssystem NADIS gespeichert.

1996
13. April: Uwe Böhnhardt hängt an einer Autobahnbrücke einen Puppentorso mit Davidstern und Schild (»Jude«) auf, zwei Kabel verbinden die Puppe mit einer Bombenattrappe, er wird im Oktober 1997 dafür zu zwei Jahren und drei Monaten Jugendstrafe verurteilt, die er nie antritt.

Herbst: Aggressiver Auftritt unter anderem von den THS-Aktivisten Böhnhardt, Mundlos, André Kapke und Ralf Wohlleben bei einem Prozess gegen den Rechtsterroristen Manfred Roeder in Erfurt.

6. Oktober: Am Ernst-Abbe-Sportfeld in Jena wird eine weitere Bombenattrappe gefunden.

30. Dezember 1996 – 2. Januar 1997: Bei der Stadtverwaltung, der Polizei und der »Thüringischen Landeszeitung« in Jena gehen Briefbomben-Attrappen mit Hakenkreuzen ein. Gegen mehrere Mitglieder des THS wird ermittelt.

1997
17. Juni: Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen der Briefbomben-Attrappen.

2. September: Vor dem Theaterhaus in Jena wird in einem mit einem Hakenkreuz bemalten Koffer eine Bombe mit 10 Gramm TNT ohne Zünder gefunden.

11. Oktober: Aushebung eines Waffenlagers in einer Gaststätte in Heilsberg, dem Treffpunkt des THS.

18. November: Die Polizei findet in Stadtroda eine Bombe an einem Haus, in dem portugiesische Arbeiter wohnen.

24. November: Das LfV Thüringen beginnt eine Observierung Böhnhardts bis zum 1. Dezember.

26. Dezember: An der Gedenkstätte für den antifaschistischen Widerstand auf dem Nordfriedhof in Jena wird eine Bombenattrappe in einem Koffer mit Hakenkreuz gefunden.

1998
Das Hamburger LfV bezeichnet in seinem Jahresbericht für 1997 die drei Flüchtigen als »Angehörige des militanten Kameradschaftsnetzwerks ›Thüringer Heimatschutz‹«.

26. Januar: Hausdurchsuchungen bei Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Es werden unter anderem vier funktionsfähige Rohrbomben, 1,4 kg TNT und Propagandamaterial in einer von Zschäpe gemieteten Garage gefunden. Böhnhardt entfernt sich ungehindert vom Ort der Durchsuchung, anschließend tauchen die drei unter.

28. Januar: Internationaler Haftbefehl für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ausgestellt und Zielfahndung angeordnet.

September: Das LfV Brandenburg meldet an die LfV in Sachsen und Thüringen, ein Neonazi beschaffe Waffen für Böhnhardt und Zschäpe.

September: Zielfahnder des LKA Thüringen sollen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in Chemnitz ausfindig gemacht haben, ein geplanter Zugriff durch die Polizei ist laut MDR wieder abgesagt worden.

Nach Auskunft des LfV Thüringen sollten dem Trio 1998 oder 1999 über einen V-Mann und eine dritte Person 2.000,- DM zur Beschaffung falscher Ausweise zugeleitet werden. Das Vorhaben scheitert, weil die Person das Geld unterschlug. Ein Mann aus Chemnitz soll den Untergetauchten Unterkunft und Papiere überlassen haben, damit sei in Chemnitz ein Reisepass für Mundlos ausgestellt worden.

In einem Interview mit dem Neonazi-Blatt »Blood & Honour« (Nr. 8/1998) bekunden die Mitglieder der Band »Eichenlaub« Solidarität mit Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos. Man stehe »zu dem, was unsere 3 Kameraden da getan haben. Wir, die sie wohl mit am besten kannten, können uns mittlerweile ganz gut vorstellen, warum sie diesen sehr zweifelhaften Weg gegangen sind«. Ein Bandmitglied soll im THS aktiv gewesen sein. Später veröffentlicht die Band das Lied »5. Februar«, das für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sein soll.

1999
März: Das LfV Thüringen bietet dem Anwalt von Bönhardt einen Deal zur Verringerung der voraussichtlichen Strafe an, der zuständige Oberstaatsanwalt in Gera lehnt das ab. Im selben Monat soll der NPD Anwalt Hans-Günter Eisenecker mit einer Vollmacht von Zschäpe bei der Staatsanwaltschaft Gera Akteneinsicht verlangt haben.

Frühjahr: Der Generalbundesanwalt schließt sich der Einschätzung der Staatsanwaltschaft Gera an, bei der Gruppe von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe handele es sich nur um »ein loses Geflecht von Einzeltätern«, eine terroristische Vereinigung sei nicht zu erkennen und somit die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt nicht möglich.

August: Das LfV Thüringen bittet das LfV Niedersachsen, Holger Gerlach zu observieren, da der Verdacht bestand, er könnte ein Quartier für die Untergetauchten organisieren.

September: Der THS organisiert in Jena eine Veranstaltung mit dem in Südafrika lebenden Rassisten und Publizisten Claus Nordbruch zur Arbeit des Verfassungsschutzes.

6. und 27. Oktober: Erste Banküberfälle in Chemnitz.

2000
15. Mai: Bei einer Observation in Chemnitz wird ein Foto von Böhnhardt gemacht, die Identifizierung dauert mehrere Wochen.

Juni: Enttarnung des Neonazis Thomas Dienel, der 1996/97 als V-Mann des LfV Thüringen tätig war und Suspendierung des verantwortlichen Präsidenten des Amtes Helmut Roewer.

10. August: Anschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach, Verurteilung von Patrick Wieschke (THS und »Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringens«) am 29. Mai 2002 zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und neun Monaten wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion.

9. September: Mord am Blumenhändler Enver Simsek in Nürnberg mit der Ceská 83, die auch bei den weiteren NSU-Morden an Migranten verwendet wird.

30. September: Beamte des Verfassungsschutzes zeichnen zwei der untergetauchten Neonazis beim Besuch von mutmaßlichen UnterstützerInnen in Chemnitz bei einer automatisierten Videoobservation auf. Ein Zugriff unterbleibt. Sachsens Verfassungsschutzprä-

sident Reinhard Boos weist den Vorwurf zurück, die Festnahme der Neonazis vermasselt zu haben. »Ein Zugriff durch unsere Behörde ist generell nicht möglich, sondern kann nur durch die Polizei erfolgen.«

Oktober: Der THS erklärt, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe seien keine Mitglieder des THS.

30. November: Banküberfall in Chemnitz.

2001

Mai: Enttarnung des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden und THS- Kaders Tino Brandt als langjähriger V-Mann des LfV Thüringen. Nach eigenen Angaben hatte er 200.000,- DM für seine Tätigkeit als Spitzel erhalten und für politische Arbeit verwendet. Bereits 2000 war er kurzzeitig vom damaligen Präsidenten des LfV Roewer »abgeschaltet« worden, dessen kommissarischer Nachfolger Peter Nocken setzt Brandt wieder ein und entlässt ihn im Januar 2001.

19. Januar: Explosion eines Sprengsatzes in dem Geschäft einer deutsch-iranischen Familie in Köln. Auf der 2011 gefundenen Bekenner-DVD des NSU wird auf dieses Attentat verwiesen.

26. Februar: Die Thüringer Landesregierung antwortet auf eine Anfrage im Parlament, es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, dass Thüringer Rechtsextremisten an rechtsterroristischen Aktivitäten beteiligt seien. Sie sähe auch keine Ansätze für solch eine Struktur. »Bundeskriminalamt« (BKA) und das »Bundesamt für Verfassungsschutz« würden diese Auffassung teilen.

13. Juni: Ermordung von Abdurrahim Özüdogru in Nürnberg.

27. Juni: Ermordung des Obsthändlers Süleyman Tasköprü in Hamburg.

5. Juli: Banküberfall in Zwickau.

29. August: Ermordung des Obsthändlers Habil Kilic in München.

Zschäpe zieht laut Medienberichten nach Zwickau (2001 bis 2008).

2002

25. September: Banküberfall in Zwickau

2003

23. Juni: Verfolgungsverjährung wegen der Vorbereitung eines Sprengstoff- Verbrechens 1996/97 tritt ein, die Staatsanwaltschaft Gera teilt am 17. September die Einstellung der Ermittlungen gegen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe mit. Sie seien »wie vom Erdboden verschluckt«. Unmittelbar nach der Verjährung sollen sich die drei über einen Anwalt bei der Justiz gemeldet haben.

23. September: Banküberfall in Chemnitz.

2004

25. Februar: Ermordung des Verkäufers Mehmet Turgut in Rostock.

14. und 18. Mai: Banküberfälle in Chemnitz.

9. Juni: Detonation einer Nagelbombe in Köln-Mülheim mit 22 Verletzten.

2005

9. Juni: Ermordung von Ismail Yazar in Nürnberg. Nach dieser Tat geht das BKA von der Möglichkeit aus, »dass die Opfer in Verbindung mit türkischen Drogenhändlern aus den Niederlanden standen«.

15. Juni: Ermordung von Theodoros Boulgarides in München.

22. November: Banküberfall in Chemnitz.

2006

4. April: Ermordung von Mehmet Kubasik in Dortmund.

6. April: Ermordung des Betreibers eines Internet-Cafés Halit Yozgat in Kassel. Kurz vor oder während des Mordes befand sich ein Mitarbeiter des LfV Hessen im Café. Er hatte den Spitznamen »Klein-Adolf«, bei einer Durchsuchung fanden sich legale Waffen, illegale Munition und NS-Material bei ihm.

5. Oktober: Banküberfall in Zwickau.

7. November: Banküberfall in Stralsund.

2007

18. Januar: Banküberfall in Stralsund.

20. April: Auf eine Anfrage im Parlament antwortet die Bundesregierung, das BKA und die eingesetzte »Sonderkommission Bosporus« ermittelten bisher erfolglos wegen der Morde seit 2000 an acht türkischen und einem griechischen Gewerbetreibenden. Man gehe von einem Täter aus, da dieselbe Waffe verwandt worden sei.

25. April: Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn.

2008

Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe beziehen in Zwickau eine Wohnung.

2011

7. September: Banküberfall in Arnstadt.

4. November: Banküberfall in Eisenach. Tod von Mundlos und Böhnhardt durch Erschießen in ihrem brennenden Wohnmobil.

Wenige Stunden später legt Zschäpe in der Zwickauer Wohnung einen Brand. Die Polizei findet unter anderem 19 Waffen, Bekenner-DVDs und weitere Tatmittel.

8. November: Zschäpe stellt sich in Jena in Begleitung eines Anwaltes der Polizei. Am folgenden Tag wird sie den Ermittlungsrichtern in Zwickau vorgeführt und später in ein Hochsicherheitsgefängnis nach Köln überstellt.

11. November: Der Generalbundesanwalt übernimmt die Ermittlungen wegen des dringenden Verdachts der Bildung der terroristischen Vereinigung »Nationalsozialistischer Untergrund«.

13. November: Festnahme von Holger Gerlach als mutmaßlicher Helfer des NSU-Terrornetzes. Er soll seinen Führerschein und Pass gestellt beziehungsweise mehrere Wohnmobile gemietet haben.

24. November: Festnahme von André Eminger, Betreiber des Online-Versands »Caput Mortuum« in Zwickau. Vorwürfe: Unterstützung des NSU, er soll an der Erstellung des NSU-Bekennervideos im Jahr 2007 beteiligt gewesen sein und soll von 1999 bis 2001 eine Wohnung in Chemnitz für die Untergetauchten angemietet haben.

29. November: Festnahme von Ralf Wohlleben in Jena. Vorwürfe: Beihilfe zu sechs Morden und einem versuchten Mord des NSU, Hilfe für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bei der Flucht, 2000 oder 2001 Sendung einer Waffe mit Munition an die Gruppe und finanzielle Unterstützung.

10. Dezember: Festnahme von Matthias Dienelt. Vorwurf: Anmietung zweier Wohnungen in Zwickau 2001 und 2008 für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, damit habe er die Verbrechen »zumindest billigend in Kauf genommen«.

Dezember: Ermittlungen gegen Mandy Struck (Johanngeorgenstadt/Schwarzenberg) und Max-Florian B. (Chemnitz /Dresden) wegen Unterstützung des NSU. In der Zeitung »Die Welt« erklärt Struck, sie habe den Untergetauchten die Wohnung ihres damaligen Freundes zum Untertauchen zur Verfügung gestellt. Da Zschäpe den Namen Struck nutzte, wird ihr vorgehalten, auch Papiere zur Verfügung gestellt zu haben. B. wird vorgeworfen, er habe seine Papiere und Unterkunft gegeben. Mit seinem Ausweis sei von der Einwohnermeldestelle in Chemnitz ein Reisepass mit Foto von Mundlos ausgestellt worden.

Mitte Dezember: Bei der Auswertung der Daten des neonazistischen internen Online-Forum »Hard to Hate« des »Freien Netzes« werden Verbindungen von Thomas Gerlach (Meuselwitz bei Altenburg), Mitorganisator des »Festes der Völker« und ehemaliger THS-Aktivist, zur NSU deutlich. Er benutzte das Passwort »struck-mandy« in nazistischen Internetforen.

30. Dezember: Der Vorsitzende des »Zentralrats der Juden« in Deutschland, Dieter Graumann, wirft den Behörden schweres Versagen vor. Die Ermittlungen seien ein »Desaster«, zwei Monate nach Bekanntwerden der Taten seien die »Ermittler in eine Art Winterschlaf gefallen«.

2012

7. Januar: »Spiegel online« meldet Gerlach kooperiere mit den Behörden. Laut seinen Angaben habe er die NSU bis Mai 2011 unterstützt, mit Geld sowie Pass, Führerschein, Krankenkassenkarten und einer ADAC-Karte. Gerlach soll ferner Wohlleben schwer belastet haben.

9. Januar: Der »Wartburgkreis Bote«, für den Patrick Wieschke aus dem NPD-Bundesvorstand verantwortlich ist, bezeichnet die NSU-Mordserie als ›inszenierten Terror‹. ■

Unter Generalverdacht

Jahrelange Stigmatisierung der Betroffenen

Mehr als zehn Jahre lang waren die Opfer des rechten Terrors sowie deren Angehörige nicht nur mit abwertenden und relativierenden Beschreibungen der Taten konfrontiert, sondern auch mit der rassistischen Unterstellung, selbst in kriminelle Machenschaften verwickelt gewesen zu sein.

Von Barbara Manthe

Köln im Juni 2004: »Der Anschlag war ein sorgfältig geplanter terroristischer Akt«, sagte der damalige türkische Botschafter Mehmet Ali Irtemçelik bei einem Besuch auf der Keupstraße in Köln-Mülheim. Ein Mann aus dem Viertel äußerte die Vermutung, dass es sich um eine Tat von Rechtsextremen gehandelt haben könnte. Wenige Tage zuvor war in dem migrantisch geprägten Stadtteil eine Nagelbombe explodiert und hatte 22 Menschen verletzt. Die Ermittler schlossen einen politischen Hintergrund indes bald aus.

Frühe Hinweise auf rassistische Motive

Ein Blick auf die Berichterstattung vor November 2011 verdeutlicht, dass auch anderen ein extrem rechter Hintergrund der Taten nicht abwegig erschienen war. In den Jahren, in denen die Thüringer Neonazis mordeten und Anschläge durchführten, wiesen Angehörige der Opfer ebenso wie einige JournalistInnen auf die Möglichkeit rassistischer Motive hin. Auch bei der Polizei waren diesbezüglich Vermutungen aufgekommen: Profiler aus München mutmaßten bereits 2006, dass bei der Mordserie an den Einzelhändlern eine Verbindung unter den Opfern vielleicht gar nicht bestehe, sondern dass es sich um rassistische Verbrechen handeln könnte. Im Frühjahr 2010 sagte ein Kasseler Polizeibeamter in einem Interview: »Ich glaube, dass es sich bei dem Täter um jemanden handelt, der die Opfer nach ihrer Ethnie und nach dem Umfeld aussucht. Also er sieht nicht das einzelne Opfer, sondern er sieht hier einen Südländer, einen Türken in einem türkischen Geschäft.« Dennoch lautete die Schlussfolgerung der Ermittlungsbehörden bei allen Morden und Anschlägen, dass es Hinweise auf politisch motivierte Taten nicht gebe. Diesem Fazit folgten die Medien in ihrer Berichterstattung, in der Regel mit der Begründung, Neonazis seien zu »dumm« für solche Taten und hegten zudem prinzipiell den Wunsch, ihre Beweggründe offen zu legen. Das rassistische Motiv stellte eine Verbindung zwischen den Verbrechen dar, die die Ermittlungsbehörden nicht sehen konnten oder sehen wollten. Einen Hebel hätten die Fahndungsfotos bieten können, die auf mitteleuropäische Täter verwiesen. Im Juni 2006 schrieb beispielsweise ein Journalist der taz, die Phantombilder in der Mordserie glichen den Aufnahmen, mit denen nach den Verdächtigen gefahndet wurde, die den Nagelbombenanschlag in Köln-Mülheim ausgeführt hätten: »Ob es eine Verbindung gibt?«.

Verstrickung ins kriminelle Milieu?

Eine vermeintliche Gemeinsamkeit der Verbrechen jedoch stand stets im Vordergrund und wurde aus dem türkischen beziehungsweise griechischen Migrationshintergrund der Betroffenen heraus konstruiert: Als wahrscheinlichste Theorie galt eine Verstrickung der Opfer in die organisierte Kriminalität. Mitgliedschaft in einer »Geheimorganisation«, die Erpressung von »Schutzgeld« und Kontakte zur »Mafia« dienten als glaubwürdige Thesen zur Erklärung der Taten, welche die Medien bereitwillig aufgriffen. Solche Verbindungen ins kriminelle Milieu erschienen deswegen als plausibel, weil den türkisch- und griechischstämmigen Opfern aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit bestimmte Verhaltensmuster unterstellt wurden, auch wenn diese gar nicht belegt waren. Den Toten und Verletzten wurden teils minutiös kriminelle Machenschaften »nachgewiesen«, diejenigen, bei denen nichts festzustellen war, standen unter dem Verdacht, lediglich geschickter bei der Vertuschung gewesen zu sein. Dies setzte die Betroffenen über einen langen Zeitraum hinweg einem immensen Druck aus, denn je weniger sie zu sagen hatten, desto verdächtiger wurden sie. Eine »Mauer des Schweigens« gebe es angeblich im »türkischen Umfeld« der Opfer, so die »Welt« im November 2006. Jahrelang stand eine als »türkisch« definierte Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht und war in Erklärungsnot, weil sie in die Pflicht genommen wurde, ihre Unschuld zu beweisen.

Von Opfern zu Tätern

Wut und Erleichterung, so beschrieben Betroffene ihre Reaktion, als sie im November von dem rechtsterroristischen Hintergrund der Taten erfuhren. Viele äußerten ihre Erleichterung darüber, endlich das Stigma los zu sein, für die an ihnen begangenen Verbrechen selbst die Schuld zu tragen. Die öffentliche Inszenierung ihres »neuen« Opferstatus kritisierten viele Betroffene jedoch: Eilig abgelegte Kränze und Entschuldigungen von Politikern dienten ebenso wenig ihren Interessen wie die gebetsmühlenartigen Selbstbezichtigungen der Medien, mit ihrer Berichterstattung und abwertenden Begriffen wie »Dönermorde« rassistische Zuschreibungen produziert und gefördert zu haben. Diese Reaktionen könnten zwar als positive Nebeneffekte die Chance auf einen Paradigmenwechsel im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus bieten, der den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekten zugute käme, die zu dem Thema arbeiten. Die Erfahrung der Angehörigen und Verletzten, über Jahre hinweg aufgrund rassistischer Stereotype von Opfern zu Tätern gemacht worden zu sein, machen sie nicht rückgängig. ■

^ Antifaschistische Demo in Köln im Dezember 2011

Ein Kind des Verfassungsschutzes

Der »Thüringer Heimatschutz«

Der »Thüringer Heimatschutz« war eine der aktivsten Strukturen der neonazistischen Kameradschaften der 1990er Jahre. Er wurde auch mit staatlichen Mitteln finanziert und war maßgeblich beteiligt am Terror-Netz »Nationalsozialistischer Untergrund«.

Von Ernst Kovahl

Ein »neuartiges Bindeglied im neonazistischen Spektrum« sei die »Anti-Antifa-Ostthüringen«, schrieb der Thüringer Verfassungsschutz 1994. Mit deren Aktionen werde sich »die Aktionsbereitschaft der militanten rechtsextremistischen Szene […] stärker als bisher strukturell festigen«, befand der Geheimdienst. Und der musste es wissen. Denn von Anbeginn hatte der Verfassungsschutz mit Tino Brandt einen Spion an der Spitze der Struktur installiert. Aus der schnell wachsenden und gewalttätigen Gruppe, die anfänglich vor allem im Raum Saalfeld und Rudolstadt agierte, entstand ab 1995/96 der überregional tätige »Thüringer Heimatschutz« (THS) – geführt von Brandt. Eigene Sektionen existierten später in Jena (»Kameradschaft Jena«), Saalfeld, Sonneberg und Gera. 2000 schloss sich das vom heutigen NPD-Bundesorganisationsleiter Patrick Wieschke geleitete »Nationale und Soziale Aktionsbündnis Westthüringen« (NSAW) mit Gruppen in Eisenach, dem Unstrut-Hainich-Kreis, Friedrichroda, Schmalkalden und Bad Liebenstein dem THS an.

Geld vom Staat

Brandt war 1994 vom Thüringer Verfassungsschutz angeworben worden. Für seine jahrelange Spitzel-Tätigkeit erhielt er nach eigenen Angaben rund 200.000 DM, die er in die politische Arbeit steckte. Handy, Homepage, der Druck von Flugblättern oder Reisen zu Aufmärschen kosteten »ein Heidengeld, was die meisten Kameradschaften ohne Hilfe vom Staat kaum aufbringen könnten«, sagte er damals (s. DRR Nr. 71/2001). So entstand eine schlagkräftige parteiunabhängige Neonazi-Struktur. Konzerte mit bis zu 1.000 Personen, Aufmärsche mit mehreren hundert TeilnehmerInnen, Flugblattaktionen oder Schulungen wurden durchgeführt. Regionale Aktionen, die Teilnahme an bundesweiten Aufmärschen und sogar die Beteiligung an internationalen Veranstaltungen standen auf dem Programm. THS-Chef Brandt fuhr mit anderen zu Festen der extremen Rechten in Frankreich, ins flämische Belgien oder auf die Farm des rechten Publizisten Claus Nordbruch nach Südafrika.

Am 17. August 1998 nahm der THS an einem von dem heutigen NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel angemeldeten Aufmarsch zur Verherrlichung des NS-Verbrechers Rudolf Hess in Worms teil. Mit dabei auch die heute wegen Mitgliedschaft in der NSU verdächtigten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Seit Mitte der ´90er Jahre waren sie immer wieder zu den Treffen der »Anti-Antifa-Ostthüringen« in die Gaststätte »Goldener Löwe« nach Schwarza gefahren. Böhnhardt und Mundlos galten damals als stellvertretende Leiter der »Kameradschaft Jena«, deren Anführer André Kapke gewesen sein soll. Später, zwischen März 1997 und April 1998, traf man sich in der vom THS gemieteten Kneipe »Heilsberg« nahe Saalfeld, wo 1997 ein Waffenlager gefunden wurde.

Bundesweite Kontakte

Wurden bei der Gründung 1994 etwa 20 Neonazis der »Anti-Antifa-Ostthüringen« zugerechnet, erhöhte sich die Mitgliederzahl bis 1997 auf bis zu 120 Personen. Nach dem Beitritt des NSAW im Jahr 2000 verfügte der THS über rund 160 Mitglieder, und 2001, kurz vor der Auflösung, waren es 170. Die Struktur war eine der aktivsten, dauerhaftesten und militantesten Strukturen der Kameradschafts-Szene in jenen Jahren. Auch bundesweit war der THS gut vernetzt. Enger Kontakt bestand zu zahlreichen »Kameradschaften«, zu den »Blood & Honour«-Strukturen, der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen«, dem Coburger Verlag »Nation Europa« oder der »Burschenschaft Jenensia« (s. DRR Nr. 62/2000).

^ Heilsberg –hier wurden die ersten Waffen des THS gefunden ^ Rudolf Heß Gedenkmarsch 2006: Brandt, Kapke, Mundlos

Kind des VS

Schnell orientierte sich der THS in Richtung NPD. Bereits ab 1995 kooperierte er eng mit dem 1997 zugunsten der NPD aufgelösten Sammlungsverein »Die Nationalen« um den heutigen Thüringer NPD-Chef Frank Schwerdt. Mit Brandt gab der THS zwischen 1995 und 1997 die »Neue Thüringer Zeitung – Stimme der nationalen Erneuerung« heraus. Später meldeten die NPD, ihre Jugendorganisation oder der »Nationaldemokratische Hochschulbund« Veranstaltungen des THS an, um Verbote zu umgehen.

1999 war der THS zu einem Machtfaktor in der Szene geworden. Er stellte vier der zwölf Kreisvorsitzenden und sieben Mitglieder im zwölfköpfigen Vorstand der Thüringer NPD. 2000 wurde Brandt sogar stellvertretender Landesvorsitzender der Partei. Doch 2001 war Schluss. Brandt flog als Spitzel des VS auf, der THS stellte kurz danach offiziell seine Arbeit ein. In einem Bericht über das neonazistische Vernetzungs- und Strategietreffen »Eine Bewegung werden! Gemeinsam die Volksfront von rechts schaffen!« am 4. Dezember 2004 berichtete jedoch das Eisenacher Neonazi-Fanzine »Ratatösk«, auch Vertreter des THS hätten teilgenommen. Mit seinem Transparent war der THS immer wieder bei Veranstaltungen präsent, zuletzt am 19. Februar 2011 in Dresden. Für die Szene lebt der erfolgreiche THS weiter. Denn die von dem inoffiziellen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Brandt aufgebaute

Struktur war ein Modell für die Zusammenarbeit von NPD, »Kameradschaften«, RechtsRock-Szene und unorganisierten Neonazis. Im Rahmen ihres »Kampfes um die Straße« wurde der THS für die NPD wichtig. Die in den 1990er Jahren brachliegende Thüringer Partei kam in Schwung, nachdem THS-Aktivisten den Verband übernahmen. Bis heute dominieren ehemals führende THS-Kader wie Kapke, Wieschke oder der ehemalige THS-Kader Ralf Wohlleben die Thüringer Neonazi-Szene. BeobachterInnen bezeichnen den THS mit Blick auf die Gründungsgeschichte und das Ende als »Kind des Verfassungsschutzes«. ■

Terroristische Vereinigung?

Der § 129a Strafgesetzbuch

Vor Weihnachten legten die Verteidiger von Beate Zschäpe Haftbeschwerde beim Bundesgerichtshof ein. Ein dringender Tatverdacht wegen Mitgliedschaft oder Gründung einer terroristischen Vereinigung sei nicht dargelegt. Es wäre weder eine feste Organisationsstruktur zwischen ihr, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos nachzuweisen noch ein gemeinsamer Organisationswille festzustellen. Tatsächlich? Was ist an dran an dieser Argumentation?

Von Alexander Hoffmann

§ 129a Strafgesetzbuch (StGB) ist – auch wenn er gegen Nazis angewandt wird – ein politischer Straftatbestand, der in bedenklicher Form mögliche Strafbarkeiten ausweitet und insbesondere die Strafbarkeit von Handlungen begründet, die als bloße Vorbereitungshandlungen ansonsten straflos wären. Vorabsprachen über die Begehung von noch nicht konkretisierten Tötungsdelikten, Brandstiftungen oder anderen in diesem Paragraphen aufgelisteten Straftaten, die noch kein unmittelbares Ansetzen zur Tat darstellen, wären beispielsweise normalerweise straflos. § 129a StGB ist allerdings schon dann erfüllt, wenn mindestens drei Leute, die für eine Vereinigung benötigt werden, sich mit einem gemeinsamen »Organisationswillen« und einer in irgendeiner Form bestehenden Organisationsstruktur ganz allgemein zur Begehung solcher Taten zusammenschließen. Die Strafhöhe für einen »normalen« Fall der Mitgliedschaft oder Gründung einer solchen Vereinigung ist ein bis zehn Jahre.

Ermittlungsmöglichkeiten

Viel wichtiger als die angedrohte Strafhöhe sind in der Regel allerdings die sich aus dem Tatvorwurf des § 129a StGB ergebenden strafprozessualen Möglichkeiten. Im Gegensatz zum bloßen Vorwurf einer besonders schweren Brandstiftung (§306b StGB), die mit zwei Jahren bis fünfzehn Jahren, beziehungsweise im Einzelfall sogar mit einer Mindeststrafe von fünf Jahren bedroht wird, ist es bei der Annahme einer terroristischen Vereinigung für den Generalbundesanwalt (GBA) ein Selbstgänger, die Ermittlungen an sich zu ziehen. Ermittlungen des GBA mit dem pressewirksamen Einfliegen der Beschuldigten nach Karlsruhe, dem schier unerschöpflichen Ermittlungspotential dieses Strafverfolgungsorgans und den erprobten und politisch ausgewählten Ermittlungsrichtern des Bundesgerichtshofes (BGH) führen im Allgemeinen wie selbstverständlich zur Verhängung von Untersuchungshaft und anschließenden Verurteilungen. Die Anwendung des § 129a StGB erleichtert auch die Geheimhaltung der tatsächlichen Ermittlungsergebnisse, wenn keine Details zu den eigentlich vorgeworfenen Straftaten, sondern nur Ermittlungen zu den angeblichen Gruppenstrukturen und der Mitgliedschaft vorgelegt werden müssen.

Untersuchungshaft

Für die Verhängung von Untersuchungshaft müssen einerseits ein dringender Tatverdacht und andererseits ein Haftgrund angenommen werden. Dringender Tatverdacht liegt vor, wenn nach dem gesamten bisherigen Ermittlungsergebnis ein hoher Wahrscheinlichkeitsgrad dafür besteht, dass der Beschuldigte als Täter oder Teilnehmer eine Straftat begangen hat. Als Haftgrund kommen im Falle Zschäpe nach ihrer freiwilligen Stellung Flucht und Fluchtgefahr nicht wirklich in Betracht. Auch eine Wiederholungsgefahr dürfte nach den bisherigen öffentlich gewordenen Erkenntnissen auszuschließen sein. Bleiben der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr, der vorliegend nicht ganz abwegig erscheint, nachdem die Beschuldigte ja immerhin verdächtig ist, durch das Inbrandsetzen des Wohnhauses Beweise vernichtet zu haben. Speziell für Straftaten der Schwerkriminalität und den § 129a StGB sind die Anforderungen für die Annahme des Haftgrundes extrem gelockert.

Verschleierung?

Der Generalbundesanwalt muss nun diejenigen Ermittlungsergebnisse dem Haftrichter vorlegen und der Verteidigung Akteneinsicht gewähren, auf die eine Haftentscheidung gestützt werden soll. Ein faires Verfahren erfordert es, dass die Beschuldigte weiß, was ihr vorgeworfen wird und in die Lage versetzt wird, jedes einzelne sie belastende Beweismittel kritisch zu prüfen. Die Strafverfolgungsbehörde hat indes, wie in Verfahren nach § 129a StGB üblich, offensichtlich nur dürftiges Material vorgelegt, aus dem sich die Mitgliedschaft von Zschäpe in einer terroristischen Vereinigung ergeben soll, nicht aber Aktenbestandteile aus den Ermittlungsverfahren wegen der vorgeworfenen Morde. Bei aller Vorsicht, die ohne genauere Kenntnisse des Ermittlungsstandes bei einer Bewertung geboten ist, dürften diese Beweismittel mager sein. Allein die Tatsache, dass die drei Nazis nach dem Fund von ihnen zugerechneten Waffen beziehungsweise Sprengstoff vor mehr als einem Jahrzehnt abgetaucht sind, und nun in einer Wohnung gelebt haben, in der wiederum Waffen, darunter Tatwaffen von Verbrechen, gefunden wurden, lässt allein noch nicht den Schluss zu, dass alle drei eine gemeinsame Organisation mit dem Ziel der Begehung von Straftaten gegründet haben. Dies wird den Ermittlungsrichter beim BGH kaum dazu bringen, den Haftbefehl aufzuheben oder außer Vollzug zu setzen – aber es wirft auch kein gutes Licht auf die Ermittlungen und gibt Anlass zu Misstrauen.

Warum legt der Generalbundesanwalt keine Beweismittel aus den Mordermittlungen vor, die den Verdacht der Beteiligung von Beate Zschäpe ergeben? Immerhin verkünden die Pressesprecher von GBA und »Bundeskriminalamt« ständig neue Ermittlungsergebnisse, die allerdings nicht überprüft werden können. Zu vermuten ist, dass in diesen Ermittlungen die Beteiligung, die Verstrickung oder die Nachlässigkeiten staatlicher Stellen dokumentiert sind, die der Öffentlichkeit nicht bekannt werden sollen. Oft genug wurden dubiose Praktiken von Verfassungsschutz und Geheimdiensten in den letzten Jahrzehnten in geheimen Aktenbestandteilen vergraben und versteckt, oft genug wurden Ermittlungsergebnisse »übergeordneten Interessen« geopfert. Ein solches Verhalten verletzt allerdings nicht nur die Rechte der Beschuldigten sondern insbesondere das Interesse der Öffentlichkeit an tatsächlicher Aufklärung. Schon aus diesem Grunde wäre es wünschenswert, wenn die Angehörigen der Opfer der Nazimorde sich als Nebenkläger in das Strafverfahren einmischen würden. Auf diese Weise könnte vollständige Akteneinsicht gefordert und damit versucht werden, mögliche Verschleierungen bereits frühzeitig zu erschweren. ■

»Eine gefährliche Doppelmoral«

Interview mit Dr. Pete Simi

Über den Terror aus der extrem rechten Szene sprach Horst Zimmer für DERRECHTERAND mit Dr. Pete Simi. Er ist Dozent für Kriminologie und Strafjustiz an der Universität von Nebraska in Omaha, USA, und hat sich auf die extreme Rechte und deren Terrorismus spezialisiert. 2010 veröffentlichte er zusammen mit Robert Futrell das Buch »American Swastika: Inside the White Power Movement´s Hidden Spaces of Hate«.

DRR: Innerhalb der vergangenen 20 Jahre haben extrem rechte Terroristen in ganz Europa sowie den USA Bombenanschläge verübt. Wie würden Sie diesen Terror über die Ländergrenzen hinweg definieren?

Simi: Terrorismusdefinitionen gibt es genügend. Meiner Ansicht nach brauchen wir also für den Terror von rechts das Rad nicht neu erfinden. Für mich ist es einfach eine Art des Terrorismus neben anderen. Das hauptsächliche Unterscheidungsmerkmal beim Terrorismus, ob links, rechts, religiös oder wie auch immer, ist die Ideologie, die dahinter steckt. Im Vergleich mit anderen Arten der Gewalt beinhaltet Terrorismus eine politische Motivation. Es geht dabei immer um symbolische Aktionen. Anschlagsziele werden ausgesucht, weil sie etwas Höheres repräsentieren als das eigentliche Objekt selbst. Gleichzeitig verschwimmen, von einem analytischen Standpunkt aus gesehen, bei diesem Beispiel die Grenzen zwischen »hate crime« und Terror. Obwohl Terrorismus gemeinhin besser organisiert und geplant ist als bei einem gewöhnlichen »hate crime«, bei dem der/die TäterIn ihr Opfer meist spontan auswählt, denke ich trotzdem, dass es dort Überschneidungen der Definitionen gibt.

DRR: In Deutschland sprechen JournalistInnen im Zusammenhang mit dem »NSU« von den militanten neonazistischen Organisationen »Blood & Honour« (B&H) und »Hammerskin Nation« (HSN). Denken Sie, dass diese Terrorismus fördern?

Simi: Ja und nein. Da ist eine interessante, multi-dimensionale Beziehung zwischen militanten Neonazi-Gruppen wie B&H und rechtem Terrorismus. Einerseits produzieren diese Gruppen Propagandamaterial, das möglicherweise direkt oder indirekt zur Gewalt animiert oder diese stillschweigend duldet. Diese größeren Gruppen können auch die Keimzelle für kleinere, gewalttätigere Gruppen darstellen. In den USA haben neben den von Ihnen genannten Gruppen auch die »Aryan Nations« und die »National Alliance« die Entstehung von extrem rechten Terrorgruppen befördert. Hinzuzufügen ist, dass diese größeren und sichtbareren Gruppen eben auch als Anziehungsort für »Einsteiger« fungieren können, die sich selbst hin zur Gewalt radikalisieren im Sinne so genannter »einsamer Wölfe«. Ein Beispiel: Bufford Furrow, jener Einzeltäter, der im kalifornischen jüdischen Gemeindezentrum 1999 Amok lief, war aktiv bei den »Aryan Nations«. Obwohl wir diesen Einzeltätertypus des gewalttätigen Terrorismus noch immer nicht besonders gut verstehen, wäre es ein Fehler, die »Experimente« dieser Täter mit Gruppen wie den »Aryan Nations«, der HSN, B&H und ähnlichen Gruppen zu übersehen. Gleichwohl, und das kompliziert die Sache wirklich, können diese Gruppen als »Ablassventil« für Einzelne fungieren, die wütend, frustriert und der Gewalt zugeneigt sind. Wenn B&H und die HSN Musikfestivals und andere Veranstaltungen organisieren, können diese Menschen eine Form von Katharsis erfahren, wenn sie die Möglichkeit haben, ihren Gefühlen im Umfeld Gleichgesinnter freien Lauf zu lassen. Es bleibt aber ein Rätsel, warum manche Menschen sich dabei abreagieren können, während sich andere so weit radikalisieren, dass sie Gewalt ausüben.

DRR: 1998 hat die Polizei versucht, jenes Trio zu verhaften, das nun mehr als Kern des NSU firmiert. Doch die drei konnten entkommen, unter anderem haben sie wohl eine Zeit im Ausland verbracht. Denken Sie, dass auch heutige Neonazis professionelle oder vielleicht auch nur halbwegs professionelle Fluchthilfestrukturen haben wie die Nationalsozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg?

Simi: In den USA haben extrem rechte Terrorgruppen ein System »sicherer Häuser« entwickelt, die Unterschlupf für Mitglieder bieten, die sich vor der Strafverfolgung verstecken müssen. Ich bezweifle indes, dass dieses System ähnlich ausgeklügelt ist wie das der Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg, allerdings scheint es Bemühungen in diese Richtung zu geben. Es geht vor allem darum, sympathisierende UnterstützerInnen zu finden, die gewillt sind, eine Person zu verstecken, Essen zu besorgen oder andere Sachen bereitzustellen. Eric Rudolph, der 1996 ein Bombenattentat auf die »Olympischen Sommerspiele« in Atlanta verübt hatte, bei dem zwei Menschen getötet und 111 verletzt wurden, versteckte sich immerhin fünf Jahre lang in den Bergen von North Carolina.

DRR: Acht von zehn der vom so genannten NSU ermordeten Menschen, waren Migranten aus der Türkei. Was sind die Ziele des rechten Terrors und wer sind die Opfer?

Simi: Nun, natürlich wären da zuerst einmal Mitglieder von Minderheiten zu nennen. In den USA ist zudem die Regierung oft ein Anschlagsziel. Das offensichtlichste Beispiel ist das Murrah Federal Building in Oklahoma City oder, erst jüngst, das Gebäude des »Internal Revenue Service« (Bundessteuerbehörde der Vereinigten Staaten, Anm. d. Ü.). Im Visier stehen aber auch Bundespolizeibeamte und Abtreibungskliniken einschließlich ihres medizinischen Personals.

DRR: In Deutschland wird die Rolle des Verfassungsschutzes in Bezug auf den »NSU« heiß diskutiert. Warum wussten die Behörden nichts über die Gruppe? Offenbar bestand das gleiche Problem in den USA 1995 und 1999 in Großbritannien. Was denken Sie, sind die Gründe für diese Informationslücken?

Simi: Seien wir ehrlich … der extrem rechte Terror steht im Schatten der Gefahr des islamistischen Terrorismus. In einigen Fällen haben die Behörden und die Öffentlichkeit sogar Probleme damit, rechte Gewalt als »Terrorismus« anzuerkennen. Es ist eine Frage der Wahrnehmung. Wir sehen und hören »Terrorismus« und denken »islamistische Fundamentalisten«. Erinnern wir uns an die Taten von Anders Breivik in Norwegen: Anfangs wurde sofort erklärt, warum al-Qaida Norwegen als Angriffsziel auswählen würde. Dann ging es nur noch darum, ob es ein Einzeltäter war und demzufolge kein Terrorismus. Obwohl man von Breiviks extremistischen politischen Ansichten wusste, gab es bei einigen einen gewissen Unwillen, seine Taten als Terror zu bezeichnen. Ich vermute, wäre Anders Breivik Muslim gewesen, hätte man kein Problem damit gehabt, es als Terrorismus zu bezeichnen. Es existiert also eine gefährliche Doppelmoral bei diesem Thema. Ich hoffe nur, dass die Leute bald aufwachen werden.

DRR: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Rechte Geschichtsdeutung

Wie Helmut Roewer das Weltgeschehen deutet

Helmut Roewer war von 1994 bis 2000 Präsident des Thüringer »Landesamtes für Verfassungsschutz« und lebt heute als »freiberuflicher Schriftsteller« in Weimar und Italien. Seinem Thema blieb er treu: 2003 gab er das »Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert« mit heraus und 2010 stellte er eine Trilogie zu Geheimdiensten in Deutschland und Russland im 20. Jahrhundert fertig.

Von Alexandra Häscher

Eine historisch-wissenschaftliche und kritische Auseinandersetzung findet in den Büchern von Helmut Roewer nicht statt, diesen Anspruch erhebt er nicht: »Geschichte ist für mich, gute Geschichten über das Vergangene zu erzählen – über Menschen und über Ereignisse, in die diese Menschen verstrickt waren.« Entsprechend mimt er einen schlechten Geschichtenerzähler, der Biografien von Agentinnen und Agenten zum Besten gibt, die im Dienste zweier rivalisierender Regimes operierten. Bettgeschichten, private Vorlieben und persönliche Schwächen gehören dazu. Vor allem behauptet Roewer – seinem totalitarimustheoretischen Grundverständnis folgend – immer wieder, das System der Sowjetunion und das des Nationalsozialismus seien ebenbürtig gewesen. Als Referent trat Roewer 2004 im Rahmen der Tagung »Totalitarismus – Terrorismus – Islamismus« auf. Dort betonte er, dass der Islam sowie legal und illegal in Deutschland lebende MigrantInnen die größte Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes seien. Die Veranstaltung wurde vom »Veldensteiner Kreis« organisiert, der von den Verfechtern der Extremismustheorie Uwe Backes und Eckhard Jesse geleitet wird.

Die Trilogie

Die von Roewer publizierte Triologie beginnt mit dem 2004 im Verlag »Faber und Faber« veröffentlichten Band »Skrupellos. Die Machenschaften der Geheimdienste in Russland und Deutschland« und umfasst die Jahre 1914 bis 1941. Der Erste Weltkrieg spielt sich bei Roewer fast ausschließlich zwischen Russland und Deutschland ab. Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland und Russland sowie die Spionage der Sowjetunion werden ausführlich beschrieben. Doch während er im Kontext der Entstehung der Sowjetunion ausführlich auf den »roten Terror« und Hunger als »Waffe« eingeht, kehrt er beim Nationalsozialismus im Kontext der Machtübernahme 1933 in erster Linie dessen antikommunistischen und antidemokratischen Charakter heraus. Den ideologischen Elementen des Rassismus und Antisemitismus hingegen misst Roewer kaum Bedeutung bei.

2010 folgte im extrem rechten »Ares Verlag« aus Österreich unter dem Titel »Die Rote Kapelle und andere Geheimdienstmythen. Spionage zwischen Deutschland und Russland im Zweiten Weltkrieg 1941-1945« der zweite Band der Trilogie. »Ares« ist ein Tochterunternehmen des »Leopold Stocker Verlag«, in dem auch Vertreter der »Neuen Rechten«, wie Karlheinz Weißmann, Alain de Benoist und der verstorbene Armin Mohler veröffentlichen. Außerdem wird über den »Ares Verlag« das extrem rechte Magazin »Neue Ordnung« vertrieben. Roewer beschäftigt sich in dem mit antikommunistischen Ausfällen gespickten Band vor allem mit Angriffsplänen Deutschlands und der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Mit Verweis auf Spionage-Dokumente will Roewer zeigen, dass Adolf Hitler und Josef Stalin parallel Angriffs- und Großmachtpläne verfolgt hätten. Doch da Stalin seinen Informationen nicht die entsprechende Relevanz beigemessen habe, sei Deutschland mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 Stalin zuvorgekommen – eine unter rechten Historikern verbreitete These.





^ Roewer und das Landesamt

Roewer geht in seinem Buch auch auf die »Einsatzgruppen« der »Sicherheitspolizei« und des »Sicherheitsdienstes« im Nationalsozialismus ein. Seine Ausführungen lesen sich so, als ob nur wenige Befehlshaber dieser Truppen unter rasse-ideologischen Gesichtspunkten am Vernichtungskrieg teilgenommen hätten. Viele hätten im Hinblick auf ihre Karriere oder aus Gleichgültigkeit ebenso wie Freude am Morden gehandelt, so Roewer. Den besonderen Stellenwert der nationalsozialistischen Weltanschauung stellt er damit in Abrede. Auch unterstellt er den »Einsatzgruppen«, sie hätten primär aus antikommunistischen und antisemitischen, jedoch kaum aus rassistischen Motiven gemordet. Dass die »Einsatzgruppen« für die meisten Verbrechen verantwortlich waren, verschweigt Roewer geflissentlich.

Roewers Trilogie beschloss 2008 der Band »Im Visier der Geheimdienste. Deutschland und Russland im Kalten Krieg« aus dem »Gustav Lübbe Verlag«. Hier stellt er die Aktivitäten der Nachrichtendienste der UdSSR, der DDR und der BRD während des »Kalten Krieges« dar. Dabei erörtert er gewissenhaft die personellen Kontinuitäten von Spionageaktivitäten aus den Zeiten des Zweiten Weltkrieges in der UdSSR und DDR. In Bezug auf die BRD hält er sich jedoch mit Informationen zum nationalsozialistischen Hintergrund der Gründung des »Bundesnachrichtendiensts« zurück. An anderer Stelle grenzen Roewers Thesen an Verschwörungstheorien: Maßgeblich verantwortlich für die bundesdeutsche Ostpolitik, den Kurs der westdeutschen Friedensbewegung und den Sturz des SED-Staates seien Kommunistinnen und Kommunisten, von Moskau und Ostberlin gelenkte westliche Medien, DDR-opportune Oppositionelle aus der Kirche und der Bürgerrechtsbewegung gewesen.

Ideologisiert

Die Trilogie zeigt deutlich Roewers Geschichtsbild. Für ihn als ehemaligen Geheimdienstler beruht der Lauf der Welt offenbar vor allem auf nachrichtendienstlichen Vorgängen. Unter dem Denkansatz der Totalitarismustheorie relativiert er die Verbrechen des Nationalsozialismus, indem er vor allem die Verbrechen unter der Herrschaft Stalins besonders betont. ■

Ein Seemann als V-Mann

RechtsRock, V-Mann, Krimineller

Dass die V-Mann-Praxis der Verfassungsschutzbehörden stark kritikwürdig ist, zeigt nicht erst der Fall »Nationalsozialistischer Untergrund«. In Nordrhein-Westfalen wurde 2007 eher zufällig ein V-Mann enttarnt, der nicht nur stark in die internationale »Blood & Honour«-Szene eingebunden war und mit Drogen handelte, sondern darüber hinaus auch Verbindungen zu rechtsterroristischen Strukturen pflegte.

Von Rainer Brahms

Der wegen eines bewaffneten Raubüberfalls angeklagte Robin Sch. sagte 2007 vor dem Dortmunder Landgericht aus, er sei von Neonazi Sebastian Seemann zu der Tat angestiftet worden. Seemann habe ihm die Waffe in die Hand gedrückt, mit der er bei dem Überfall einen Kunden schwer verletzte. Hintergrund soll ein geplatzter Rauschgift-Deal in Ostwestfalen sein. Wegen seiner kriminellen Machenschaften hörte die Bielefelder Polizei Seemanns Telefon ab – und belauschte dabei Gespräche zwischen Seemann und seinem V-Mann-Führer. Die Ermittlungsergebnisse tauchten in den Prozessakten auf. Durch den Anwalt des ebenfalls in der Neonaziszene aktiven Robin Sch. wurde die Spitzeltätigkeit öffentlich, der V-Mann »verbrannt«.

Bei seiner Festnahme fanden die Ermittler allerdings nicht nur 300 Gramm Kokain, sondern auch zahlreiche Waffen. Bereits 2004 war Seemann wegen Handels mit Betäubungsmitteln in 178 Fällen, 2005 wegen Nötigung, Körperverletzung und Verstößen gegen das Waffengesetz und 2006 erneut wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz verurteilt worden. Offenbar standen seine rund 20 Vorstrafen einer V-Mann-Tätigkeit nicht entgegen. Dass er mit Waffen handelte, war in der Szene bekannt: »Seit einigen Jahren hat Sebastian Seemann jedem, den er kannte scharfe Waffen und Sprengstoff angeboten und diese auch mit- und vorgeführt«, erklärten dessen einstige »Kameraden« nach seiner Enttarnung.

Internationale Aktivitäten

Das Beispiel dieses V-Manns zeigt deutlich die teils enge Verbindung zwischen RechtsRock-Szene und rechtsterroristischen Strukturen. Seemann, zehn Jahre lang Intimus der Dortmunder »Blood & Honour« (B&H) Hausband »Oidoxie«, hatte zeitweise in Belgien gelebt und war dort für die Organisation bedeutender Konzerte verantwortlich. Mehr als 1.500 Neonazis aus ganz Europa reisten etwa 2004 zum »Ian-Stuart-Memorial-Gig« in die Nähe von Antwerpen: »Wie ich ja schon vorher sagte, fließt der Erlös ohne Ausnahme wieder zurück in die Bewegung. Also in deutsche und belgische politische und m....... Widerstandsdivisionen«, hatte der V-Mann damals in einem mittlerweile abgeschalteten Nazi-Forum geprahlt. Die Formulierung »m....... Widerstandsdivisionen« dürfte wohl »militante Widerstandsdivisionen« bedeuten und könnte eine Erklärung für zahlreiche Waffenfunde bei belgischen Neonazis sein. Diese soll Seemann verraten haben, um seine eigene Haut zu retten: »Bereits vor einigen Monaten hat Seemann zugegeben, dass er unpolitische Waffenhändler in Belgien verraten hat um aus dem Gefängnis herauszukommen. Komischerweise passierte der Verrat kurz vor Waffenrazzien in Belgien, von denen auch Kameraden von B&H betroffen waren«, ließen andere Neonazis nach seiner Verhaftung wissen.



^ Seemann (rechts) im Gespräch

Tatsachlich waren im September 2006 17 Neonazis aus dem Kreis der in Flandern ansässigen B&H-Sektion »Bloed Bodem Eer Trouw« festgenommen worden, unter ihnen waren zehn Berufssoldaten der belgischen Armee. Bei ersten Hausdurchsuchungen wurden über 100 Waffen, darunter moderne Kriegswaffen gefunden. Bei zwei weiteren Razzien wurden nicht nur weitere 100 Pistolen, Maschinengewehre und Munition entdeckt, sondern auch Sprengstoff und eine einsatzfähige Rucksackbombe. Dass die Waffen eingesetzt werden sollten, zeigt die gefundene Vorlage für einen Brief, in dem die Täterschaft für terroristische Anschläge übernommen wird. Einer der Beschuldigten gab an, dass die Gruppe plante, Anschläge gegen staatliche Einrichtungen, MigrantInnen und linke Organisationen durchzuführen.

Verfassungsschutz: mehr als Strafvereitelung?

In Deutschland profitierten Dortmunder Neonazis von den Geschäften des V-Manns, aus Konzerteinnahmen Seemanns kaufte man eine Lautsprecheranlage für die zahlreichen Aufmärsche. Für Aufsehen sorgte hierzulande jedoch eher, dass Seemann durch seinen zuständigen VS-Kontaktmann vor der Telefonüberwachung der Polizei gewarnt wurde. Die zuständige Staatsanwaltschaft leitete daher Strafermittlungen wegen des Verdachts des Geheimnisverrats und der Strafvereitelung im Amt gegen den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz ein. Das Innenministerium verweigerte jedoch die notwendige Zustimmung zur Strafverfolgung. Eng befreundet soll der V-Mann mit Michael Berger gewesen sein. Der Dortmunder Neonazi hatte im Jahr 2000 drei Polizisten erschossen, bevor er sich selbst das Leben nahm. Bei Berger halten sich seit Jahren die Gerüchte, er habe ebenfalls im Dienste des Verfassungsschutzes gestanden. Laut NRW-Innenminister Jäger soll jetzt – elf Jahre später – in Dortmund geklärt werden, ob es Verbindungen zwischen Berger und dem »Nationalsozialistischen Untergrund« gab.

Seit 40 Jahren immer das gleiche ...

Dass die Causa Seemann kein Einzelfall ist, zeigen allein in Nordrhein-Westfalen die Beispiele Wolfgang Frenz und Bernd Schmitt. Der heute 75-jährige überzeugte Nationalsozialist und Antisemit Frenz baute Anfang der 1960er Jahre die NPD NRW auf und erklärte jüngst: »Meine V-Mann-Honorare benutzte ich, um den Landesverband zu gründen.« In 36 Jahren habe er seine Kontaktpersonen stets eingewickelt und nur Informationen weitergegeben, die kurz darauf ohnehin öffentlich geworden seien. Nicht restlos geklärt ist auch die Rolle des V-Manns Schmitt, der als Leiter einer Kampfsportschule drei der vier Täter trainierte, die am 29. Mai 1993 den grausamen Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Solingen verübten, bei dem fünf Menschen türkischer Herkunft ermordet wurden. ■

»Ein Türke ist gestorben …«

Musik schärft die Feindbilder heutiger Neonazis

RechtsRock ist nicht nur ein Medium zur Rekrutierung des Nachwuchses, sondern die Hassgesänge hunderter neonazistischer Bands impfen den HörerInnen ein, wofür und wogegen sie sind – und wie mit Feinden zu verfahren sei.

Von Jens Breuer

Auf einer Festplatte in der ausgebrannten Zwickauer Wohnung fanden die Ermittler eine frühere Fassung jenes Videos des »Nationalsozialischen Untergrunds« (NSU), das im November 2011 verschickt worden war. Die Bilder waren unterlegt mit Musik der Stuttgarter RechtsRock-Band »Noie Werte«, genauer gesagt mit deren Songs »Kraft für Deutschland« (1990) und »Am Puls der Zeit« (2000). Kein Wunder, denn Parteien und »Bewegung« speisen sich aus dieser politischen Jugendkultur: »… natürlich ist unsere nationale Musik auch (Für mich hauptsächlich!) für Propagandazwecke gedacht. Auch wenn einige ›Kameraden‹ das nicht wahrhaben wollen. Musik kann, wenn die Texte stimmen und vor allem die Melodie stimmt, unsere Botschaften transportieren«, schrieb Thorsten Heise, RechtsRock-Produzent, Kameradschaftsführer und zu jener Zeit noch Mitglied im NPD-Parteivorstand auf seiner Website 2005: »Wievielen Kameraden ging es nicht so: ›Am Anfang war die Musik und später machte man sich Gedanken über die Texte‹, las in Büchern die besungenen Tatsachen nach. So soll es sein, und so werden noch Generationen von neuen Kameraden zu uns stoßen.«

Döner-Killer

Neun mal hat er es jetzt schon getan.
Die SoKo Bosporus, sie schlägt Alarm.
Die Ermittler stehen unter Strom.
Eine blutige Spur und keiner stoppt
das Phantom.

Sie drehen durch, weil man ihn nicht
findet. Er kommt, er tötet
und er verschwindet.
Spannender als jeder Thriller,
sie jagen den Döner-Killer.

Neun mal hat er bisher brutal gekillt,
doch die Lust am Töten
ist noch nicht gestillt.
Profiler rechnen mit dem nächsten Mord.
Die Frage ist nur wann und in welchem Ort.

Hunderte Beamte ermittelten zuletzt.
300.000 Euro sind auf ihn ausgesetzt.
Alles durchleuchtet, alles überprüft,
doch kein einziger Hinweis
und kein Tatmotiv.

Am Dönerstand herrschen Angst und
Schrecken. Kommt er vorbei,
müssen sie verrecken.
Kein Fingerabdruck, keine DNA.
Er kommt aus dem Nichts,
doch plötzlich ist er da.

Wer stillt seinen Hunger und wann geht
er wieder jagen?
Wann taucht er wieder auf?
Kein Fahnder kann es sagen.
Wer ist der Nächste? Wann ist es soweit?
Sie haben ihn längst verloren,
den Wettlauf gegen die Zeit.

Bei allen Kebabs herrschen Angst und
Schrecken. Der Döner bleibt im Halse
stecken, denn er kommt gerne spontan
zu Besuch, am Dönerstand, denn
neun sind nicht genug.

Döner Kebab

^ »Gigi und die braunen Stadtmusikanten«: CD-Booklet-Auszug »Döner-Killer«

Für »Deutschland« ...

So beten die Macher dieser Musik ihren HörerInnen vor, wofür und wogegen sie sind – RechtsRock ist nach wie vor das Medium, das die positiven Identitätsangebote für die Szene generiert und die Feinde klar und verständlich benennt. »Die deutsche Jugend bekommt ihr altes Gesicht: stolz und zäh, doch ihr mögt uns nicht. Wir sind nicht diese Speichelpenner, gegen Kanaken und keine Renner«, texteten »Noie Werte« im Song »Kraft für Deutschland« und hoben im Refrain an: »Kurze Haare, radikal sozialistisch, national«. Hier die »deutsche Jugend« und der indirekte Bezug auf das positive, das »ewige Deutschland«. Dort der Feind, das System der Angepassten und die »Kanaken«, unausgesprochen, die »BRD«. Und die Jugend, die für »Deutschland« gegen die »BRD« kämpft, trägt die Haare kurz wie die beiden mutmaßlichen Mörder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt auf den Fahndungsfotos – kurz wie Tausende andere Neonazis in Deutschland, denn das gehört zum Dresscode.

... und gegen »Deutschlands« Feinde

Nicht nur »Kanaken« sind das Feindbild im RechtsRock, sondern all jene, die nicht »rassisch« einwandfrei »deutsch« oder »nordisch« sind. Auch die Polizei gehört zum Feind – selbst wenn die bei Aufmärschen in der Regel leichtes Spiel mit den autoritätsgläubigen Neonazis hat. Allerdings wünschen die Neonazis den PolizeibeamtInnen deutlich weniger den Tod als den »Kanaken« oder »Asylbetrügern«, »Niggern«, »Bimbos«, Fidschis« und wie die ganzen Beleidigungen für MigrantInnen noch lauten. Zwischen Nationalitäten wird hingegen in der Regel nicht differenziert – außer wenn es gegen Polen und Türken geht. Letztere werden am häufigsten angefeindet, was daran liegen könnte, dass sie die größte Migrationsgruppe in Deutschland sind, aber vielleicht auch Ausdruck davon ist, dass sie von allen MigrantInnengruppen in Deutschland am stärksten abgelehnt werden.

»Über dir da wohnt ein Bimbo, unter dir zieht ein Türke ein, neben dir haust ein Zigeuner. Mein Gott, soll das noch Deutschland sein?«, hetzte die Band »Stahlgewitter« 1996 im Song »Wohnungsnot und Steuergelder«. Die Gruppe »Haftbefehl« aus dem Vogtland geht in ihrem Lied »Türke« 2003 einen Schritt weiter, sie ermordet sprachlich jenen Türken, der ihnen die Freundin ausspannte: »Ein Türke ist gestorben, er hat das Land verdorben, jetzt hängt er an einem Baum. Er ist mit meiner Freundin gegangen, ich hab ihn aufgehangen und das ist Wirklichkeit, das ist kein schöner Traum.« Gänzlich enthemmt fordert die Band »Braunau« 2010 in ihrem Song »Bombardiert die Ghettos!« die ethnische Säuberung deutscher Städte: »Bombardiert die Ghettos, diese Scheiß-Kanaken-Ghettos! Scheiben zerplatzen vom Gemüseladen, Kanaken sollen heute alle in Feuer baden. Lebende Fackeln, die durch die Straßen rennen. Stinkende Türkenweiber, wie wunderschön sie brennen.«

Zynische Vernichtungsfantasien

Angesichts derart menschenverachtender Texte verwunderte es 2010 auch nicht, dass die Band »Gigi und die braunen Stadtmusikanten« einen Song um die seinerzeit noch unaufgeklärte Mordserie an Migranten machte: »Neunmal hat er es jetzt schon getan. Die SoKo Bosporus, sie schlägt Alarm. Die Ermittler stehen unter Strom. Eine blutige Spur und keiner stoppt das Phantom. Sie drehen durch, weil man ihn nicht findet. Er kommt, er tötet und er verschwindet. Spannender als jeder Thriller, sie jagen den Döner-Killer«, singt Daniel »Gigi« Giese aus Meppen: »Bei allen Kebabs herrschen Angst und Schrecken. Der Döner bleibt im Halse stecken, denn er kommt gerne spontan zu Besuch, am Dönerstand, denn neun sind nicht genug.«

Im Medienhype um den NSU mutmaßten manche Journalisten, das Lied mit dem sinnreichen Titel »Döner-Killer« sei ein Indiz dafür, dass Neonazis von den Taten des NSU gewusst hätten. Ob dem so war, werden vielleicht die Ermittlungen klären. Eines zeigt der Text aber auf jeden Fall: Neonazis freuen sich, wenn Menschen sterben, die sie als ihre Feinde betrachten. ■

^ Aufmarsch-Anmelder Gerlach 2008 mit Polizist Wohlleben als Anti-Antifa-Fotograf mit Scheffler 2006 in Jena »Freies Netz«-Transparent in Dortmund 2008

Fünf Jahre »Freies Netz«

Anatomie einer NS-Kader-Organisation

Was Anfang 2007 von »Freien Kräften« als Gegengewicht zur NPD aufgebaut wurde, ist heute eine der einflussreichsten militanten Neonazi-Gruppierungen. Auch in der Partei ist das »Freie Netz Mitteldeutschland« tief verankert.

Von Felix Körner

Erst die rassistische Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) brachte das »Freie Netz Mitteldeutschland« (FN) in Bedrängnis, einige Kader stehen im Verdacht, den NSU unterstützt zu haben. So soll der Altenburger FN-Kader Thomas Gerlach (s. DRR Nr. 113) etwa das Passwort »struck-mandy« schon Ende 2005 für diverse Foren benutzt haben. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen wurde der Deckname Mandy Struck von Beate Zschäpe benutzt.

Gerlach hatte das FN Anfang 2007 gemeinsam mit Maik Scheffler aus Delitzsch gegründet, rasch wurden Kameradschaftsgruppen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordbayern zu regionalen Zellen des Netzwerks. Vorbild der Organisation ist der »Thüringer Heimatschutz« (THS), aus dessen Reihen der NSU hervorgegangen war. Nach der Auflösung des THS organisierte sich die Kameradschaftsszene um Ralf Wohlleben und André Kapke im »Nationalen Widerstand Jena«, der Anfang 2009 dem FN beitrat. Wohlleben sitzt bereits wegen des Verdachts der Unterstützung des NSU in Untersuchungshaft.

Führerprinzip: Aufbau nach Plan

Das FN begann mit einem Putsch: Als Christian Worch am 21. Juli 2007 durch Leipzig marschieren wollte, rief das FN zum Boykott auf. Folge: Mit Worch wollten nur noch 37 Kameraden auf die Straße gehen. Tags darauf marschierten 100 Nazis ohne Anmeldung durch den Leipziger Stadtteil Grünau, Scheffler vorneweg. Diese Machtprobe fand Beachtung in der Szene: »Spontan«-Aufmärsche wurden zum Mittel der Wahl, zu denen das FN aus dem Stand mehr als hundert AktivistInnen mobilisieren kann. Zum konspirativen Innenleben des FN gehört seit Anbeginn das Führerprinzip. Koordiniert wird der Aufbau durch regelmäßige Treffen der »Kameradschaftsführer«, Arbeitsgemeinschaften für die Herstellung von Propagandamaterial, Schulungen zur »Weltanschauung« und Kampfsporttraining.

Zur Aufbauarbeit kommt das Agieren in der Öffentlichkeit. Im Oktober 2009 reisten mehr als 1.300 Neonazis zu einem Aufmarsch nach Leipzig. Eingeladen hatte der lokale FN-Ableger, das »Aktionsbündnis Leipzig«. Fortan übernahm das FN wichtige Funktionen in der Szene, etwa als »Ordnerdienst« bis 2009 beim »Fest der Völker« und bei den jährlichen »Trauermärschen« in Dresden. Gemeinsam mit der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) veranstaltete das FN »Märsche« durch Wald und Feld, ganz in Tradition der verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend«.

Doppelstrategie: zwischen Partei und Militanz

Wie eine Kopie des internen FN-Forums mit dem Namen »Hard to Hate« von Anfang 2009 zeigt – die kürzlich durch die Redaktion »Gamma« auszugsweise veröffentlicht wurde – haben FN-Kader gezielt versucht, strategische Posten bei der NPD zu übernehmen. So steht in Sachsen der Leipziger Tommy Naumann seit fast drei Jahren an der Spitze des JN-Landesverbandes. Neben Naumann ist auch Maik Scheffler der Einstieg in die NPD gelungen, er ist mittlerweile stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Sachsen und arbeitet für die Landtagsfraktion. Weniger erfolgreich war das Vorgehen in Thüringen. Eine E-Mail dokumentiert die Enttäuschung des FN, beim Thüringer Landesverband im Rennen um Posten gescheitert zu sein. Das interne FN-Forum dient auch der Diskussion der gemeinsamen Ziele. Man wolle eine »NS-Ersatzorganisation« aufbauen – mit Hilfe von NPD und JN, aber »natürlich nicht öffentlich«. Im nicht öffentlichen Raum bekannten sich die 21 Forumsmitglieder folgerichtig zum »Nationalsozialismus« und ergingen sich in antisemitischen Beleidigungen. Höhepunkt der geheimen Konversation: Ein geplanter Angriff auf eine Polizeiwache während des »Trauermarsches« im Februar 2009 in Dresden. In die Tat umgesetzt wurde die Plauderei nicht, aber sie markiert das ausgeprägte Interesse an militanten Aktionen. Dazu lassen sich FN-Mitglieder immer wieder hinreißen, etwa der Eilenburger Paul R.: Bei ihm gab es im vergangenen Juli eine Hausdurchsuchung. Grund: Mit FN-Kameraden war er am 14. Mai 2011 zu einem Aufmarsch nach Berlin-Kreuzberg gefahren, wo es zu Übergriffen auf GegendemonstrantInnen kam.

In Bedrängnis: Deckung von rechts und von oben

Bezeichnend ist auch die Einladung des FN Borna/Geithain im September 2010 zu einem Vortrag des ehemaligen Wehrsportgruppen-Führers Karl-Heinz Hoffmann. Danach gab es Razzien u.a. im »Braunen Haus« in Jena. Dort, bei Wohlleben und Kapke, wurde erfolglos nach Sprengstoff gesucht. Vor dem Hintergrund der NSU-Ermittlungen wird der Fall nun vom LKA neu bewertet.

Das FN fürchtet nun eine Repressionswelle – und schaltete ihre Website Mitte November 2011 vorübergehend ab. Einzelne FN-Gruppen wechseln derzeit ihre Namen, aus dem »Freien Netz Leipziger Land« wird etwa die »Heimattreue Jugend Leipziger Land«, kurz »HJ«. Vorgegangen wird dabei nach einem »Notfallplan« aus dem FN-Forum. Scheffler versprach damals Rückendeckung von der NPD.

Eine noch größere Hilfe ist die schützende Hand des sächsischen Innenministeriums. Hatte der Verfassungsschutz schon seit Jahren behauptet, beim FN handle es sich lediglich um eine »Internetplattform«, setzte Innenminister Markus Ulbig (CDU) Ende November noch einen drauf: Einen Verbotsantrag der Fraktion »Die Linke« gegen das FN lehnte er ab – mit der Begründung, es handle sich keineswegs um eine »Organisation«, sondern ein »technisches Medium« – ähnlich einem »Telefon«. ■

»Kümmererpartei« in Not?

Der NSU macht der NPD nach ihrem Parteitag Sorge

Schon im Vorfeld des NPD-Parteitags im November 2011 zeigte sich die Partei uneinig – dann flog der NSU auf und der neue Vorsitzende ist bemüht zu relativieren.

Von Andreas Speit

»Den Start haben wir uns natürlich etwas anders vorgestellt.« Keinen Monat nach dem Bundesparteitag hat der neue Bundesvorsitzende Holger Apfel besondere Probleme. »Volksnah und zukunftsorientiert« sollte nach dem NPD-Parteitag die Wählerschaft umworben werden. Auf der Website »DS-Aktuell« der Parteizeitung »Deutsche Stimme« muss Apfel aber vor Neujahr die Parteianhänger wegen möglicher Verstrickungen mit dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) und drohender Verfahren eines Parteiverbots beruhigen. In dem Interview auf der Website führt er bemüht kämpferisch aus: »Ging es den Etablierten ernsthaft um die Aufdeckung der wirklichen Hintergründe, würden sie den Fokus nicht auf die NPD, sondern auf den VS [Verfassungsschutz] richten.« Statt über ein NPD-Verbot, so der 40-Jährige dort am 19. Dezember 2011, müsse über die »Ausschaltung krimineller Geheimdienste« gesprochen werden. Dass mit Ralf Wohlleben ein langjähriger NPD-Kader in Haft ist, der während seiner Parteizugehörigkeit dem Trio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhart und Beate Zschäpe Waffen und Munition zukommen lassen haben soll, wird weggewischt.

Selten konnte sich die Partei jedoch dank der staatlichen Verfolgungs- und Ermittlungsorgane so leicht von »Terrorismus und Gewalt« distanzieren. Seit dem Parteitag am 13./14. November 2011 in Neuruppin greift die NPD jede mögliche Verstrickung des VS auf, um jegliche Verantwortung abzuweisen. Auf »DS-Aktuell« wird verbreitet, der Thüringer VS habe dem Trio Geld für neue Pässe zukommen lassen wollen. In den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg bemüht sich die Partei, die »drei jungen Leute« als Marionetten des VS darzustellen.

Auf dem Parteitag hatte die NPD freilich die Chance, die staatlichen Verfehlungen als Alibi zu nutzen, nicht gleich so ausformuliert. An jenem Novemberwochenende tobte noch der Machtkampf um die Führung. Im »Kulturhaus Stadtgarten« musste sich Udo Voigt auf der Pressekonferenz zum Parteitagsbeginn zum NSU äußern. Die Fakten seien noch gar nicht alle bekannt, da sei wohl die Grenze zwischen radikal und kriminell verschwommen, rang sich der 56-jährige Voigt ab. Am Mittag dürfte Voigt andere Sorgen gehabt haben: die Wiederwahl. Am späten Abend musste er sich jedoch damit abfinden, gescheitert zu sein. Neuer Bundesvorsitzender der ältesten neonazistischen Partei wurde Apfel. »Mit 126 zu 85 Stimmen« entschieden sich die Delegierten für ihn und seine »Vorstellung der ›seriösen Radikalität‹«, gab die NPD am Ende ihres »Parteitags der Einigkeit« bekannt.

Parteitag ohne Einigkeit

Von Einigkeit war auf dem 33. Parteitag unter den rund 400 Delegierten und Gästen allerdings wenig zu spüren. Nachdem Apfel, Landtagsfraktionsvorsitzender der sächsischen NPD, offiziell angekündigt hatte, gegen Voigt anzutreten, war es zu Auseinandersetzungen gekommen. In Szeneportalen und Szenepublikationen wurde heftig debattiert. Das Konzept einer »seriösen Radikalität«, mit dem Apfel für das Amt antrat, irritierte. Apfel musste erklären, unter »seriöser Radikalität« sei ein neues Auftreten, aber keine Abkehr von der Weltanschauung gemeint. Voigt warf indes seinem Konkurrenten vor, »alten Wein in neuen Schläuchen« anzubieten. Der politische Ziehvater war von seinem politischen Ziehsohn enttäuscht. Bei einem »Kamingespräch« hätte die »mögliche Nachfolge« geregelt werden sollen, sagte er verbittert im Interview »DS-Aktuell« am 8. Oktober 2011. Und er betonte, dass doch »nach meiner Wahl zum Vorsitzenden 1996 die Thematik ›Holocaust‹ aus der NPD verbannt« worden sei. Die Fronten verliefen quer durch die Partei: Offen militante Kader plädierten für oder gegen Apfel, vermeintlich moderate Aktivisten für oder gegen Voigt. Eine Wechselstimmung nach 15 Jahren Voigtscher Führung war aber bemerkbar. Vor dem Parteitag hatte Udo Pastörs »DS-Aktuell« gesagt: »Ich bin davon überzeugt, dass die Delegierten erkennen, dass es ein ›weiter so‹ mit Udo Voigt nicht geben darf.« Nicht gerade zurückhaltend erläuterte der Landtagsfraktionschef der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Voigt hätte schon 2009 gehen sollen. »Ich war damals der Auffassung, dass Udo Voigt Verantwortung für die Vorkommnisse in der Betrugsaffäre (Erwin) Kemna hätte übernehmen müssen.« Nach dem Parteitag, so schimpfte er am 10. November 2011, »haben wir weder politisch, personell noch organisatorisch Fortschritte gemacht«.

Über eineinhalb Stunden versuchte Voigt im Tagungssaal die Delegierten für sich zu gewinnen. Die Delegierten sprachen ihm seine Leistungen, die NPD auf soziale Themen ausgerichtet und die kommunale Verankerung eingefordert zu haben, nicht ab. Sie lasteten ihm aber den knapp verpassten Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt, das Ausbleiben des erhofften »Achtungserfolgs« in Bremen und die deutlichen Verluste bei der Berliner Wahl an.

Eine große Erwiderung von Apfel und Pastörs erfolgte zumindest im Beisein der Presse nicht. Von der Personaldebatte waren die Medien ausgeschlossen. Noch in deren Anwesenheit erklärte Apfel, »seriöse Radikalität« bedeute nicht »weichgespülte NPD«. Im DS-Interview hebt Apfel hervor, die NPD wolle sich als »Kümmerpartei« »profilieren« und nicht als »Bürgerschrecktruppe« agieren. Er räumt aber ein: »Die Situation ist ernst.« Ein Verbotsverfahren würde »personelle Kraft« binden und eine finanzielle Belastung sein. ■

Neue Führung (Fotos v. o. n. u.)
Vorsitzender: Holger Apfel
Stellvertreter: Udo Pastörs, Karl Richter, Frank Schwerdt
Schatzmeister: Andreas Storr
Bundesgeschäftsführer: Jens Pühse
Bundesorganisationsleiter:
Patrick Wieschke

»wem juckt das 8 Türken weniger«

Wie Neonazis über die Mordserie sprechen

In verschiedensten sozialen Netzwerken sieht die neonazistische Szene vor dem Hintergrund des aufgeflogenen »Nationalsozialistischen Untergrund« eine staatliche Inszenierung am Werk und zeigt doch gleichzeitig auch unverhohlene Freude über die rassistischen Morde

Von David Janzen

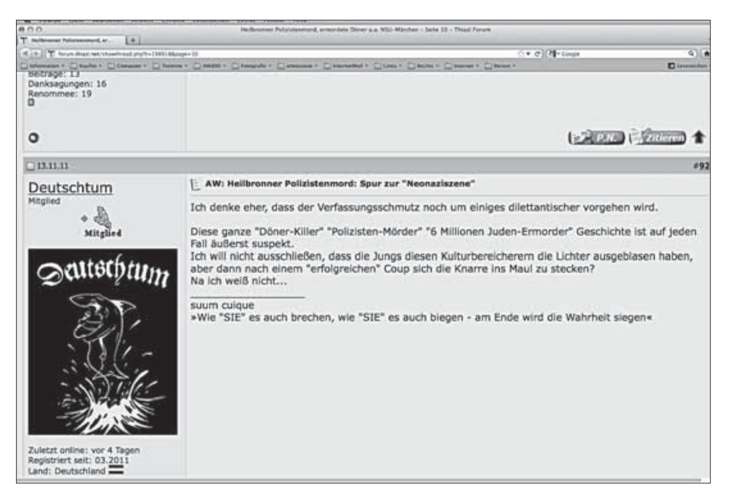
Gereizt schreibt ein Anhänger der »Aktionsgruppe Gifhorn« bei Facebook: »NeoNazi-Terror hier Terror da Mann wem juckt das 8 Türken weniger und gib's immer noch 7.999.992 stk das nervt läuft auch noch was anderes im Radio *kotz*« [Fehler im Original]. Das Posting ist Ausdruck der Gefühlslage in weiten Teilen der neonazistischen Szene über die Mordserie und die mediale Debatte über »Rechtsterrorismus«. Mitleid zeigt sie dabei nur bedingt. Im »Thiazi«, mit knapp 30.000 angemeldeten Usern das größte deutschsprachige neonazistische Internetforum, schreibt der User »rolfsteiner«: »Um die Polizeibeamtin tut es mir leid, aber bei den Türken bin ich mir nicht so sicher! Auch weiß ich nicht wie ich das Handeln der ›NSU‹ [»Nationalsozialistischer Untergrund«, A.d.A.] werten soll, als Terror oder Landesverteidigung!«

Unverhohlene Zustimmung und zynische und scherzhafte Bemerkungen bestimmen vielmehr ihre Gespräche in sozialen Netzwerken und Diskussionsforen. Kritisiert wird höchstens die Auswahl der Opfer: »Ich habe ja nichts gegen ein Netz von Untergrundkämpfern. Aber dann sollen bitte auch Namen wie Speit oder Röpke fallen, und nicht so harmlose Dönerverkäufer«, schreibt »Weltfaschist« bei »Thiazi« und offenbart, dass JournalistInnen wie Andreas Speit und Andrea Röpke, die genau zur Szene recherchieren, im Visier des Spektrums stehen.

Ein anderer ergänzt: »[…] im Gegensatz zum Hartz-4-Türken ist der Döner- und Gemüsetürke bienenfleißig [...], woran man sieht, dass der Türke doch arbeiten kann, wenn er will. Es hat die falschen getroffen.«

Gewaltphantasien

Im »Thiazi-Forum« wird im Übrigen bereits seit 2006 über die Mordserie diskutiert: »Der Tod von Angehörigen fremdländischer Völker tangiert mich in dem Fall wenig – und grundsätzlich weniger als der Tod von Volksgenossen. Sollte es bei den Erschießungen einen Hintergrund geben, der Richtung Kriminalität, schmutzige Geschäfte und diesbezügliche Rivalitäten geht, ist es mir nicht unrecht, wenn sich das Pack



gegenseitig umnietet. Dies würde freilich eher an die Symptome gehen als an die Wurzel des Übels selbst. Worauf ich hinaus will: Warum verirrt sich so ein Schießwütiger nicht mal ins Berliner Regierungsviertel??«, schrieb am 13. April 2006 »Axiom«.

Auch User »Heimdall« zeigte offen seinen Hass: »[…] solange es nur ausländer sind ist es mir egal, es trifft da immer die richtigen« (11. April 2006). In einem anderen Diskussionsstrang aus demselben Jahr schreibt er: »Das Ausländerpack ist zu einem Krebsgeschwür in dieser einst so stolzen Nation geworden und mit einem Krebsgeschwür geht man auch nicht zärtlich um, es wird rausgeschnitten. Und genau das muß auch mit diesem Pack geschehen ohne Rücksicht. Wer heute noch nicht verstehen will, das wir uns in einem Krieg befinden um den es um sein oder nicht sein der Abendländischenkultur geht, muß schon sehr blauäugig sein«.

Angesichts derartiger Gewaltvorstellungen von Neonazis ist vielleicht nur verwunderlich, dass nicht viel häufiger Attentate aus diesem Spektrum begangen werden

Inszenierung und gezielte Ablenkung

Mit beinahe 2.000 Diskussionsbeiträgen wird aktuell im »Thiazi-Forum« zum Thema »Heilbronner Polizistenmord, ermordete Döner u. a. NSU-Märchen« wild über die Ereignisse und deren Hintergründe spekuliert. Die Morde, da sind sich die Neonazis weitgehend einig, seien nicht das Werk von »Kameraden«, sondern eine Verschwörung von Geheimdiensten – wahlweise stecke der »Verfassungsschutz«, die CIA, »Gladio« oder gar der »Mossad« dahinter. Und bei dem Trio handle es sich entweder um »aus dem Ruder gelaufene V-Leute« oder die Geheimdienste hätten die Morde selbst inszeniert und würden sie jetzt den Neonazis in die Schuhe schieben.

Einigkeit besteht auch darin, dass die öffentliche Debatte um den Nazi-Terror gezielt inszeniert werde und ablenken solle: Von der »Wirtschaftskrise«, den Angriffen auf die »Bundesbank in Sachen Euro« oder gar dem »Iran«. Manch einer glaubt auch, es sei die Angst vor rechten Wahlerfolgen: »Der Euro geht den Bach runter, die Unzufriedenheit wächst und jetzt kommt von der NPD die Forderung, ›Raus aus dem Euro‹. Da will man von Dummokratenseite natürlich auf Sicherheit setzen. Darum werden alle Morde auf die Rechten geschoben, um den Michel da von abzuhalten, evtl. rechts zu wählen«. Gleichwohl überlegen andere, wie sie in »unpolitischen Foren« die »Kritik an den offensichtlichen Fehlern« der Behörden »gut transportieren« könnten, um »Mißtrauen am System zu säen«, ohne dabei »offene Sympathie« zu zeigen. »Kreativität und Flexibilität« seien nun vom »Widerstand« gefragt, fordert ein Neonazi im »Thiazi-Forum«.

Morde sind Konsequenz neonazistischer Denkweisen

Der Hass auf »Fremde«, das Gefühl sich in einem »Krieg gegen das Scheiß-System« zu befinden, einem »Kampf«, in dem es um das Überleben des »Deutschen Volkes« oder der »Weißen Rasse« gehe, eint die neonazistische Szene und findet sich in zahlreichen Einträgen in den einschlägigen Foren wieder. Wer sich in einem solchen »Krieg« wähnt, der sieht in jedem Besitzer einer Döner-Bude eine »Bedrohung« und einen »Feind«, den es in dieser Logik zu vernichten gilt. Genauso dürften auch die Mörder des NSU gedacht und ihren Grundsatz »Taten statt Worte« umgesetzt haben. Dem Zuspruch aus großen Teilen der Neonazi-Szene konnten sie sich dabei gewiss sein. ■

Leugnen & Relativieren

Reaktionen aus Medien der »Neuen Rechten«

Gerade sprachen »Blaue Narzisse«, »Sezession« und »Junge Freiheit« noch von »Deutschen« als Opfer »fremder Täter« und von »Deutschenfeindlichkeit« in der Diktion von Kristina Schröder. Doch dann flog der »Nationalsozialistische Untergrund« auf.

Von Lucius Teidelbaum und Jens Breuer

Terrorismus von Rechts? Nein! Aufgebauscht würden die Taten in der heutigen »Skandalokratie«, erläutert Felix Menzel vom »neu rechten« Onlinemagazin »Blaue Narzisse« bei seinem Vortrag am 24. November 2011 in Räumen der fundamentalistischen »Piusbruderschaft« in Stuttgart-Feuerbach. Das sei Strategie, um den Blick vom Wesentlichen abzulenken. Kriminelle seien die Täter, die entsprechend zu bestrafen seien. Und zur NPD wäre Distanz zu halten – die er indes in der Vergangenheit vermissen ließ. Doch von Terror seien diese »Dönermorde«, betont Menzel, »ganz weit weg entfernt«. In den 1970ern dagegen sei eine ganze Gesellschaft in Angst und Schrecken versetzt worden. Ohne es auszusprechen schwingt dabei mit, dass es der Mordserie eben daran fehle. Deutlich zeigt sich dabei auch die in der »Neuen Rechten« omnipräsente Verachtung von MigrantInnen, die nicht als Teil der deutschen Gesellschaft betrachtet werden.

Menzel weiß im Übrigen auch, warum diese »Skandalokratie« überhaupt in Deutschland funktioniere – weil »der Deutsche« einen Hang zu Buße und Unterwerfung habe.

Welt der Verschwörungen

Der Renegat Jürgen Elsässer hingegen zweifelt die Mordserie grundsätzlich an. Er vermutet vielmehr eine Verschwörung: »Ne Leute, die Story kauf' ich nicht. Diese drei Würstchen sollen nicht nur eine Polizistin am helllichten Tag ins Gesicht geschossen haben, sondern auch noch neun Döner-Türken inclusive einem Griechen, auch am helllichten Tag?«, schreibt er in einem Artikel mit der Überschrift »Die Super-Duper-Döner-Nazi-Bande«. Ganz so weit gehen andere Protagonisten dieser Rechten nicht, wobei die Betonung auf »ganz so weit« liegen muss. Thorsten Hinz, Kolumnist der »Jungen Freiheit« (JF), stellt vielmehr einen Zusammenhang zwischen der politischen Großwetterlage und dem aufgeflogenen »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) her: »Die Enthüllungen über eine neonazistische Terrorzelle bieten eine willkommene Ablenkung: weg vom kriselnden Euro und hin zum ewigen Hitler in uns. Eine kontrollierte Hysterie könnte psychologisch den Boden bereiten für geplante Gesetzes- und Verfassungsänderungen. Aber auch äußere Kräfte besitzen angesichts von Schulden- und EU-Krise ein Interesse daran, die deutsche NS-Traumatisierung zu erneuern und Deutschland im Zustand politischer Besinnungslosigkeit zu halten« (JF 47/2011). Menzel im Übrigen ist ein gelehriger Schüler von Hinz (nicht umgekehrt).

Größer ist indes in diesem politischen Lager die Angst, in den Strudel der Ermittlungen der NSU indirekt mit hineingezogen zu werden. Noch im Sommer 2011 wurde nach den Morden Breiviks in Norwegen öffentlich über die Mitverantwortung eben dieser Rechten debattiert, die mit ihren Feindbildentwürfen bis tief in die gesellschaftliche »Mitte« hinein wirken, doch daraus folgte nichts. Nun fürchtet das Spektrum aber, dass die Mittel »gegen Rechts« aufgestockt werden könnten: »Hier wird agitiert, ein Gespenst an die Wand gemalt, Politik betrieben: Politik, die direkt in die Töpfe noch so absurder Gegen-Rechts-Aktionen und antifaschistischer Krawallmacher wirtschaftet«, schreibt Lukas Lange auf dem Weblog »Blaue Narzisse«. Und auch JF-Chefredakteur Dieter Stein fürchtet sich vor einer »Neonazi-Keule« und einem möglichen Sog: »Gegen das zynische Ausschlachten der Mordtaten von Rechtsextremisten für einen Kampf gegen die demokratische Rechte und gegen Konservative muß man sich wehren« (JF 49/2011). Doch verwunderlich ist, dass die JF in Persona von Felix Krautkrämer und Moritz Schwarz dann ausgerechnet in derselben Ausgabe ein einseitiges Interview mit Andre Kapke präsentieren. Der einstige Aktivist der Kameradschaft »Thüringer Heimatschutz« (THS) und bis dato aktive Neonazi wird verdächtigt, zum Unterstützerfeld der NSU zu gehören. Sein Kamerad Ralf Wohlleben, mit dem er 2002 jene Gaststätte in Jena kaufte, die dann zum »Braunen Haus« deklariert wurde, ist zwischenzeitlich festgenommen worden.

^ Kapke redet gern: hier mit Mundlos und Böhnhardt

Schlimmer als die NSU

Unterdessen meldete sich schließlich auch Götz Kubitschek in der Dezemberausgabe der Zeitschrift »Sezession« zu Wort. Sympathien hegt auch er mit der NSU nicht, doch stößt ihm auf, wie die Öffentlichkeit und vor allem die Politik darauf reagiert: »Egal, wer es war: Es gibt keinen Grund für Hunderte Abgeordnete, sich deswegen zu erheben und gedenkend innezuhalten«, echauffiert er sich über die Schweigeminute im »Deutschen Bundestag« am 21. November 2011. Denn, so Kubitschek, eigentlich müssten sich die Abgeordneten dann auch schon »längst erhoben haben für die im Mutterleib getöteten Opfer individualistischer Lebensplanung oder für die Opfer deutschenfeindlicher Gewalt von Ausländern, um nur zwei Beispiele zu nennen.« Und, schließt er an, vielleicht haben sie sich »überhaupt vor den falschen Opfern verneigt, vielleicht vor Opfern der türkischen Mafia und vor dem weiblichen Opfer einer Beziehungstat oder eines Geheimdienst-Komplotts?«. Es folgt eine Aufzählung von »Ungereimtheiten«. Es ist zu spüren, wie sehr sich diese Rechte wünscht, diese Geschichte wäre nur eine Verschwörung, dann könnten sie wieder einfach zur Tagesordnung übergehen und von »deutschen Opfern fremder Gewalt« sprechen und nicht davon, dass Menschen mit Migrationshintergrund von Deutschen getötet werden, nur weil sie keine »Deutschen« seien. ■

Braune Wurzeln

Zur Gründung des »Bundesamtes für Verfassungsschutz«

Der deutsche Verfassungsschutz wurde maßgeblich von NS-Tätern aufgebaut. Nun erforschen Wissenschaftler die Geschichte des Inlands-Geheimdienstes.

Von Philipp Vergin

Mehr als 60 Jahre nach seiner Gründung stellt sich das »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV) seiner Geschichte. Seit dem 1. November 2011 erforschen die Historiker Constantin Goschler und Michael Wala von der Universität Bochum die »Organisationsgeschichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1950-1975, unter besonderer Berücksichtigung der NS-Bezüge früherer Mitarbeiter in der Gründungsphase«. Ziel ist es, belastbare Angaben über die Anzahl früherer BfV-Bediensteter mit vormaligen Verwendungen in den Behörden und Sicherheitsapparaten des NS-Systems und des juristischen sowie dienstrechtlichen Umgangs machen zu können. Dafür soll nun der systematische Aufbau des Aktenbestandes »B443« des BfV im Bundesarchiv in Koblenz sowie die archivarische Erschließung des Materials erfolgen.

NS-Funktionseliten

Als das BfV am 7. November 1950 auf Grundlage des »Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes« gegründet wurde, war die Maschinerie des Kalten Krieges bereits angelaufen. Am 14. April 1949 hatten die Militärgouverneure der West-Alliierten grünes Licht für die Einrichtung eines deutschen Nachrichtendienstes gegeben. Die US-Armee betrieb eine Tarneinrichtung namens »Amt für Verfassungsschutz«, deren Agenten vor allem Informationen über die KPD sammeln sollten. Die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bauten zudem ab 1948 einen »Informationsstelle« genannten Inlands-Nachrichtendienst auf. Obwohl der »Alliierte Kontrollrat« und das»Internationale Militärtribunal« in Nürnberg das »Reichssicherheitshauptamt« (RSHA) und den »Sicherheitsdienst« (SD) des NS-Staates zu verbrecherischen Organisationen erklärt hatten und verlangten, dass entsprechende Mitarbeiter gerichtlichen Verfahren zugeführt werden sollten, kam es schon bald zu einer unübersehbaren Präsenz ehemaliger NS-Funktionseliten in den neuen Sicherheitsbehörden. Schnell griff man im Kampf gegen Linke auf bewährte Angehörige der NS-Institutionen zurück.

Nur einige Beispiele: Zwischen 1955 und 1972 war Hubert Schrübbers BfV-Präsident. Er war überzeugter National-



^ Verfassungsschutz-Präsident Schrübbers

sozialist, der vor 1945 bei der Generalstaatsanwaltschaft am Reichsgericht in »Hochverratsprozessen« besonders hohe Strafanträge gegen Nazi-GegnerInnen stellte. Seine Vizepräsidenten Albert Radke (1951– 1964) und Ernst Brückner (1964 – 1967) wiesen ähnliche NS-Karrieren auf. Noch 1963 hatten 16 frühere Gestapo-Mitarbeiter führende Positionen im BfV. Einer von ihnen war der ehemalige Hauptsturmführer und Chef des »Sicherheitsdienstes« in Holland Richard Gerken. Im BfV wurde er 1953 »Abteilungsleiter IV« – und damit die wichtigste nachrichtendienstliche Person. Vor allem Gerken gelang es, vorbei an den Alliierten alte »Kameraden« als freie Mitarbeiter im BfV einzustellen. Ein anderer war Erich Wenger, der als Leiter der Gruppe »Informationsbeschaffung« innerhalb der »Abteilung IV« des BfV fungierte und auf eine nationalsozialistische Bilderbuchkarriere zurückblicken konnte. Seit 1933 Angehöriger der SS, kam er 1935 zur Gestapo und wechselte 1939 ins RSHA. 1944 führte er ein Kommando zur Bekämpfung französischer Partisanen. In Kriegsgefangenschaft wechselte Wenger seine Identität und wurde 1950 im BfV eingestellt. Erst 1954 nahm er wieder seinen richtigen Namen an. Im BfV wusste man aber von der Verschleierung. Auch war er nicht der Einzige, der unter falscher Identität für das Amt arbeitete. So tauchte auch der SS-Obersturmführer und spätere Oberregierungsrat in der »Abteilung III« (»Linksradikalismus«) des BfV, Karl-Heinz Siemens, im Amt als »Dr. Kaiser« unter. So gelang es, die Alliierten zu täuschen, die noch bis Mitte der 1950er Jahre ein Veto gegen Personalentscheidungen der Ämter einlegen konnten.

Landesämter

Auch in den »Landesämtern für Verfassungsschutz« (LfV), von denen bis heute kein einziges seine Geschichte aufarbeiten ließ, tummelten sich NS-Verbrecher: Das erst 1957 gegründete LfV Saarland wurde zum Beispiel vom NSDAP-Mitglied Rudolf Beck aufgebaut. Unter ihm und seinem Nachfolger Wilhelm Bender kamen etliche alte Nazis im Amt unter. Und Harald Spehr, der ehemalige Leiter des »Wannsee-Instituts« des RSHA, machte von 1951 bis 1960 als Leiter des LfV Hessen Karriere. Besonders viele alte Kameraden kamen beim LfV Bayern unter. Dessen Leiter Max Nöth pflegte von Anfang an sehr enge Beziehungen zur Vorläuferorganisation des »Bundesnachrichtendienstes«, der »Organisation Gehlen« (»Org«), weil der ehemalige Gestapo-Offizier und Beamte der »Geheimen Feldpolizei« 1948 selbst in die »Org« eingetreten war, bevor er zum 1950 LfV wechselte. Nachgezogen ins LfV hatte Nöth, der bis 1954 amtierte, auch andere Gestapo-Angehörige.

Offenlegen

Bei so vielen »Experten« verwundert es nicht, dass bis in die jüngste Zeit die personelle Ausstattung der »Abteilung II« (»Rechtsextremismus«) im BfV die kleinste und unbedeutendste war. Seit 2006 gibt es auf Anordnung des Bundesinnenministers im BfV gar keine eigene Abteilung »Rechtsextremismus« mehr. Gegen den bis heute fortwirkenden historischen Geburtsfehler des BfV hilft keine bessere Kontrolle, sondern nur die Abschaffung. Ein erster Schritt wäre die Offenlegung der Geschichte und der freie Zugang zu Akten und Daten für Wissenschaft und Medien. Man darf nun gespannt sein, ob die Historiker Goschler und Walla mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben wie ihre Kollegen in der Historikerkommission zur Erforschung der Frühgeschichte des BND. Deren Arbeit wurde von Beginn an sabotiert. ■

Erinnerung an Weimarer Zeiten?

Gewalt von rechts zwischen 1919 und 1933

Die Diskussion um die Taten des »Nationalsozialistischen Untergrunds« nahm der neurechte Historiker Karlheinz Weißmann in der »Jungen Freiheit« zum Anlass für einen Artikel zu politisch motivierter Gewalt in der Weimarer Republik. Darin bedient er sich eines alten Narrativs von rechts: »Die Ursachen waren linke Gewaltakte, rechte Gewaltakte die Folge.«

Von Barbara Manthe

Wenn rechte Historiker wie Karlheinz Weißmann, wissenschaftlicher Leiter des »Instituts für Staatspolitik« (IfS), anlässlich der aktuellen Debatte über Rechtsterrorismus behaupten, durch die Weimarer Zeit habe sich eine »blutige Spur linker Gewaltakte« gezogen, auf welche die Rechte reagiert habe, so dient dies der Stärkung eines revisionistischen Geschichtsbildes – ungeachtet historischer Tatsachen: Attentate und Mordanschläge von rechts begleiteten die Weimarer Republik von ihrem Beginn an.

Bedrohliche Gewalt von rechts

»Vier Jahre Mord – das sind, weiß Gott, genug. Du stehst jetzt vor dem letzten Atemzug.« Einen eindringlichen Appell richtete Kurt Tucholsky im Juni 1922 an die junge Weimarer Republik: »Zeig, was du bist. Halt mit dir selbst Gericht. Stirb oder kämpfe. Drittes gibt es nicht.« Das Gedicht verfasste der Schriftsteller unter dem Eindruck des Mordes an dem liberalen Politiker Walther Rathenau, den Angehörige der nationalistischen »Organisation Consul« (O.C.) wenige Tage zuvor in Berlin getötet hatten. Tucholskys Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen: Das Jahr 1922 war nur eine Zwischenstation in der Geschichte rechten Terrors in der Weimarer Republik. Es war aber das Jahr, in dem nach den aufsehenerregenden Morden an Walther Rathenau und dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger mehr und mehr Zeitgenossen auf die bedrohliche Gewalt von rechts hinwiesen. Der sozialdemokratische Publizist und Statistiker Ernst Julius Gumbel veröffentlichte in diesem Jahr ein Buch unter dem Titel »Vier Jahre politischer Mord«, in dem er empirisches Material über politisch motivierte Morde und Massaker seit der Republikgründung zusammengetragen hatte. Gumbel kam bis Juni 1922 auf 354 von rechts und 22 von links begangene Morde, wobei er den Anspruch formuliert hatte, letztere besonders kritisch zu untersuchen.

Phase der »unorganisierten Morde«

In den Monaten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs im November 1918 herrschten in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände. Teile der Regierungstruppen hatten sich abgespalten und handelten auf eigene Verantwortung oder schlossen sich den Freikorpsverbänden an. In dieser Zeit trugen einerseits die verschiedenen politischen Lager blutige Auseinandersetzungen aus. Andererseits waren es insbesondere rechtsgerichtete oder republikfeindliche Truppenangehörige, die Mordanschläge verübten: Massaker an Gefangenen, »standrechtliche Erschießungen« vermeintlicher Revolutionäre und gezielte Tötungen unliebsamer Politiker wie Kurt Eisner, Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg kennzeichneten diese Phase der »unorganisierten Morde«, wie Gumbel sie nannte. Allein bis Mitte 1919 zählte Gumbel über 230 Morde von rechts.

Organisierte Morde und abgeschottete Geheimbünde

Vor allem in den Jahren 1921/1922 kamen gezielte Attentate auf linke Politiker und Repräsentanten des neuen Systems hinzu. In den ersten Jahren der Republik bildeten sich organisierte paramilitärische Terrororganisationen heraus, die sich nach außen hin stark abschotteten. Auf das Konto der oben erwähnten »Organisation Consul«, die nach dem gescheiterten Kapp-Putsch 1920 aus einem Freikorps entstanden war, gingen mehrere Morde. Die »Schwarze Reichswehr«, ein illegaler militärischer Verband, der seit 1923 agierte und neben der Reichswehr existierte, fiel vor allem durch so genannte »Fememorde« an »Verrätern« aus den eigenen Reihen auf. Unter der weiter gefassten Bezeichnung »Schwarze Reichswehr« versteht man auch andere illegale militärische Formationen außerhalb der Reichswehr – zum Beispiel die »Sturmabteilung« (SA). Ab Ende der 1920er Jahre übten vor allem die Angehörigen dieses nationalsozialistischen Kampfbundes rechte Gewalt auf der Straße aus. Attentate, Saalschlachten und Straßenkämpfe, die während des Reichstagswahlkampfs im Sommer 1932 ihren Höhepunkt erreichten, forderten mehrere hundert Tote auf beiden Seiten der politischen Lager. Am Vorabend der Machtübernahme erschütterten diese Auseinandersetzungen die Republik.

Kaum Parallelen zu den Taten des NSU

Allzu schnell dürfen keine Parallelen zwischen der politischen Gewalt in der Weimarer Zeit und den Taten des »Nationalsozialistischen Untergrunds« gezogen werden. Das politische Klima der Weimarer Republik – insbesondere in ihren ersten und letzten Jahren – war von offenem rechtem Terror geprägt. Die Opfer der Mörder stammten aus allen Schichten und gehörten zum Teil der politischen Führung an: Rathenau beispielsweise war zum Zeitpunkt seines Todes Außenminister. Dennoch herrschte auch bei den gesellschaftlichen Eliten ein Klima der Akzeptanz für die Aktionen der Rechten, das sich in der milden Ahndung der Verbrechen durch die Justiz niederschlug. Gezielte Morde von rechts schwächten das Führungspersonal der linken Strömungen und unterminierten die politische Stabilität der Republik. Dem späteren Versprechen der Nationalsozialisten, »Ordnung« herzustellen, hatten die rechten Organisationen einen fruchtbaren Boden bereitet.

Der Blick auf die Weimarer Zeit verdeutlicht jedoch auch, dass seit der Entstehung faschistischer, rassistischer oder antisemitischer Organisationen die Ausübung oder Akzeptanz politisch motivierter Gewalt ein Kernelement ihres politischen Selbstverständnisses gewesen ist. Sie stellte weder damals noch heute eine »Reaktion« auf Handlungen der Linken oder vermeintliche Bedrohungen dar, wie neurechte Historiker bisweilen behaupten. ■

Im Westen nichts Neues

Neonazistischer Terror seit 1950

Wer der Blutspur des »Nationalsozialistischen Untergrunds« eine »neue Qualität« attestiert, ignoriert die Kontinuitäten neofaschistischen Terrors in der Bundesrepublik.

Von Robert Andreasch und Toni Brandes

Schon in den frühen 1950er Jahren plante der »Technische Dienst« (TD) um SS-Hauptsturmführer Hans Otto und Wehrmachts-Abwehroffizier Dieter von Glahn im Falle eines sowjetischen Angriffs oder einer kommunistischen Rebellion in Westdeutschland Anschläge und politische Morde. Die »Werwolf«-Taktik nationalsozialistischer Gruppen wurde damit in die Bundesrepublik übernommen. Seine Ausstattung erhielt der TD vom Verfassungsschutz, trainiert wurde auf dem US-Truppenübungsplatz im bayerischen Grafenwöhr. Vom »Technischen Dienst« im »Bund Deutscher Jugend« ausgehend lässt sich bis hin zur Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) eine kontinuierliche Linie des rechten Terrors in der Bundesrepublik ziehen.

Radikalisierung und Militarisierung

Verantwortlich war hierfür nicht zuletzt eine Radikalisierung der extremen Rechten ab 1969, nachdem die NPD bei den Bundestagswahlen knapp beim Einzug ins Parlament gescheitert war. Aus dem 1970 aufgelösten militanten »Ordnerdienst« (OD) der Partei rekrutierten später mehrere terroristische Gruppen ihr Personal. Im Rhein-Main-Gebiet trat Anfang der 1980er Jahre die sogenannte »Hepp-Kexel-Gruppe« auf. Ihr Hauptziel war die »Befreiung« Deutschlands von den »ausländischen Besatzern«. Dazu wurden Banken zur Finanzierung der Untergrundarbeit überfallen und Anschläge auf Personal und Einrichtungen der US-Armee verübt. In den gleichen Zeitraum fallen die Aktionen der »Braunschweiger Gruppe«. Diese wurde von Hans-Dieter Lepzien, V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes, angeleitet und verübte zwei Sprengstoffanschläge, unter anderem auf das Amtsgericht Hannover.

Seit 1974 war die »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG) um den Ermreuther Militaristen Karl-Heinz Hoffmann aktiv. 1976 scheiterte ein Bombenattentat ihres damals 19-jährigen Mitglieds Dieter E. auf den US-Sender AFN in München. 1980 sollen es WSG-Angehörige gewesen sein, die mit einem Sprengstoffanschlag auf eine Synagoge in Paris sechs Menschen töteten. Am 26. September 1980 deponierte Gundolf Köhler am Ausgang des Oktoberfests in München eine Bombe. Die Explosion tötete ihn und zwölf FestbesucherInnen und verletzte über 200 weitere Personen schwer. Hinweise auf Mittäter aus der WSG Hoffmann, an deren Übungen Köhler Jahre zuvor teilgenommen hatte, wurden von den Behörden bei den Ermittlungen konsequent ignoriert, die nachgewiesenen Aktivitäten diverser Verfassungsschutzämter in dem Geschehen zur Tatzeit genauso wenig aufgeklärt wie die Herkunft des militärischen Sprengsatzes. 1997 ließ der Generalbundesanwalt die archivierten Asservate »aus Platzgründen« entsorgen.



^^ »Wehrsportgruppe Hoffmann«
^ Roeder im ehemaligen Nazizentrum Hetendorf

Besonders große mediale Resonanz erzielte die 1977 von Michael Kühnen in Hamburg gegründete »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS). Mit uniformierten Auftritten, zahlreichen Propagandadelikten und dem gezielten Einbinden der Medien erlangte die ANS überregionale Bekanntheit. Die ANS war in die internationalen neonazistischen Bestrebungen des US-Amerikaners Gary Lauck eingebunden, dementsprechend lautete ihre zentrale Forderung: »Wiederzulassung der NSDAP«. Mit diesem »Kampfprogramm« trat die ANS 1978 zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen an. Parallel dazu hielten Mitglieder der mittlerweile verschiedenen Stützpunkte Wehrsportübungen ab, andere verübten Ende 1977 / Anfang 1978 zahlreiche Überfälle, um Geld und Waffen zu beschaffen. In der Folge kam es zu Verhaftungen und 1979 zum sogenannten »Bückeburger Prozess«. Die ANS wurde erst 1983 verboten.

Angebliche Einzeltäter

Dass Einzelne oder nur einige Angehörige einer rechtsterroristischen Organisation zur konkreten Tatausführung schreiten, hat einen ganz praktischen Grund: Im Falle des Scheiterns oder Auffliegens bleiben so die Gesamtgruppe oder die sie unterstützenden Strukturen möglichst ungefährdet. Staatlichen Behörden erleichtert dies die Zementierung der Legende von angeblichen »Einzeltätern«. Abgestritten wird dabei zum einen, die extreme Rechte sei in

der Lage, stabile Netzwerke auszubauen. Zum anderen soll der Eindruck verstärkt werden, die militante Rechte agiere zersplittert, ohne Ideologie und gesellschaftlich isoliert. Diese »Einzeltäter« können somit umso leichter als »verwirrt« oder »wahnsinnig« dargestellt werden. Dabei verfolgte der Terror von rechts bisher immer ganz bewusst seine – durchaus unterschiedlichen – Ziele: Mit einer »Strategie der Spannung« sollte ein allgemeines Bedrohungsgefühl emanzipatorische und liberale Gesellschaftsmodelle diskreditieren bzw. selbst in autoritär formierten Staaten noch den Wunsch nach faschistischen, diktatorischen Herrschaftsmodellen hervorrufen.

Manchmal war die politische Zielsetzung konkreter: Mit Attentaten auf Strommasten in Südtirol beabsichtigten deutsche Burschenschafter und Rechtsterroristen in den 1960er Jahren, die energieabhängige italienische Schwerindustrie lahmzulegen. Die Gruppe um den Neonazi Carl-Wolfgang H., die 1973 versuchte, ein Flugzeug auf der Route von Stuttgart nach Berlin zu entführen, wollte damit die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß aus der alliierten Haftanstalt in Berlin-Spandau erpressen. Als Peter Naumann im Jahr 1979 die Masten von Fernsehsendeanlagen sprengte, ging es ihm darum, die Ausstrahlung der Fernsehserie »Holocaust« zu sabotieren. In den Filmen wurde die fiktive Geschichte einer jüdischen Familie in Berlin zur Zeit des Nationalsozialismus dargestellt. Die deutsche Bevölkerung wurde erstmalig mit Mitteln der populären Kultur mit der Vernichtung der Juden und Jüdinnen konfrontiert. Was Peter Naumann nicht verhindern konnte, war, dass in Folge die Bereitschaft in der Bundesrepublik wuchs, sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Peter Naumann hat sich 1995 offiziell vom Terrorismus losgesagt, ist aber bis heute in der extremen Rechten aktiv, so trat er zum Beispiel im November 2011 bei zwei Abendveranstaltungen des neonazistischen »Freien Netz Süd« in Schwandorf und Fürth auf. Seine antisemitisch motivierten Anschläge auf Fernsehinfrastrukturen verklärte er dabei als »Werwolf-Kommandounternehmen Ende der 1970er Jahre«.



^ Bombenleger Gundolf Köhler



^ Nazi-V-Mann und Bombenbastler Lepzien

Gezielte Morde

Andere nahmen die nationalsozialistische Unterscheidung von »wertvollem« und »unwertem« Leben in die eigene Hand und gingen mit Gewalt gegen »Untermenschen« und »Feinde« nationalsozialistischer Volksgemeinschaftsträume vor: Die »Deutschen Aktionsgruppen« von Manfred Roeder beispielsweise begingen in den 1980er Jahren gezielt tödliche Brandanschläge auf AsylbewerberInnenheime.

Am 19. September 1980 wurden in Erlangen der jüdische Verleger Schlomo Lewin und seine Freundin Frieda Poeschke erschossen. Lewin hatte sich publizistisch mit der WSG Hoffmann befasst, die Polizei fahndete jedoch über Monate ausschließlich innerhalb der Jüdischen Gemeinde nach den Tätern. Die bei der Tat verwendete Pistole, so stellte sich schließlich heraus, stammte von Karl-Heinz Hoffmann. Der mutmaßliche Täter, Uwe Behrendt, tötete sich 1981 im Libanon selbst. Mit einem offensichtlichen Verhaltenskodex, der bei der Gefahr des Entdecktwerdens einen Suizid ausdrücklich einschließt, soll in rechtsterroristischen Organisationen ausgeschlossen werden, dass Mittäter und Gruppenstrukturen durch Aussagen auffliegen.

Bankraub von rechts

Auch Frank Schubert von der »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBD/PdA) um Friedhelm Busse tötete sich 1981 selbst, nachdem er bei seinem Versuch, mit einem Schlauchboot über den Rhein Waffen und Munition von der Schweiz in die Bundesrepublik zu schmuggeln, zwei Schweizer Grenzbeamte erschossen hatte. Ein geplanter Banküberfall des schwerbewaffneten »Kommando Omega« der VSBD/PdA wurde im selben Jahr von der Polizei vereitelt. Mit einer Maschinenpistole im Anschlag erbeutete 1984/85 Markus Mössle, Aktivist der »Kameradschaft Ulm« und der »Freiheitlichen Arbeiterpartei« (FAP), bei drei Banküberfällen über 100.000 DM für die Finanzierung der »Bewegung«.

Vom »Ludwigslied« zu »Pink Panther«

Neofaschistische Terrororganisationen legten schon in der Vergangenheit in einigen Fällen Wert auf eine bizarre Selbstinszenierung. Die neofaschistische »Gruppe Ludwig« beispielsweise, die in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren in Deutschland und Norditalien mindestens 14 Menschen durch Verbrennen und Pfählen ermordete, verschickte besonders zynische wie »rätselhafte« Bekennerschreiben, in denen sie Hakenkreuze und neofaschistische Ideologie (»Unsere Demokratie ist Ausrottung«) in Runenschrift mit Textzitaten aus althochdeutschen Liedern sowie Werken von Ignazio Silone oder Umberto Eco verband. Ihre Morde sind heute in der Bundesrepublik weitgehend vergessen, die Anführer der »Gruppe Ludwig«, Wolfgang Abel und Marco Furlan, seit Juni 2010 wieder auf freiem Fuß.

Die »Botschaft« kommt an

Dass der »Nationalsozialistische Untergrund« in skandalöser Verwobenheit mit dem Spitzelwesen des Verfassungsschutzes agierte, ist, wenn man die Geschichte des rechten Terrors in der Bundesrepublik betrachtet, nicht verwunderlich. Die nicht entdeckte Mordserie des NSU verweist auf die jahrzehntelange Verharmlosung des neonazistischen Terrors genauso wie auf ein Klima der Ignoranz gegenüber Rassismus. Dem NSU und seinen Taten wurde in den letzten Wochen von Medien und Behörden eine angebliche »Sinnlosigkeit« attestiert. Damit wird eine Unkenntnis über die neofaschistische Szene und die reale Menschenverachtung ihrer Ideologie deutlich. Rassistische Morde müssen als »Binnenpropaganda« für ihre AnhängerInnen gelesen werden, die statt mit Abscheu mit versteckter oder offener Freude reagieren. Nicht zuletzt der im Jahr 2010 veröffentlichte »Döner-Killer«-Song der Neonaziband »Gigi und die Braunen Stadtmusikanten« zeigt: die »Botschaft« kommt an. ■

»Déjà-Vu-Erlebnisse«

Interview mit Ulrich Chaussy

Der Hörfunk-Journalist des »Bayerischen Rundfunks« Ulrich Chaussy recherchiert seit dreißig Jahren kontinuierlich über neofaschistischen Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Robert Andreasch sprach für DERRECHTERAND« anlässlich der Aufdeckung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) mit ihm.

DRR: Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie die die ersten Meldungen über die Taten des NSU hörten?

Chaussy: Das wichtigste Stichwort ist für mich »Déjà vu« – alles schon mal gesehen, alles schon mal gehört. Ich kann mich nur wundern über die Verwunderung unserer verantwortlichen Politiker im Jahr 2011, von den Innenministern und Ministerpräsidenten bis hin zur Bundeskanzlerin, die nach der Aufdeckung der Verbrechen des NSU nicht müde wurden, zu betonen, wir hätten jetzt eine »neue Qualität«, dass die rechten Terroristen miteinander vernetzt sind, wir hätten jetzt eine »neue Qualität«, dass sie ausländische Bürger töten und wir hätten jetzt eine »neue Qualität«, dass sich im Umfeld dieser Gruppen Agenten und Spitzel des Verfassungsschutzes betätigen und diese Taten nicht verhindern oder aufzudecken helfen.

DRR: Können Sie das bitte für uns weiter konkretisieren?

Chaussy: Im Jahre 1981 ist die sogenannte »Braunschweiger Gruppe« abgeurteilt worden, die sich um den Altnazi Paul Otte gebildet hatte. Eine wichtige Person in der Gruppe ist ein gewisser Hans-Dieter Lepzien gewesen, der von Anfang an die Rolle des Logistikers und Bombenbauers gespielt hat. Sukzessive hat sich herausgestellt, dass Lepzien ein V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes war und im Laufe des Prozesses ist ein weiteres Mitglied als V-Mann enttarnt worden. Bis heute ist das Urteil des OLG Celle unter Verschluss. Offenkundig sind dort solche Abgründe im Zusammenwirken von V-Mann-Führer, V-Mann und der rechtsextremistischen Gruppierung kenntlich geworden, dass man sagen könnte: Da hätten wir im Jahr 1981 für 2011 alles lernen können, wovor wir jetzt staunend stehen. Das andere Déjà Vu ist, dass jetzt »überrascht« eine Vernetzung der extremen Rechten »entdeckt« wird. Leute, die in diesem Umfeld als Journalisten oder Betreiber antifaschistischer Dokumentationsarchive gearbeitet haben, wissen seit langem, dass ein rechtes Netzwerk nach einem bestimmten Strickmuster besteht: durch sehr viele parallel laufende »Mitgliedschaften«, die meistens nie formale Höhe erreichen. Welche dieser Gruppen hat sich jemals dazu verstiegen, im Vierfarbdruck schöne Mitgliedsausweise auszustellen? Die Art und Weise, wie rechtsextremistische Strukturen wahrgenommen werden, ist sehr einem justiziell-organisatorischen Blickwinkel verhaftet. So haben wir bis zur »Zwickauer Terrorzelle« über Jahrzehnte erleben müssen, dass am Ende immer Einzeltäter übriggeblieben sind. Eine angeblich »neue Qualität« ist, dass Ausländer in Deutschland gezielt getötet werden. Auch hier komme ich auf die Jahreswende 1979/1980 zurück. Die »Deutschen Aktionsgruppen« des ehemaligen Rechtsanwaltes Manfred Roeder haben Brandanschläge auf Asylbewerberheime verübt, bei dem Flüchtlinge gestorben sind, andere durch Brandverletzungen für ihr Leben gezeichnet wurden. Die entsprechende ideologische Aufheizung hat durch Schreibtischtäter stattgefunden, die grobe, kriminelle Arbeit haben dann in aller Regel andere, meist jüngere Leute übernommen. Wir hatten also vor mittlerweile über 30 Jahren die erklärte Aktionsform, diese Menschen einzuschüchtern, zu verängstigen, indem man ihnen beibringt: Es ist lebensgefährlich, wenn Ihr in dieses Land kommt. Das ist die gleiche »Propaganda der Tat«, die jetzt die gezielten Morde an türkischen und griechischen Einzelhändlern ausgestrahlt haben. Und noch ein Déjà Vu: In wessen Prozess sind Mundlos und Böhnhardt zuletzt gesessen? Bei Manfred Roeder.

DRR: Derzeit recherchieren Sie über die Ermordung des jüdischen Verlegers Schlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke 1980 in Erlangen. Gibt es da für Sie auch ein »Déjà Vu«?

Chaussy: So wie die Behörden nach der Ermordung der Einzelhändler alles Mögliche ventiliert haben, wer da dahinterstecken könnte, ist es nach der Ermordung von Lewin und Poeschke ähnlich gelaufen: Man hat zunächst im Umfeld der Nürnberger jüdischen Gemeinde ermittelt. Und erst Wochen und Monate später ist man aufgrund einer am Tatort zurückgelassenen Sonnenbrille darauf gekommen, dass diese Sonnenbrille aus dem Besitz von Franziska Birkmann, der damaligen Freundin und heutigen Frau von Karl Heinz Hoffmann stammt. Aus dieser Ermittlung hat sich dann ergeben, dass Uwe Behrend, Mitglied der WSG Hoffmann, diesen Mord begangen hat. Mit einer Pistole, die er aus Hoffmanns Wohnsitz in Ermreuth mitgenommen hat.

DRR: Gab es politische Einflussnahmen auf Ermittlungen? Und ist es politisch erwünscht, die politische Brisanz herauszunehmen, so dass »unpolitische« und gewissermaßen unvermeidbare Taten von »Verrückten« übrigbleiben...

Chaussy: ... gegen die man sich in der freien Gesellschaft nicht schützen kann, es sei denn, man schafft alle diese Freiheiten ab. Diese Intention kann man in den Tagen nach dem Oktoberfestattentat 1980 sehen. Der Kanzlerkandidat der Union, Franz Josef Strauß, hat gesehen, dass er gegen den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Schmidt mit seinen Law-and-Order-Themen nicht so recht ankommen konnte. Strauß hat noch in der Nacht des Anschlages, obwohl er wirklich null wusste, wie alle Ermittler zu diesem Zeitpunkt, dem Innenminister Gerhard Baum Vorwürfe gemacht. Baum habe durch seine liberale Innen- und Rechtspolitik dazu beigetragen, dass Polizei, Geheimdienste und Justiz derart eingeschüchtert seien, dass sie sich nicht trauten, Extremisten jeder Couleur nahezutreten. Deswegen sei es möglich geworden, dass dieser Anschlag vorbereitet und durchgeführt worden sei. Am nächsten Morgen kommt heraus: Strauß hat denjenigen Mann zu beschuldigen versucht, der im Januar 1980 die Gruppierung verboten hat, der der Bombenleger zeitweise angehört hat. ■

Politische Gegner im Visier

»Bajuwarische Befreiungsarmee«

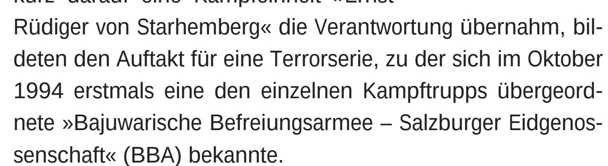
Vier Tote und elf, zum Teil schwerverletzte Menschen waren das Ergebnis einer bisher einmaligen Terrorspur von Rechts in Österreich. Auf Seiten der potentiellen Opfer löste sie Angst aus, während die extreme Rechte die Taten relativierte und versuchte, Opfer zu Tätern zu machen.

Von Heribert Schiedel

Das Jahr 1993 begann in Österreich mit einem »Lichtermeer« gegen das rassistische »Ausländer-Volksbegehren« der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), die weitere Verschärfungen des Migrationsrechts forderte. Die Partei scheiterte damit, nur rund sieben Prozent unterstützten das Vorhaben. Doch die Freude darüber währte nicht lange. Im weiteren Verlauf wurden zehn Briefbomben versandt, vorrangig an Gegner der FPÖ. Vier Menschen wurden zum Teil schwer verletzt, unter ihnen der Wiener Altbürgermeister Helmut Zilk (SPÖ). Die Anschläge, für die kurz darauf eine Kampfeinheit »Ernst



^ Roma-Mahnmal in Oberwart



Rüdiger von Starhemberg« die Verantwortung übernahm, bildeten den Auftakt für eine Terrorserie, zu der sich im Oktober 1994 erstmals eine den einzelnen Kampftrupps übergeordnete »Bajuwarische Befreiungsarmee – Salzburger Eidgenossenschaft« (BBA) bekannte.

Kampf gegen die »Tschuschendiktatur«

Die Auswahl der Opfer ließ von Anfang an keinen Zweifel an der politischen Motivation der Täter. Eine zweisprachige Schule in Klagenfurt, vor der im August 1994 eine Rohrbombe der BBA gefunden wurde, war im Bekennerschreiben als »großslowenisches und panslawistisches Umvolkungsinstitut« bezeichnet worden. Bei der Explosion verlor ein Polizeibeamter beide Hände, zwei andere Beamte wurden verletzt. Kurz darauf verschickte die BBA weitere vier Briefbomben, mehrheitlich an migrationspolitische Initiativen. Sie konnten jedoch allesamt abgefangen und entschärft werden. Am 5. Februar 1995 starben Erwin und Karl Horvath, Josef Simon und Peter Sarközi, Bewohner der Roma-Siedlung am Rand von Oberwart, als sie eine Tafel mit der Aufschrift »Roma zurück nach Indien!« zu entfernen versuchten – es verbarg sich dahinter eine getarnte Sprengfalle. Einen Tag später tauchte im nahen Stinatz, dem Wohnort der Grünen-Politikerin Theresia Stoisits, eine weitere Rohrbombe auf. Sie verletzte einen Gemeindearbeiter schwer. Die dritte Briefbombenserie vom Juni 1995 hatte die deutsche TV-Moderatorin Arabella Kiesbauer, ein Linzer Partnervermittlungsinstitut und den Lübecker Vizebürgermeister Dietrich Szameit (SPD) zum Ziel. Drei Menschen wurden verletzt. Im Oktober folgte eine weitere Serie von Briefbomben an Ärzte mit Migrationshintergrund und die Flüchtlingshelferin Maria Loley, wobei zwei Menschen verletzt wurden. Das Jahr 1995 endete mit vier weiteren Briefbomben, die allesamt vorzeitig detonierten und niemanden verletzten. Eine letzte Briefbombe erhielt im Dezember 1996 Lotte Ingrisch, die Stiefmutter von Innenminister Caspar Einem (SPÖ), der sich aufgrund seiner im Vergleich zum Vorgänger liberalen Asylpolitik den fanatischen Hass der extremen Rechten und des rassistischen Boulevards zugezogen hatte.

Insgesamt wurden im Rahmen der Anschläge – 25 Briefbomben und drei Sprengfallen – bis 1996 vier Menschen umgebracht und elf Menschen zum Teil schwer verletzt.

Ermittlungen in der Neonaziszene

Während die FPÖ und Teile der Medien und des Polizeiapparates versuchten, den Verdacht vom neonazistischen Milieu abzulenken und einen »linksextremen« oder »antifaschistischen Terror« konstruierten, der nun den Rechten in die Schuhe geschoben werden sollte, ermittelte die Polizei gleichwohl gegen die neonazistische Szene. Noch im Dezember 1993 wurden mehrere Neonazis aus dem Umfeld von Gottfried Küssel festgenommen, seinerzeit einer der wichtigsten Aktivisten in der Alpenrepublik. Die Inhaftierten standen zunächst in Verdacht, sie hätten mit den Anschlägen ihren zuvor zu zehn Jahren Haft verurteilten Anführer Küssel rächen wollen. Sie wurden später indes vom Verdacht der BBA-Täterschaft freigesprochen.

Im Frühjahr 1994 weiteten sich die Ermittlungen auf die deutsche Szene aus. Ins Visier der Fahnder gerieten der Berliner Neonazi Bendix W. und der damals gerade untergetauchte Rechtsterrorist Peter N.. Beiden konnte jedoch keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden.

Stattdessen ging der Polizei im Oktober 1997 mehr zufällig als gezielt Franz Fuchs ins Netz, der sich als BBA-Bombenhirn entpuppen sollte. Fuchs, der sich der Verhaftung durch Selbstmord entziehen wollte und sich dabei beide Unterarme wegsprengte, wurde im Zuge der obligaten Entpolitisierung neonazistischen Terrors als wirrer Einzeltäter präsentiert und im März 1999 zu lebenslanger Haft verurteilt. Er erhängte sich Ende Februar 2000 in seiner Zelle.

Einzeltäter!?

Bis heute ist die Einzeltätertheorie nicht unumstritten. Mit zwei Gutachten wurden beispielsweise mindestens drei verschiedene Autoren der BBA-Bekennerschreiben nachgewiesen. Zudem sollen laut mehrerer Zeugenaussagen drei Personen die Rohrbombe in Oberwart deponiert haben. Am realistischsten scheint die Existenz von zumindest zwei voneinander relativ unabhängig und arbeitsteilig agierenden Zellen. Aber auch wenn Fuchs tatsächlich ein Einzeltäter war – allein war er nicht: Aufgewachsen im steirisch-slowenischen Grenzland, wo sich das bedrohte »Deutschtum« besonders paranoid darstellt, politisiert im rechtskonservativen Milieu und radikalisiert durch die von der FPÖ seit Ende der 1980er Jahre forcierten »Ausländer«-Kampagnen, wähnte er sich nicht zu Unrecht als kämpfende Avantgarde gegen die »Umvolkung«. Die Agenda des angeblichen »Wirrkopfes« glich jener der FPÖ und muss insofern als erfolgreich bezeichnet werden, als in der Folge des BBA-Terrors immer weniger Menschen es wagten, gegen Rassismus und Neonazismus öffentlich Stellung zu beziehen. Und die Polizei vermochte sich zudem unter dem Jubel der extremen Rechten mehr und mehr Befugnisse anzueignen. ■

»Süditaliener raus!«

Rechter Terrorismus in Südtirol

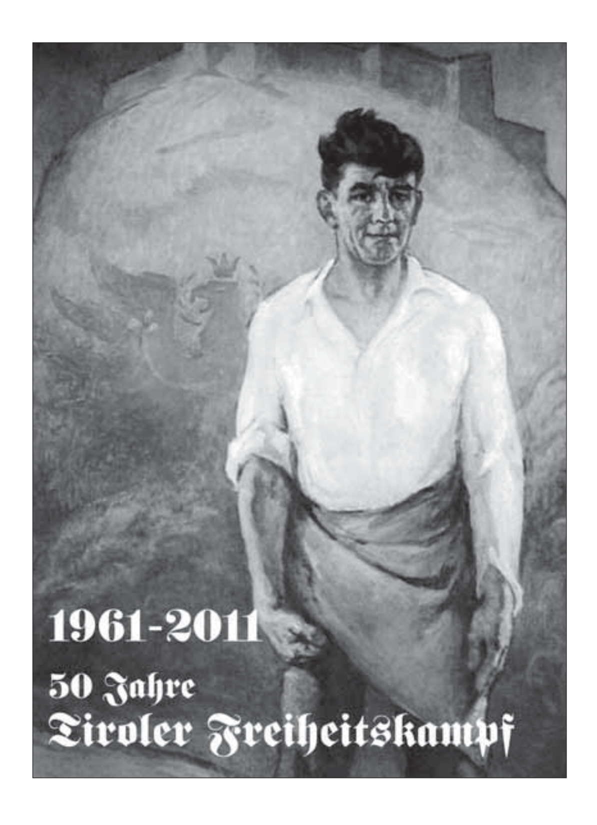
In Südtirol forderte rechter Terror in den 1960er Jahren zahlreiche Todesopfer. Beteiligt waren vor allem Burschenschafter.

Von Jörg Kronauer

Bedrohlich, sagt Erhard Hartung, sei vor allem die »Zuwanderung armer Süditaliener« gewesen. Es ist Januar 2009, die Erlanger »Burschenschaft Frankonia« interessiert sich für die Dinge, die in den 1950er und 1960er Jahren im deutschsprachigen Norden Italiens, in Südtirol, geschahen. Um sich zu informieren, hat sie den Südtirol-Aktivisten Hartung von der »Akademischen Burschenschaft Brixia Innsbruck« als Referenten eingeladen. Der berichtet, wie damals die deutschsprachige Bevölkerung in Südtirol auf die Barrikaden ging, um Autonomierechte zu erkämpfen – und um zu verhindern, dass immer mehr »Süditaliener« das Gebiet »unterwanderten« und das »Deutschtum« dort verdrängten. Hartung, von Beruf Anästhesist, hat Insider-Kenntnisse: Er hat sich an den »Deutschtums«-Kämpfen beteiligt, wenn auch nach eigenen Angaben nur als Sanitäter. Nicht alle aber nehmen ihm diese Selbstbeschränkung ab. So hat ihn die italienische Justiz zu lebenslanger Haft verurteilt, weil sie ihn der Beteiligung am »Porzescharte-Attentat« vom 25. Juni 1967 für schuldig hielt, bei dem vier italienische Grenzer durch Minen ums Leben kamen.

Burschenschafter

Die Anfänge des Südtirol-Terrorismus gegen Ende der 1950er Jahre beschränkten sich noch auf Gewalt gegen Sachen. So wurden zunächst Autos demoliert, bald auch leerstehende Wohnhäuser gesprengt, die für zuzugswillige SüditalienerInnen gebaut worden waren. Ein Fanal setzte die »Feuernacht« vom 11. auf den 12. Juni 1961, in der eine Organisation namens »Befreiungsausschuss Südtirol« an die 40 Strommasten in die Luft jagte. Ein italienischer Beamter kam ums Leben, das Hauptziel aber wurde verfehlt: Man hatte eigentlich die Industriezone von Bolzano lahmlegen wollen, die als »Inbegriff der Italianisierung« galt, weil sie Arbeitskräfte aus dem Süden des Landes anzog. Nach der »Feuernacht« begann die mörderischste Phase des Südtirol-Terrorismus. Glaubt man den Urteilen italienischer Gerichte, dann waren es andere Täter, die zu Gewalt gegen Personen übergingen. Standen hinter dem »Befreiungsausschuss Südtirol« ursprünglich vor allem Einheimische, so fanden sich unter denjenigen, die ab 1962 auf italienische Soldaten und Polizisten schossen und Kofferbomben in Bahnhöfen und in Zügen deponierten, viele Burschenschafter aus Österreich und Deutschland.



^ Titelbild des »Südtirolkalender 2011«, herausgegeben von »Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer« (Nürnberg)

Krisensituation

Die Strategie, die hinter den blutigen Anschlägen steckte, hat wenige Tage nach dem »Porzescharte-Attentat« Hartungs Kumpel Norbert Burger (»Wiener akademische Burschenschaft Olympia«) in einem Interview erläutert. Die Mordanschläge seien »heute notwendiger denn je«, so Burger: »Eine echte Südtirol-Lösung« – diese musste nach Burgers Auffassung aus dem Anschluss des Gebiets an Österreich bestehen – werde es »nur aus einer Krisensituation heraus geben«. Die österreichische Regierung weigere sich, offen Anspruch auf Südtirol zu erheben. Daher müsse man die Auseinandersetzung durch brutale Gewalt zu einem Thema der internationalen Politik machen. Im Kern war der Ansatz nicht allzu verschieden vom sudetendeutschen Terror des Jahres 1938, der auch auf die Internationalisierung der »Sudetenfrage« zielte – mit bekanntem Ergebnis. 30 Jahre später in Südtirol ging die Terror-Strategie nicht auf. Die veränderten Rahmenbedingungen ließen das nicht zu.

Die Finanziers

Auf deutscher und auf österreichischer Seite waren in der Tat vorwiegend großdeutsch orientierte Burschenschafter an den Terror-Aktivitäten beteiligt. »Beim großen Grazer Südtirolprozess im Herbst 1965 waren von 27 Angeklagten zwölf Burschenschafter«, berichtete exemplarisch Günter Schweinberger (»Wiener akademische Burschenschaft Olympia«). Warum das so war, erläuterte der maßgebliche Drahtzieher des Südtirol-Terrorismus nördlich des Brenner, Norbert Burger: Er habe sich, »was die Werbung um aktive Teilnahme anlangte«, auf »einen Personenkreis« gestützt, dessen Zuverlässigkeit für ihn außer Frage stand, Bundesbrüder aus der »Wiener Burschenschaft Olympia« und Verbandsbrüder anderer Burschenschaften. Begünstigt wurden deren Aktivitäten durch Unterstützung verschiedenster Art aus Österreich und aus der Bundesrepublik. Stiftungen und Kulturwerke machten Gelder für notleidende Bergbauern in den Tälern rings um Bolzano flüssig, von denen so manche Mark ihren Weg in die Kassen sprengstoffverarbeitender Kleinindustrieller fand, die sich übrigens aufgrund mangelnder Professionalität zuweilen selbst ins Jenseits bombten. Eine dieser Stiftungen war die Düsseldorfer »Hermann-Niermann-Stiftung«, die sich bei der Vergabe von Mitteln nach Südtirol der Expertise von Fachleuten wie Burger und Hartung bediente.

Geheimdienste

Selbstverständlich waren auch Geheimdienste aller Art involviert. Von den 1960er Jahren bis in die 1980er waren italienische Agenten an diversen Anschlägen im ganzen Land beteiligt, die Unruhe schüren und den Ruf nach einem starken Staat provozieren sollten (»Strategie der Spannung«). Recherchen zeigen, dass die Dienste sich dabei wohl auch den einen oder anderen Mord in Südtirol gestattet haben, teils verübt von V-Männern wie Christian Kerbler, der einen bekannten Südtirol-Terroristen 1964 umlegte und einen zweiten knapp verfehlte. Auch unter Mitwirkung derartiger Strukturen dauerte der Südtirol-Terrorismus noch bis Ende der 1980er Jahre an, allerdings nach 1967 nur noch auf kleinerer Flamme. Heute lebt er vor allem als Mythos in den Häusern von Burschenschaften fort, transportiert von Südtirol-Aktivisten wie dem »Brixia«-Burschenschafter Hartung. ■

Strategie der Spannung

Italien in den 1970/80er Jahren

In Italien jährte sich im Dezember 2011 zum 42. Mal der Beginn einer rechten, militanten Offensive, die über 20 Jahre anhalten sollte. Italienischer Geheimdienst und Carabinieri waren daran ebenso beteiligt wie Faschisten, Monarchisten und Rechtskonservative, die sich im Kampf gegen den Kommunismus sahen und dabei auch nicht davor zurückschreckten, Menschen zu ermorden.

Von Reiko Pinkert

Am 12. Dezember 1969 zündete direkt vor dem Hauptsitz der Landwirtschaftsbank in Mailand eine von Faschisten deponierte Bombe und tötete 17 Menschen, 88 wurden schwer verletzt. In Rom detonierten am selben Tag fünf weitere Sprengsätze, die insgesamt 18 Menschen verletzten. Im Zuge der Ermittlungen wurde ein Anarchist von der Polizei verhaftet und trotz seines Alibis als Täter präsentiert. Bei den Vernehmungen stürzte er aus dem Fenster des Polizeireviers. Eine Untersuchung sollte später ergeben, dass er keinen Selbstmord begangen haben konnte.

Seine Angehörigen und FreundInnen gehen bis heute von einem Mord durch die Carabinieri aus.

Gemeinsame Interessen

Erst Anfang der 1990er Jahre, als durch erste größere Untersuchungen die so genannten NATO-Geheimarmeen (»Gladio«) bekannt wurden, konnte aufgeklärt werden, wer hinter diesen Attentaten im Dezember 1969 steckte und welche Strategie dahinter stand. Geplant und ausgeführt wurden die Anschläge im Dezember 1969 nicht von Linken – wie es Polizei, konservative Politiker und Zeitungen unisono behaupteten -, sondern von Mitgliedern der rechten »Ordine Nuovo« (ON), der »Propaganda Due« (P2) sowie des paramilitärischen »Gladio«-Netzwerkes. Diese Strukturen, Verbindungen und Netzwerke haben ihren Ursprung in einem Programm der NATO, genannt »Demagnetize«, mit dem die starken kommunistischen Parteien in Frankreich (PCF) und Italien (PCI) zurückgedrängt werden sollten. Das geschah auch aus der Angst heraus, die Sowjetunion könnte ihren Einflussbereich in Europa erweitern und durch eine linke Regierung Einblicke in Strukturen der NATO erhalten.

Bereits 1948, während der ersten demokratischen Wahl in Italien, nahmen die USA mittels großzügiger finanzieller Unterstützung für die »Democrazia Cristiana« (DC) sowie einer breit angelegten Verleumdungskampagne gegen linke Kandidaten Einfluss auf den Ausgang des Urnengangs. Auch wurden bereits damals Vorbereitungen für eine mögliche Niederlage getroffen: Der spätere italienische Präsident Francesco Cossiga bestätigte nach den »Gladio«-Enthüllungen, dass während der Wahlen von 1948 eine paramilitärische Einheit der DC bereit stand, um im Falle eines Sieges des linken Bündnisses die Macht gewaltsam an sich zu reißen. Cossiga selbst war Teil dieser Einheit.

In den folgenden Jahren wurde dann in Italien und anderen NATO-Staaten ein Netzwerk aufgebaut, das heute hinlänglich als »Gladio« (Schwert) bekannt ist. Eigentliches Ziel dieser Organisation war es, im Falle einer sowjetischen Invasion, die Infrastruktur hinter der Frontlinie zu sabotieren sowie Politiker und Teile der gesellschaftlichen »Elite« außer Landes und somit in Sicherheit zu bringen. Dafür wurden Waffen- und Sprengstoffdepots angelegt sowie ein Ausbildungscamp auf Sardinien errichtet. Rekrutiert wurden in Italien, wie überall in Europa, Faschisten und Rechtskonservative. Hinzu kam die Mafia, die sich als antikommunistisch genug bewährt hatte. Dazu organisierte der militärische Geheimdienst SIFAR zum Beispiel zusammen mit dem Alberto-Polo-Institut, einem rechten Think-Tank, vom 3. bis zum 5. Mai 1965 eine Konferenz in Rom mit dem Titel: »Konterrevolutionäre Kriegsführung und die Verteidigung Italiens gegen den Kommunismus mit allen Mitteln«, um potentielle Mitglieder anzuwerben.



^ … nach dem Anschlag in Bologna

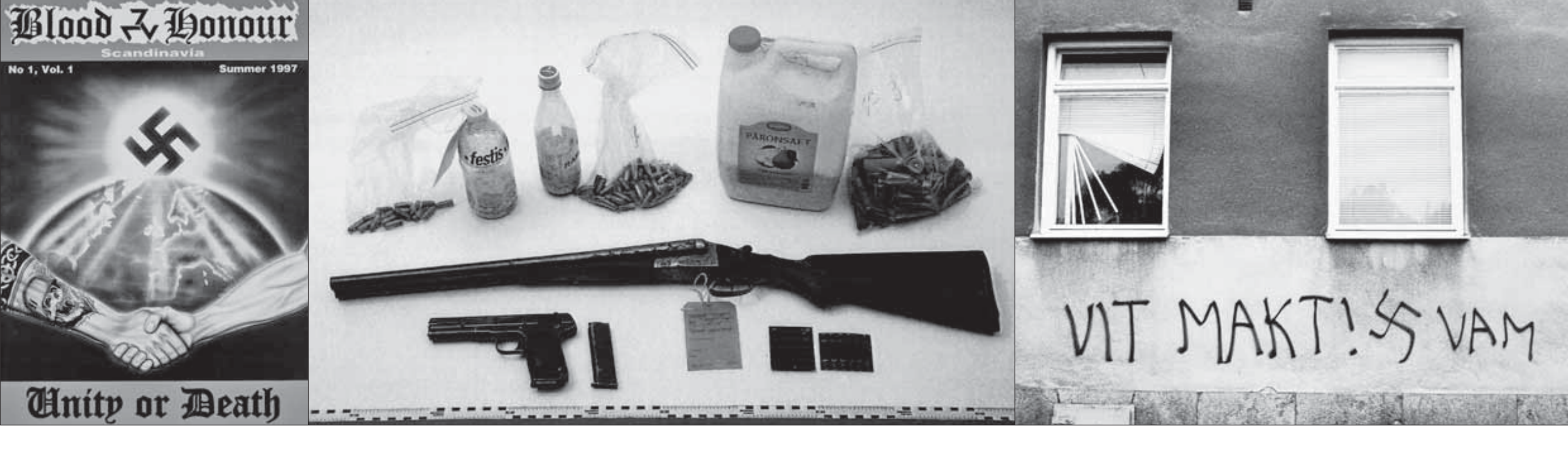
»Strategie der Spannung«

Nach der Ausbildung durch britische und US-amerikanische Offiziere agierten die Mitglieder in kleinen Zellen und verübten Anschläge, um danach im Rahmen einer »Strategie der Spannung«, linke Parteien oder Organisationen derer zu bezichtigen. Damit sollte die Gesellschaft destabilisiert werden, um anschließend mit einem autoritären Staat als Ordnungs- sowie Sicherheitsgaranten die langfristige Stabilisierung anzustreben. So wurden zum Beispiel am 31. Mai 1972 nahe der Ortschaft Peteano drei Carabinieri mit einer Autobombe ermordet und die »Roten Brigaden« dafür verantwortlich gemacht. Erst 1984 wurden die Ermittlungen wieder aufgenommen und ein rechtes Netzwerk mit Geheimdienstverbindungen als Verursacher des Anschlags aufgedeckt.

Das »Gladio«-Netzwerk ging allerdings auch direkt gegen Linke vor. Am 28. Mai 1974 explodierte ein Sprengsatz auf einer Gewerkschaftskundgebung, wobei acht Menschen starben und 94 verletzt wurden. Das blutigste und auch letzte bekannte Attentat war der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna am 2. August 1980 mit 94 Toten und über 200 Verletzten. Zwei Angehörige des italienischen Geheimdienstes sowie der Vorsitzende der P2, Licio Gelli, wurden zu geringen Strafen wegen Beihilfe und Behinderung der Ermittlungsarbeiten verurteilt. Die beiden Attentäter, Mitglieder der faschistischen »Nuclei Armati Rivoluzionari« (NAR), wurden zu lebenslanger Haft verurteilt.

Schweigen in Deutschland

Im Zuge der Ermittlungen gegen »Gladio« wurden in Italien, Belgien und der Schweiz die Verwicklungen staatlicher Strukturen in das rechte Terrornetzwerk aufgedeckt. Eine vergleichbare Aufklärungsarbeit fand in Deutschland nicht statt. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Waffenfunde bei deutschen Neonazis in den 1970er und 1980er Jahren liegt die Vermutung nahe, dass mögliche Verbindungen zwischen staatlichen Organen und Neonazis nicht untersucht werden sollten. ■



Den Gegner im Visier

Rassistische und extrem rechte Gewalt begleitet Schweden seit mehr als 20 Jahren. Ansätze zum Terrorismus gab es immer wieder.

Von Mathias Wåg

Wiederholt schoss der sogenannte »neue Lasermann« 2009/2010 in Malmö auf MigrantInnen. Wegen Mordes in drei und Mordversuchs in elf Fällen steht er nun vor Gericht. Wie auch beim ersten »Lasermann«, der 1991 in Stockholm auf MigrantInnen schoss, ist er ein Einzeltäter, ein so genannter »einsamer Wolf«. Aber auch kollektive rechte Gewalt gab es in Schweden.

Unbändige Gewalt

Ähnlich wie in Deutschland attackierten zunächst Skinheads, die sich als Subkultur in Schweden ab etwa 1987 entwickelten, MigrantInnen, Homosexuelle und andere, die sie als Opfer ausmachten. Dabei starben auch Menschen. Diese Gewalt war zumeist spontan und ungeplant. Doch aus diesem Spektrum, das sich zunehmend politisierte, bildete sich 1991 »Vitt Ariskt Motstånd« (»Weißer arischer Widerstand«, VAM), ein Netzwerk, das mit der Zeitschrift »Storm« und vermummten Schweigemärschen schwarzgekleideter VAM-Aktivisten öffentlich agierte und zugleich auch illegale Operationen durchführte. Eine Reihe von Waffendiebstählen, Einbrüchen in Militärdepots und Geschäften wurde dem militanten Flügel des VAM zugeordnet, der aus ungefähr 20 Personen bestand. Doch ein rigoroses Durchgreifen der Polizei und interne Streitigkeiten beendeten die Existenz des VAM 1993, als die wichtigsten Führungspersonen im Gefängnis saßen.

Gezielte Gewalt

Zwischen 1993 und 1996 war Schweden weltweit führend in der Produktion von RechtsRock-Musik, etwa mit dem Label und dem Magazin »Nordland« sowie dem dänisch-schwedischen Label »Ragnarock Records«. Dieses bekannte sich zur britischen Organisation »Combat 18« (C18) und ging im internationalen »Blood & Honour«-Netzwerk auf, als dessen militante Untergruppe C18 firmierte. »Ragnarock« versuchte, ein schwedisches Pendant der Gruppe aufzubauen und rekrutierte dafür Aktivisten in Gefängnissen. Das Resultat war das Gefangenennetzwerk »Ariska Brödraskapet« (»Arische Bruderschaft«, AB). Berüchtigt wurden die Skandinavier durch die Unterstützung der britischen C18-Gruppe während eines internen Machtkampfes, bei dem die Gegner aus den eigenen Reihen Briefbomben zugestellt bekamen. Die AB schickte auch eine Bombe an die schwedische Justizministerin, woraufhin die Sicherheitspolizei (Säkerhetspolisen, SÄPO) 1997 eingriff. Für diese Bombe wurde Niclas Löfdahl verurteilt, einer der Gründer der AB. Die Gruppe löste sich kurz darauf auf, Teile schlossen sich mit »Brödraskapet Wolfpack« zusammen, einer unpolitischen Knastorganisation und Motorradgang. Ende der 1990er Jahre begann die RechtsRock-Musikszene, die immer mehr Öffentlichkeit auf sich gezogen hatte, zu zerfallen. Gleichzeitig wurden mehrere Aktivisten, die in Verbindung mit dem VAM und AB standen, aus den Gefängnissen entlassen – das war der Anfang einer neuen rechten Terrorwelle. In einer Militäranlage in Strängnäs raubte 1998 eine Gruppe von Neonazis automatische Gewehre. Drei Neonazis mit Verbindungen zu »Svenska motståndsrörelsen« (»Schwedische Widerstandsbewegung«, SMR) wurden verhaftet, dabei fand die Polizei ein Waffenlager und eine Todesliste mit Namen von PolitikerInnen und AntifaschistInnen. 1999 beging eine andere Gruppe von Neonazis eine Reihe von Banküberfällen. Zwei Polizisten, die sie nach einem solchen Raub verfolgten, wurden in einem Hinterhalt regelrecht hingerichtet. Die Taten geschahen, während die Täter Freigang für ein Theaterprojekt hatten. Die drei hierfür verurteilten Männer hatten alle ein langes Strafregister im Zusammenhang mit dem neonazistischen »bewaffneten Kampf«. Kurz darauf, im Juni 1999, präparierten Neonazis das Auto eines antifaschistischen Journalisten mit einer Bombe. Er und sein Sohn wurden schwer verletzt, doch niemand wurde für die Tat verurteilt. Drei Monate später ermordete eine dritte Gruppe den syndikalistischen Gewerkschafter Björn Söderberg. Einer der Täter war bis kurz vor der Tat von der SÄPO überwacht worden. Obwohl die drei Gruppen zu keiner übergeordneten Struktur gehörten, hatten alle Verbindungen zur selben Szene krimineller Neonazis.

Gewalt auf einer anderen Ebene

Die gesellschaftliche Reaktion auf die Anschläge sorgte dafür, dass sich die »nationale Bewegung« neu orientierte; die Gewalt nahm deutlich ab. Dennoch versuchten Neonazis immer wieder, Untergrundzellen aufzubauen. 2004 kam es zu einer Anklage wegen schwerer Sachbeschädigung und Vorbereitung terroristischer Verbrechen gegen die sonst kaum in Erscheinung getretene »Aryan Defence League«. Sie beschrieb in ihrem Manifest »Revolution im Wohlfahrtsstaat« die Beschädigung öffentlicher Gebäude als erste Phase des Weges zur »nationalen Revolution« und zum »Rassenkrieg«. Durch viele kleine Schäden sollte die Wirtschaft geschwächt werden. Die Sprengung von Brücken und Eisenbahnlinien sowie politische Morde sollten folgen. Der Verbalradikalismus führte jedoch nicht zu einer Verurteilung, nur Sachbeschädigung in 22 Fällen konnte nachgewiesen werden.

Derzeit steht die »Svenska motståndsrörelsen« im Visier der Fahnder, die Gruppe wird von früheren VAM-Kadern geleitet und von der Polizei als »militärisch« eingeschätzt. 2008 fand die Polizei bei Hausdurchsuchungen ein Waffenlager mit u. a. einer Handgranate, Sprengpatronen, zwei automatischen Waffen, fünf Handschusswaffen und etwa zehn Kilogramm scharfer Munition. Die SÄPO schätzt die neonazistische Szene nicht als bedrohlich für die Sicherheit des Landes ein – nur für Einzelpersonen, so SÄPO-Chef Anders Danielsson, stellten sie eine Bedrohung dar. ■

^ v. l. n. r.: »Blood & Honour Scandinavia« Magazin
Waffen von Nazis der SMR – gefunden 2006
»Weiße Macht« – VAM



Im »Rassenkrieg«

Terror(ismus) in Großbritannien

Der Terror von rechts entstand in Großbritannien nachdem entsprechende Ideen und Konzepte aus den USA ins Land schwappten – dann verselbständigte er sich.

Von Nick Lowles (»Hope not Hate«)

Der britischen Presse und den Aussagen der Politiker folgend würde niemand daran denken, dass es so etwas wie neonazistischen Terrorismus in Großbritannien je gegeben hat. In den letzten zehn Jahren gab es eine Reihe von Anschlagsversuchen in Großbritannien, am verheerendsten waren jene im Juli 2005, bei dem Islamisten 56 Menschen töteten und Hunderte verletzten. Seit dem Beginn des »Kriegs gegen den Terror« 2001 wurden 1.963 Menschen wegen des Verdachts auf terroristische Straftaten festgenommen. Zur Zeit sitzen 119 im Gefängnis, 22 von ihnen gelten als »einheimische« TerroristInnen und weitere vier sind »historische Fälle«, sie sitzen seit mehr als zehn Jahren ein. Während sich die Medien auf den islamistischen Terrorismus konzentrieren, sind die Mehrzahl der »einheimischen« TerroristInnen Neonazis. Andererseits hat der neonazistische Terrorismus in Großbritannien keine wirkliche Tradition. Es gab in den 1960er Jahren eine paramilitärische Gruppe und gelegentliche Waffenfunde in den 1970er Jahren, aber eben keine Historie neonazistischen Terrors, wie sie viele andere Länder haben. Auftretende Gewalt – Kämpfe, Massenschlägerei und einzelne Brandstiftungen – entstand aus der britischen Jugendgangkultur heraus. Dies soll zwar nicht beschönigt werden, war aber keine Eskalation im Vergleich zu den USA oder europäischen Ländern wie Schweden.

Terror von rechts

All das veränderte sich in den frühen 1990er Jahren, als die von VerfechterInnen der »weißen Vorherrschaft« in den USA gepredigte Ideologie des »Rassenkriegs« nach Großbritannien gelangte. William Pierces »The Turner Diaries« wurden zu der entscheidenden Lektüre, Louis Beams Theorie des »Führerlosen Widerstands« war weit verbreitet und die Vorstellung von den düsteren Gefahren der »Zionistisch besetzten Regierung« (»Zionist Occupied Government«, ZOG) dominierte das Vokabular britischer Neonazis. Die neonazistische Gruppierung »Combat 18« (C18) war der glühendste Befürworter dieser terroristischen Ideologie, sie wurde dabei unterstützt und ermutigt von einer Reihe weit rechts stehender »Lesezirkel« und Theoretiker.

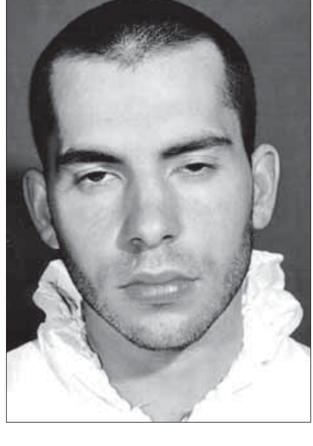
Als C18 begann, seine Gegner zu attackieren, bereiteten sich einige aus deren Reihen auf terroristische Aktionen vor. Der »Staat« war der erklärte Feind, Schwarze und AsiatInnen innerhalb der Gesellschaft indes waren für sie nur Spielfiguren des ZOG. Diese kleine Gruppe nutzte die Rechtsrock-Musikszene, um sich mit gleichgesinnten Gruppen und Einzelpersonen in Europa, vor allem in Skandinavien und Deutschland, zu vernetzen.

Selbst die »British National Party« (BNP), die größte extrem rechte Partei in Großbritannien, fühlte den Druck dieser zunehmend militanten Zeiten. Um ihre Radikalität gegenüber ihren Mitgliedern zu beweisen, lud sie 1995 William Pierce als Redner auf ihren jährlichen Kongress ein.

Im Januar 1997 gab der in Dänemark beheimatete Thomas Nakaba drei Briefbomben bei der Post auf, adressiert an eine Hälfte von C18 in Großbritannien. Das sollte der Vorbote werden für eine im Anschluss einsetzende europaweite Terrorkampagne, an der C18 sowie deren Kameraden aus Schweden, Deutschland und der Slowakei beteiligt waren. Das Vorhaben scheiterte indes kläglich, bedingt durch das Eingreifen der Polizei, die eigenen Inkompetenzen und interne Auseinandersetzungen.

Der »Nagelbomber«

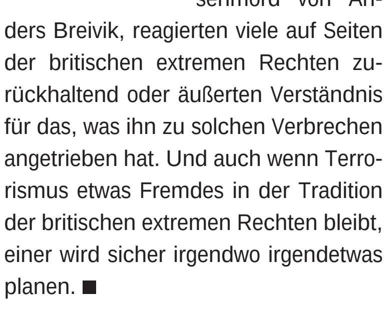
Erfolgreicher war David Copeland, ein 23-jähriger Ingenieur. Er verübte 1999 drei Nagelbombenattentate in London, bei denen drei Menschen getötet und über 200 verletzt wurden. Copeland war Mitglied der BNP und des »National Socialist Movement« (NSM) gewesen, einer C18-Splittergruppe. Der Polizei gestand er nach seiner Verhaftung, er hoffe einen »Rassenkrieg« auszulösen, um so die »weißen Menschen« zur Wahl einer BNP-Regierung zu bewegen.



Mit der Verhaftung Copelands und dem Niedergang von C18 klang der in Großbritannien beheimatete neonazistische Terrorismus ab. Die Wahlerfolge der BNP seit 2001 überzeugten viele frühere militante Neonazis, es gebe tatsächlich einen parlamentarischen Weg zum Faschismus. Doch nicht alle militanten Neonazis wollen diesen gehen und entsprechend ist in den letzten Jahren eine Reihe neuer Gruppen entstanden, die weiterhin eine militante Strategie vorziehen. Zu ihnen gehören die »Aryan Strikeforce«, die »Racial Volunteer Force«, die »British Peoples' Party« und »Wolfpack«. Viele der 14 derzeit in britischen Gefängnissen einsitzenden Neonazis und Rassisten kommen aus diesen Gruppen, einschließlich Ian Davison, der erste Brite, der wegen der Herstellung der chemischen Waffe Ricin verurteilt wurde, Terrence Gavan, bei dem das größte Lager selbstgebauter Bomben der britischen Geschichte gefunden wurde, sowie Martyn Gilleard, ein Gabelstaplerfahrer aus East Yorkshire, der verurteilt worden war, weil er Bomben für den »Rassenkrieg« baute.

Wiederkehr der Militanten

Einige Indikatoren deuten aber derzeit auf das Wiederaufleben von neonazistischer und rassistischer Gewalt und Terrorismus in den kommenden Jahren hin. Die BNP taumelt derzeit am Rande ihres Kollapses entlang, Teile der anti-muslimischen »English Defence League« (EDL) werden militanter und die ökonomische Krise verstärkt die Zunahme von Angst und Hass. Während die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft empört war über den Massenmord von Anders Breivik, reagierten viele auf Seiten der britischen extremen Rechten zurückhaltend oder äußerten Verständnis für das, was ihn zu solchen Verbrechen angetrieben hat. Und auch wenn Terrorismus etwas Fremdes in der Tradition der britischen extremen Rechten bleibt, einer wird sicher irgendwo irgendetwas planen. ■



^^ »Combat 18« Selbstdarstellung
^ Bombenleger Copeland

Zur Faschismusdiskussion

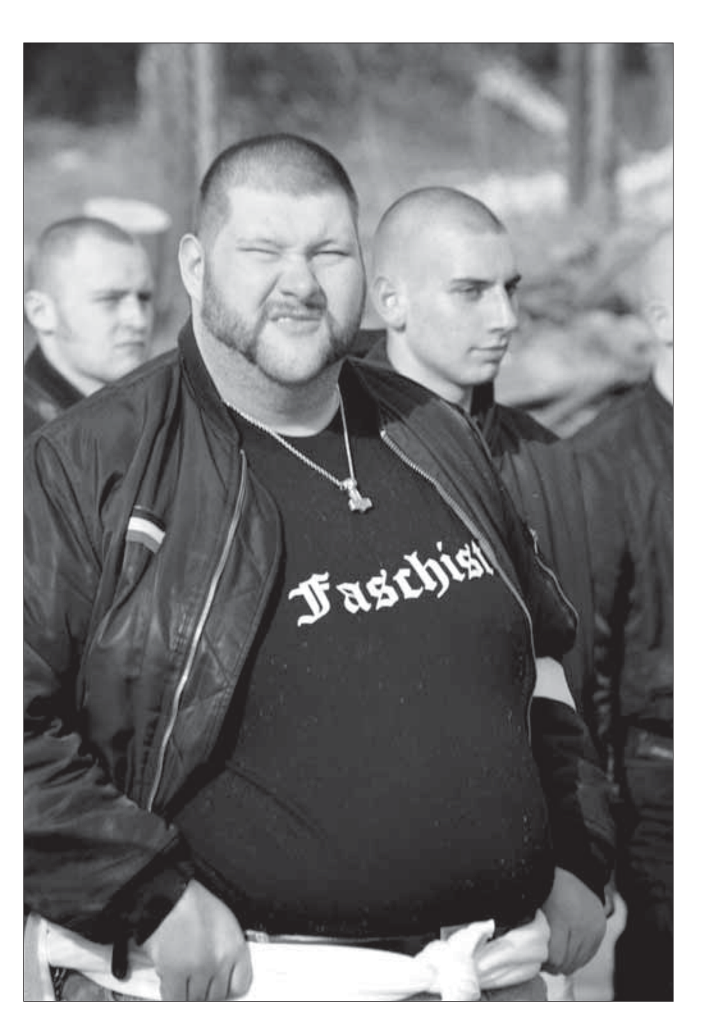
Plädoyer für einen Begriff

Die Diskussion um den Faschismus hat es in Deutschland schwer. Der Begriff steht bei konservativen wie bei einigen linken und liberalen Kritikern im Verdacht, ein falsches oder verkürztes Bild der nationalsozialistischen Herrschaft zu zeichnen. Ein Plädoyer für fünf Bedingungen zur Verwendung des Begriffs.

Von Guido Speckmann und Gerd Wiegel

Nicht nur für seine historische Einschätzung, sondern auch für die Analyse seines möglicherweise gegenwärtigen Potenzials sind Fragen nach Voraussetzung und Wesen des Faschismus von fundamentaler Bedeutung. Angesichts der krisenhaften Entwicklung des globalen Kapitalismus, der zunehmenden Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie und der demokratischen Rechte, angesichts autoritärer und gewalttätiger Entwicklungen der internationalen Beziehungen, einer verstärkten Ethnisierung der sozialen Frage und eines sich ausbreitenden religiösen Fundamentalismus ist das Faschismusproblem nicht nur ein akademisches. Sind es doch nicht zuletzt die Erfolge von Parteien der extremen Rechten und des Rechtspopulismus in Europa, die ihm seine Aktualität verleihen.

In Deutschland hat es die Faschismusdiskussion schwer, steht sie doch von verschiedenen Seiten im Verdacht, ein falsches oder verkürztes Bild der nationalsozialistischen Herrschaft zu zeichnen. Während auf konservativer Seite vor allem der von FaschismustheoretikerInnen hervorgehobene Zusammenhang des Faschismus mit der bürgerlichen Gesellschaft und seine enge Verbindung mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem bestritten werden, wird von verschiedenen linken und liberalen KritikerInnen behauptet, der Faschismusbegriff beinhalte eine Verharmlosung des Holocaust, da mit ihm die Spezifik und der Kern des Nationalsozialismus aus dem Blick gerieten.



^ … überzeugter Faschist

Internationale Debatte

Ohne jeden Zweifel gab und gibt es Verkürzungen und Entdifferenzierungen in der Faschismusdiskussion. Die vor allem in den realsozialistischen Staaten vorherrschende und nur vorsichtig weiter entwickelte Definition des Faschismus an der Macht als Diktatur »der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«, wie sie von der »Kommunistischen Internationalen« bereits im Dezember 1933 entwickelt und von Georgi Dimitroff 1935 wiederholt wurde, hat es KritikerInnen des Faschismusbegriffs zu einfach gemacht. Dies ist jedoch noch lange kein Grund, den Faschismusbegriff generell zu verwerfen oder ihn lediglich als linken ideologischen Kampfbegriff zu betrachten. Wer sich die Diskussion außerhalb Deutschlands, insbesondere in England und den USA, ansieht, wird schnell feststellen, dass es sich bei der Faschismusdebatte um eine äußerst differenzierte wissenschaftliche Diskussion handelt.

Eine Einführung zum Thema in unserem Buch »Faschismus« kann nur einen begrenzten Einblick in diese Debatten ermöglichen. Sie will vor allem linke, materialistisch argumentierende Ansätze der historischen Faschismusdebatte vorstellen und sie, soweit das möglich ist, am historischen Gegenstand selbst prüfen.

Mit Blick auf die historische Erfahrung der Faschismusdiskussion sind für uns solche Ansätze von besonderer Bedeutung, die einer relativen Eigenständigkeit faschistischer Politik und Ideologie vor und nach der Übernahme der Macht ein besonderes Gewicht einräumen, ohne dabei die herrschaftsstabilisierende Rolle und Funktion des Faschismus für den Kapitalismus und die herrschende Klasse zu negieren. Denn der Faschismus bewahrte nach unserer Ansicht eine relative Autonomie auch nach der Machtübertragung. In seiner dynamischsten und radikalsten Variante – in Deutschland – dominierte er später seine ursprünglichen Bündnispartner deutlich, so dass das Bild des Zauberlehrlings, der die gerufenen Geister nicht mehr loswurde, hier eher die Realität trifft als die Vorstellung von faschistischen Marionetten, wenngleich die Interessenübereinstimmung damit nicht beendet war. Spätestens Ende der 1930er Jahre nämlich hatte die Bourgeoisie in Deutschland die alleinige Macht darüber verloren, den faschistischen Erfüllungsgehilfen auch wieder loszuwerden, wenngleich sie erstaunlich wenige Versuche dazu unternahm.

Potenzial des Faschismus

Für eine Forschung, die im Faschismus eine Machtoption der herrschenden Klasse zur Stabilisierung des Kapitalismus sieht, ist die Frage nach dessen gegenwärtigem Potenzial von Interesse. Sie gewinnt mit zunehmender Verschärfung der sozialen Frage im globalen Maßstab und dem Aufstieg einer

extremen Rechten in Europa an Gewicht. Ist der Faschismus angesichts der globalen Verflechtung des Kapitals heute noch eine mögliche Option? Und wenn ja, in welcher Form? Welche Bedeutung hat der zunehmende Rassismus in den europäischen Gesellschaften für die Parteien der extremen Rechten und ihre mögliche Beteiligung an der politischen Macht? Welche Funktion haben faschistische Politikangebote auch jenseits einer realen Machtoption? Wie könnte eine moderne faschistische Variante heute aussehen und welche Anknüpfungspunkte zu Konservatismus und Neoliberalismus sind hier vorhanden? Mit diesen Fragen sind nur wenige der zukünftigen Arbeitsfelder einer historisch orientierten kritischen Sozialwissenschaft benannt, die die Erfahrung des Faschismus zum Ausgangspunkt ihrer Forschung macht.

Elemente einer Faschismusdefinition

Obwohl die Literatur zum Thema Faschismus schon seit längerem unüberschaubar ist und es eine ganze Reihe von Versuchen gibt, ihn zu definieren, ist bis heute keine allgemein anerkannte Definition vorhanden. Auch wir erheben nicht den Anspruch, eine solche zu liefern. Wir beabsichtigen aber, Grundbestandteile für eine multikausale Faschismusdefinition zu skizzieren.

Generell sind zwei theoretische Zugänge für eine generische, das heißt eine allgemeine und komplexe Faschismusdefinition zu unterscheiden: zum einen eine idealtypische, in der zentrale Elemente des Faschismus angeführt und verdichtet werden, und zum anderen eine Orientierung am Realtyp, bei der ausgehend von den faschistischen Bewegungen in Italien und Deutschland die wichtigsten Elemente zu einer Definition zusammengefasst werden. Beide Zugänge können mit theoretischen Annahmen unterlegt werden, die erst die Allgemeingültigkeit des Begriffs jenseits seiner deskriptiven Ausbreitung ermöglichen.

Die neueren Definitionen des Faschismus zeichnen sich durch ihren unterschiedlichen Umfang und durch die Variation bestimmter inhaltlicher Elemente aus. Sie überschneiden sich jedoch in zahlreichen Punkten, die sich auch in weiteren Definitionen finden. Daraus lässt sich ein Raster von Elementen ableiten, die mindestens vorhanden sein müssen, um von Formen des Faschismus sprechen zu können. Die Schwierigkeit und der Streit bestehen in der Gewichtung der unterschiedlichen Elemente: Ist etwa der Nationalismus als Element zentraler als der Rassismus? Ist die Bereitschaft zur terroristischen Gewalt eine Voraussetzung, um von Faschismus sprechen zu können? Sind Krieg und Imperialismus wesentliche Inhalte des Faschismus? Wir können und wollen eine Gewichtung der Elemente nicht vornehmen, schlagen aber folgende Mindestbedingungen vor, um sinnvoll von Faschismus sprechen zu können:

Erstens: Ideologische Bezugspunkte sind ein völkischer Nationalismus verbunden mit der Vorstellung eines Wiederaufstiegs und einer Erlösung der Nation, Antisemitismus, Antikommunismus, die Wendung gegen Vorstellungen und Werte der Aufklärung (Liberalismus, Individualismus, Demokratie), eine rassistisch beziehungsweise ethnisch begründete Vorstellung von Ungleichheit, die sich in der Organisation der Gesellschaft widerspiegeln soll.

Zweitens besteht die soziale Basis vorwiegend aus der Mittelklasse, Kleinbürgertum, Handwerkern, kleinen Selbstständigen in der Bewegungsphase und dann in der Regime-Phase aus einem politischen Bündnis mit den traditionellen Eliten aus Kapital, Militär, Bürgertum und Beamtentum.

Drittens besteht die organisatorische Ausrichtung aus einer auf einer Massenbewegung fußenden, auf einen Führer orientierte Partei, aus dem Aufbau von paramilitärischen Gruppen, aus der terroristischen Gewaltausübung gegen überwiegend linke politische Gegner und als Feinde erachtete Gruppen sowie aus der Verbindung zu den alten Eliten und der Festigung ihrer ökonomischen Position beim gleichzeitigen Infragestellen ihrer politischen Position.

Die soziale Funktion besteht viertens in der Regime-Phase, entgegen dem völkischen Antikapitalismus vor der Machterlangung, in der Bewahrung des großen kapitalistischen Privateigentums, der korporativen Organisation der Wirtschaft, der Unterdrückung von sozialen und politischen Rechten der arbeitenden Klassen bei gleichzeitiger terroristisch abgesicherter völkischer Homogenisierung der Gesellschaft und der Überwindung des Klassenkampfs und seiner Ersetzung durch einen »Rassenkampf«.

Die politische Praxis umfasst fünftens die gewaltsame Ausschaltung aller abweichenden, demokratischen und auf soziale Partizipation ausgerichteten Organisationen, die Ersetzung der Demokratie durch eine autoritäre, durch einen Führer repräsentierte Staatsform, die aggressive Wendung nach außen und den imperialistischen Expansionsdrang zur Durchsetzung des versprochenen nationalen Aufstiegs.

Krisenlösung

Alle bisherigen Faschismen entstanden in politischen und sozialen Krisensituationen der jeweiligen Länder und boten sich als besondere Form bürgerlicher Herrschaft an, um die Existenz der kapitalistischen Produktionsweise mit direkter Ausübung von Gewalt zu sichern. Ob sich daraus schließen lässt, dass auch heute die Stunde des Faschismus in fundamentalen Krisensituationen schlägt, ist eine Frage, die für das 21. Jahrhundert nicht weniger bedeutend ist als sie es für das 20. Jahrhundert war. Dabei ist jedoch eine enge Auslegung des Faschismusbegriffs ratsam. Der Begriff ist gegenwärtig nur in Hinblick auf die Bewegungsphase geeignet, Phänomene angemessen zu beschreiben. Als Machtoption für die herrschende Klasse ist er aktuell nicht von Bedeutung. Das heißt freilich nicht, dass politische Rechtsentwicklungen nicht als solche zu analysieren seien und dass unter Umständen ein neuer Faschismus – wenn auch in anderer Gestalt und an anderen Orten als der historische – in einer fundamentalen Krisensituation als Machtoption der traditionellen Elite nicht potenziell wieder attraktiv sein könnte. Doch lässt sich dies nicht an einzelnen Faktoren festmachen, sondern nur an einer widersprüchlichen Einheit von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Faktoren. Andernfalls versprechen Kategorien wie Rechtspopulismus oder islamischer Fundamentalismus mehr analytischen Gewinn. Dies mindert jedoch keineswegs das politisch-moralisch begründete Engagement gegen die Gefahren von rechts. Und vor allem muss dabei bedacht werden, dass eine strenge Anwendung des Faschismusbegriffs vor einer Inflationierung schützt, die historisch schon einmal zu einer Unterschätzung der tatsächlichen faschistischen Gefahr beitrug. ■

Der Text ist ein gekürzter und neu zusammengestellter Vorabdruck aus dem Mitte Januar 2012 erscheinenden Buch »Faschismus« von Guido Speckmann und Gerd Wiegel (Papyrossa Verlag: Köln, 2012, 127 Seiten, 9,90 Euro).

»Schlesien bleibt unser!«

Von Ernst Kovahl

Einen gelungenen Einstieg in das Thema »Vertriebenenverbände und die extreme Rechte« hat Jörg Kronauer, regelmäßiger Autor in DER RECHTE RAND, beim »Unrast Verlag« veröffentlicht. Auf 72 Seiten werden hier alle relevanten Fragen rund um den »Bund der Vertriebenen« (BdV), die »Schlesier« oder die Freunde der »Volksgruppen« kompetent angeschnitten. Die Verbände der deutschen Umgesiedelten sorgen seit ihrer Gründung immer wieder für Skandale. Mal sind es revanchistische Forderungen, die im In- oder Ausland für Empörung sorgen, mal sind es Verquickungen mit der extremen Rechten. Solche Ereignisse wurden und werden von den deutschen Regierungen, den meisten deutschen Parteien und vor allem von den auskömmlich mit Steuermitteln subventionierten Verbänden der sogenannten Vertriebenen aber gern geleugnet oder als Einzelfälle dargestellt. Hin und wieder kommt es zu personellen Konsequenzen, wenn das Verhalten einzelner Akteure oder einzelner Gliederungen, so jüngst die »Schlesische Jugend«, derart aus dem Ruder läuft, dass der politische Schaden für die Verbände oder die Bundesrepublik zu groß würde.

Kronauer macht dagegen klar, dass das Problem ein grundsätzliches ist. Im Kern bemühen sich die deutschen »Vertriebenen« seit jeher, den deutschen Einfluss in den ehemaligen deutschen Ostgebieten auszubauen und erheben Ansprüche gegenüber den heutigen Staaten Ost- und Südosteuropas. Dabei unterscheiden sich Mittel und Wege. Einige gehen »mit harten Bandagen« vor, andere betreiben ihre Ziele – auch aufgrund der Verstrickung mit dem Staat – auf leiseren Sohlen. Kronauer verweist darauf, dass die im BdV zusammengeschlossenen Verbände »eigentlich staatsnahe Vereinigungen« sind. Aber auch der deutsche Staat selbst betreibe »eine hartnäckige Revisionspolitik«, in dem internationale Abkommen nicht anerkannt, unzulängliche Grenzverträge abgeschlossen und Verbände wie der BdV mit Millionenbeträgen subventioniert würden.

Der Band steigt ein mit der Darstellung von Flucht und Umsiedlung zum Ende des 2. Weltkrieges, beleuchtet die subversive Anwendung von »Volksgruppen-Rechten« gegen die ost- und südosteuropäischen Staaten und den Kampf gegen die sogenannten Benes-Gesetze, die von einer großen Koalition aus CDU/CSU bis hin zu Teilen der SPD als »Unrecht« gegenüber Deutschen gebrandmarkt werden. Ein Schwerpunkt ist die Darstellung des Organisationsgeflechts der »Vertriebenen« und die Analyse und Kritik der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen«, quasi das Grundgesetz der »Vertriebenen«. Die Auseinandersetzung mit der »Europäisierung« sowie der Institutionalisierung der Politik der »Vertriebenen« in Museen und Stiftungen und dem Offenhalten von deutschen »Entschädigungsforderungen« gegenüber den Nachbarstaaten runden das Buch ab. Am Schluss darf ein Kapitel über die Verknüpfungen von »Vertriebenen« und der extremen Rechten nicht fehlen, ebenso wenig Literaturempfehlungen. Für NeueinsteigerInnen ins Thema eine gelungene Einführung!

Jörg Kronauer: »Schlesien bleibt unser!« Vertriebenenverbände und die extreme Rechte. Unrast Verlag: Münster, 2011, 72 Seiten, 7,80 Euro.

Rechte Einstellungen in Tschechien

Von Lara Schultz

»Tschechische Neonazis. Ursachen rechter Einstellungen und faschistische Semantiken in Zeiten schnellen sozialen Wandels« besteht im ersten Teil aus Ergebnissen einer Magisterarbeit mit der Fragestellung, unter welchen Bedingungen rechte Einstellungen in Transformationsgesellschaften entstehen. Anders als der Titel vermuten lässt, geht es also explizit nicht um Erscheinungsformen und Strukturen rechter AkteurInnen, da dieses Wissen dem »wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn im Wege« stehe. Akribisch und teilweise überambitioniert führt der Autor theoretische Erklärungsansätze auf. Die Eigenleistung besteht in der Auswertung von Datensätzen der »European Values Study« (EVS) von 1991 und 1999. Florian Ferger kann so zeigen, dass die Verteilung rechter Einstellungen in Tschechien in den 1990er Jahren eher an West- als an Mittelosteuropa erinnert, dass im Laufe der Transformation extrem rechte Einstellungen in der tschechischen Bevölkerung bis zum Ende der 1990er Jahre deutlich zurückgegangen sind und darüber hinaus einen Zusammenhang zwischen Krisen und »Rechtsextremismus« herausarbeiten. Bezüglich der individuellen Krisenerfahrungen folgt Ferger Heitmeyers Ansatz und bedauert, dass die Forschung hier noch weitgehend am Anfang steht. Der Verweis auf die mittlerweile vorliegenden EVS-Daten von 2008, welche zeigen, dass seit der letzten Erhebung rechte Einstellungen in Tschechien in erheblichem Umfang und stärker als in jedem anderen Land zugenommen haben, stellt dann leider die komplette Theorie in Frage und lässt die Lesenden ratlos zurück.

In der Buchfassung wurden einige Kapitel angehängt und der Titel um »Tschechische Neo-nazis« ergänzt. Was Claudia Gobisch im Vorwort als »mehrdimensionalen Zugang« lobt, erweist sich als ziemlich inkonsistenter Methodenmix. Die Kapitel über Organisationsstrukturen und aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten bieten aber einen guten und ausführlichen Überblick. Auch dem in Tschechien weit verbreiteten Antiziganismus wird hier endlich Raum eingeräumt – ein Zusammenhang mit vorherigen Untersuchungen wird jedoch nicht hergestellt.

Florian Ferger: Tschechische Neonazis. Ursachen rechter Einstellungen und faschistische Semantiken in Zeiten schnellen sozialen Wandels. ibidem: Stuttgart, 2011, 259 Seiten, 34,90 Euro.

»National befreit«?

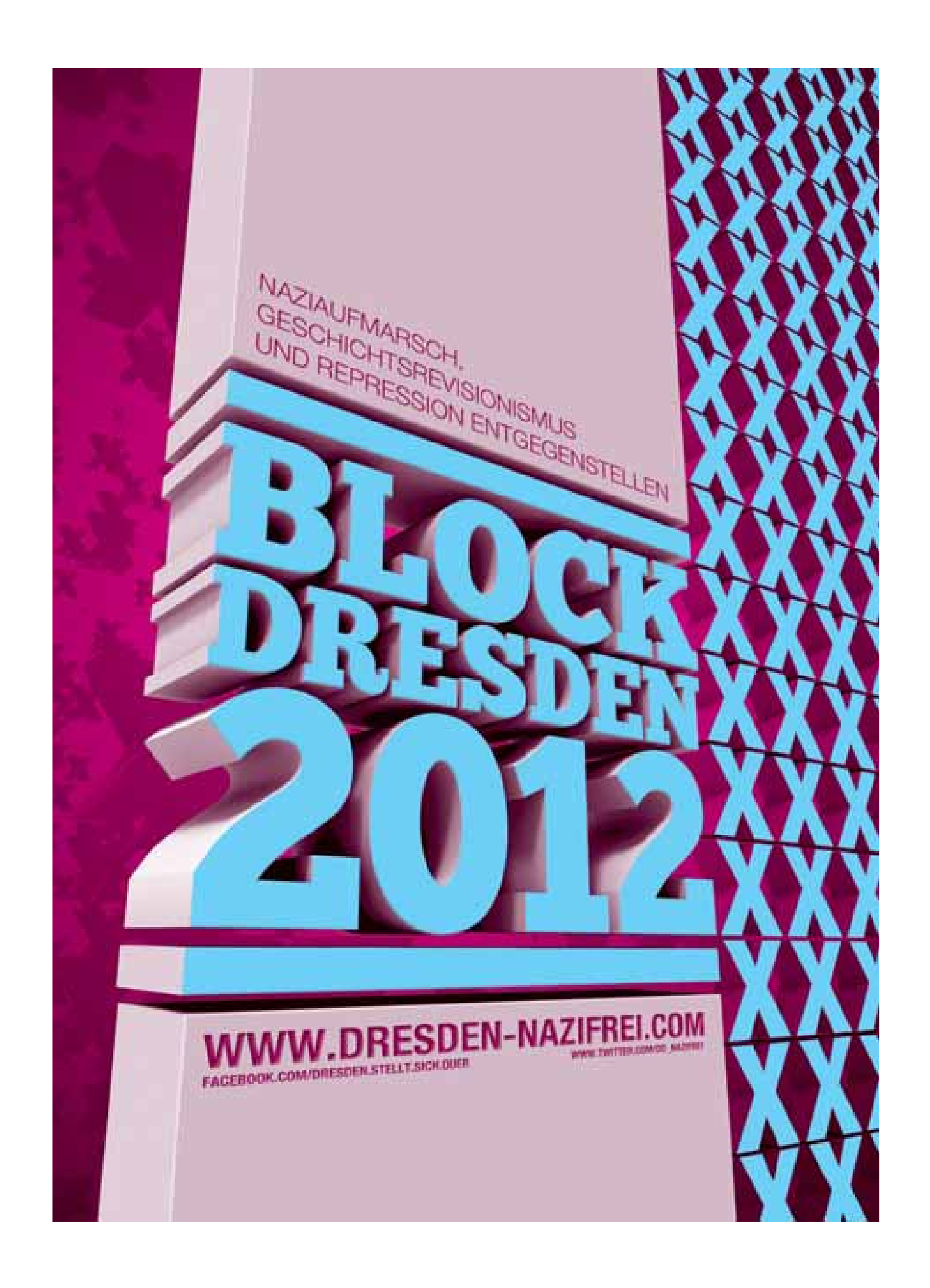
Von Jens Breuer

Die »Unrast«-Reihe »transparent – rechter rand«, an der viele AutorInnen des DERRECHTERAND mitschreiben, veröffentlichte im vergangenen Jahr einen kleinen Sammelband zum Thema »No Go Areas« und »National befreite Zonen«, editiert von Christoph Schulze und Ella Weber. Sicherlich, länger schon wird nicht mehr im großen Stil darüber diskutiert, wo und ob es überhaupt derartige Orte/Regionen gibt – in der Öffentlichkeit tauchen sie indes allenthalben wieder auf, zuletzt, klar, auch im Kontext der Berichterstattung über die Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund«.

Die AutorInnen des Büchleins nähern sich der Thematik über die Perspektive der Opfer – eingangs werden fünf Schlaglichter geworfen auf Menschen, die von Nazis attackiert wurden, geschildert aus deren eigener Sichtweise. Damit ist für alle weiteren Ausführungen klar, dass es für die Opfer zunächst einmal egal ist, ob der Ort, an dem sie angegriffen wurden, »national befreit«, ein »no go«-Bereich oder sonst was ist. Die nachfolgenden fünf Beiträge diskutieren die Begriffe, zeigen, woher sie kommen und was mit ihnen zu verbinden ist. Bis auf einen lesen sich alle flüssig – nur dieser eine ist sprachlich deutlich anspruchsvoller. Für das Konzept der Reihe ist das vielleicht etwas ‹over the top›.

Die abschließenden Tipps zu »Bewegungsfreiheiten zurückgewinnen« freuen einen zu lesen – sie plädieren dafür sich, jenseits der teils eigenen subkulturellen Verortung, zu öffnen und Bündnisse einzugehen.

Christoph Schulze, Ella Weber: Rechte Gewalt, ‹No Go Areas› und ‹National befreite Zonen›. Unrast Verlag: Münster, 2011, 70 Seiten, 7,80 Euro.



DERRECHTERANDABO

DERRECHTERAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 15,- Euro (Inland) 19,- Euro (Ausland) 25,-/50,- Euro (Soli)

Aboverwaltung DERRECHTERAND, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DERRECHTERAND bis auf Widerruf.
Ich habe
[ ] 15,- Euro (Inland) [ ] 19,- Euro (Ausland) [ ] 25,- Euro (Soli) [ ] 50,- Euro (Supersoli)
[ ] überwiesen [ ] als Scheck beigelegt.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Name ....

Anschrift ....

....

Unterschrift ....

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich augehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM

Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und
Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.